

P R O T O K O L L

über die 2. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 28. November 1985, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrather
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ernst Platzer
Erna Probst
Franz Ramoser
Franz Rohrauer
August Schlager
Gertrude Schreiberhuber

Ernst Seidl

Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Tremel
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat
Alfred Eckl
Dr. Kurt Schmidl
Techn. Direktor der StW, TOAR.
Ing. Wolfgang Wein
Oberamtsrat Helmut Riedler
VOK. Heinz Ruckerbauer
Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK. Dr. Ger-
hard Alphasamer

Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- Bau3-6033/85 Herstellung einer BMX-Bahn am Resthof; Vergabe der Arbeiten.
San-5904/85 Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr; Beitrag zu den Kosten des ärztlichen Funkdienstes in Steyr für das Jahr 1985.
- Ha-4949/85 Ankauf von zwei Orientierungstafeln für das Zentralaltersheim.
Bau3-266/80 Durchführung vermessungstechnischer Arbeiten im Bereich Tomitzstraße - Schwimmschulstraße.
- Bau5-5848/85 Reparatur der Aufzugsanlage im Rathaus Steyr, Stadtplatz 27.
GHJ2-5631/85 Errichtung einer Absperrung am Eislaufplatz der Sportanlage Rennbahn; Schlosserarbeiten.
- GHJ2-5734/85 Durchführung von Dachdeckerarbeiten an der Schule Punzerstraße 73 - 75.
- FW-5728/85 Ankauf eines Ölabsperrwickelgerätes für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.
- FW-5699/85 Aufstellung eines Hydranten in der Friedhofstraße, KG. Gleink.
Pers-1082/79 Bezugsrefundierung für SL. Gerald Reiter, Musikschule Steyr.
Pers-830/85
K-20/85 Alte Dachlandschaften Stadt Steyr; Sanierungen mit Tonziegelmaterial.
- GHJ2-5835/85 Kaserngasse 4; Dachrinnen erneuern.
GHJ2-6145/85 Reparatur der Lüftung im Stadtsaal, Volksstraße 5.
GHJ2-5293/85 Heimatmuseum Grünmarkt, Sensenhammer; Herstellung einer Drainage.
- GHJ2-5040/85 Sanierung eines Tennisplatzes des ASV Bewegung- Hubergutberg.
Pol-5622/85 Ankauf einer Rettungszille Zwischenbrücken.
FW-5888/85 Reparatur des Außenbordmotors 65 PS Johnson der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- GHJ1-6514/85 Ankauf eines gebrauchten "Heidelberger-Tiegels" für die Hausdruckerei.
- Ha-6651/85 Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- Forst-6324/85 Nachforstung im Bereich der Tennisanlage Rottenbrunner, Steyr, Hausleiten.
- F-395/83 Aktion "Essen auf Rädern"; Einbau selbsttätigender Bremsen in den Transportwagen des Warmhaltecontainers.
- ÖAG-3791/85 Betriebsgrundstück an der Ennser Straße (Firmen Kraml und

GHJ2-6321/85	Almauer); Durchführung vermessungstechnischer Arbeiten. Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Kaserngasse 4/18; Fußbodenerneuerung.
GHJ2-6853/85	SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Sport-4820/81 Präs-782/81	Sportanlage Rennbahn; Wasserleitungsanschluß. Nachschaffung von Bildbänden "Steyr" von Walter Kerbl für Geschenkzwecke.
Ha-6919/85	Dr. Ulrich Held; Eröffnung einer Zahnarztpraxis; Gewährung eines Darlehens.
Ge-6479/85	Viktor Patzelt, Spengler, Steyr; Gewährung einer Kleingewerbeförderung.
Ge-6935/83	Franz Schlögl, Schneidermeister, Steyr; Gewährung einer Kleingewerbeförderung.
Ha-1724/85	Siedlerverein Schlüsselhof; Gewährung eines Unterstützungsbetrages.
Ha-6871/85	Komitee für internationale Städtefreundschaften; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-6199/85	Verein "Ferienheim der OÖ. Gemeindebediensteten"; Gewährung einer Subvention zur Führung des Ferienheimes in Bad Aussee.
ÖAG-6291/85	Kleingartenverein Eysnfeld; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Anschließung der Kleingartenanlage "Mayrpeter".
Ges-6436/85 SH-5606/85 SH-5605/85	Jugoslawisches Gastarbeiterzentrum Steyr; Anteilskosten 1985. Weihnachtsaktion 1985 für die Bezieher laufender Sozialhilfe. Weihnachtsaktion 1985 zugunsten bedürftiger Pensionisten und Rentner.
GHJ1-3903/85	Ankauf einer drahtlosen Mikrofonanlage für die städtischen Elektriker.
ÖAG-4348/85	Durchführung vermessungstechnischer Arbeiten im Bereich der Grundstücke 1252/5, 1251/3, 1251/8 und 1252/11.
GHJ2-6556/85	Gemeindeeigenes Objekt Marxstraße 2; Elektroinstallationsarbeiten.
Bau5-6946/85	Rathaus Steyr; Behebung eines Rohrbruches.
GHJ1-6862/85	Ankauf einer elektrischen Schreibmaschine für die Mag. Abt. I.
GHJ1-7012/85	Ankauf eines gebrauchten Kopiergerätes für die Mag. Abt. X.
Präs-1075/83	Ehrenringe der Stadt Steyr; Nachbestellung.
Ha-6772/85	Marine Kameradschaft "Panzerkreuzer St. Georg"; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-7138/85	Kärntner Landsmannschaft; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ge-6920/85	Rudolf Duschatko, Würstelstand, Steyr; Kleingewerbeförderung.
Ha-6117/85	Caritas Kindergarten Münchenholz; außerordentliche Subvention zur Erneuerung der elektrischen Leitungen.
Ha-7139/85	Nachdruck von Fremdenverkehrsprospekten für den Fremdenverkehrsverband Steyr.
GHJ1-7483/84	Lärmmeßgeräte; Ankauf eines programmierbaren Schallpegelmessers.
Forst-7101/85	Aufstellen von Christbäumen.
Bau4-1880/76	Herstellung der Grundbuchsordnung im Bereich Sagbrücke.
VerkR-3736/84	Herstellung der Grundbuchsordnung an der Hafnerstraße.
FW-6579/85	Reparatur des Außenbordmotors 60 PS Johnson der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

T A G E S O R D N U N G

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) K-6530/85 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Österr. Roten Kreuzes, Bezirksstelle Steyr-Stadt/Land.
- 2) Sport-1440/85 Sportehrenzeichen der Stadt Steyr; Verleihung an Sportler und Funktionäre; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 10. 9. 1985.
- 3) Wi-4169/85 Fremdenverkehrskommission; Nominierung eines neuen Mitgliedes.
- 4) Pol-5746/84 Haus- und Betriebsordnung für den Mehrzwecksaal Wehrgraben.
- 5) Sport-4820/81 Sportanlage Rennbahn; Neubau einer Leichtathletikanlage; finanzielle Abwicklung.
- 6) K-6400/84 Gregor-Goldbacher-Förderungspreis 1985; Verleihung an Dr. Helmut Retzl und Adolf Bodingbauer.
- 7) Präs-1000/85 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vizebürgermeister i. R. Karl Fritsch.
- 8) Präs-1001/85 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat i. R. Manfred Wallner.
- 9) Präs-1079/85 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Prokurist Ing. Günther Beltz.
- 10) Präs-1080/85 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Direktor-Stellvertreter Walter Pirringer.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 11) Präs-858/85 Gewährung von Fehlgeldentschädigungen.
- 12) Ha-5903/85 Bezirksstelle Steyr-Stadt des Österreichischen Roten Kreuzes; Personalkostenzuschuß 1985.
- 13) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage; Erd- und Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten; Lohn- und Materialpreiserhöhungen.
- 14) Bau6-4090/82 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Errichtung eines Teilabschnittes des Hauptsammlers E Sierning von Schacht 86 - Schacht 97 und Pumpwerk H; Erd- und Baumeisterarbeiten.
- 15) Pers-434/85
Pers-1020/85 OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Neubestellung eines Sicherheitsausschusses.

- 16) Präs-867/83 Bestellung und Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission; Änderung.
- 17) Ha-4444/84 Nachtragsvoranschlag 1985.
- 18) Ha-7264/85 Aufnahme von Kommunaldarlehen bei der Volkskreditbank und der Länderbank Steyr.
- 19) Ha-3130/85 Verzinsung der Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds; Änderung der Bedingungen des Gemeindedarlehen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 20) K-20/85 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1985; Fassadenrenovierung und Denkmalerhaltung - Abschnitt IV.
- 21) Agrar-6612/85 Jagdausschuß; Nominierung von Mitgliedern.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 22) GHJ1-6254/85 Ankauf einer Waschmaschine für das Zentralaltersheim.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 23) Bau3-4032/85 Ausbau der Christkindlstraße und Schwamminger Straße; zusätzlicher Ausbau der Schwamminger Straße zwischen Gasthaus Essl und Reitnerstraße; Auftrags-erweiterung.
- 24) Bau3-266/80 Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Kanalbau - Schlußrechnung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 25) Bau5-3717/85 Bausperre Nr. 7 "Krenngründe"; Ausnahmegenehmigung gem. § 58 Abs. 3 OÖ BauO.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 26) ÖAG-5177/85
Stadtwerke Stadtwerke Stadwerke Steyr; Jahresbilanz 1984.
- 27) ÖAG-6972/85
Stadtwerke Neuerlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges zwischen Ufergasse und Gürtlerstraße; Trinkwasser-aufschließung für die Wohnanlage Dachsberg der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr.
- 28) ÖAG-6863/85
Stadtwerke Ankauf eines Steyrer Stadtbusses SS 11 HUA 250.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 29) Bau2-5800/81 Verkauf von Siedlerparzellen aus den ehemaligen Mühlbauergründen, EZ. 162, KG. Gleink.
- 30) GHJ2-6326/85 Tabor-Restaurant Steyr, Taborweg 7; Instandsetzungsarbeiten.
- 31) ÖAG-4290/81 Verkauf der Siedlerparzelle 197/3, EZ. 1077 der KG. Jägerberg (Fellinger-Siedlung) an Dkfm. Mag. Helmut Zagler.
- 32) Ha-4900/83 Pensionistenwohnungen Neuschönau II, Förderungsmaßnahmen der Stadt Steyr.
- 33) Ha-6350/85 Garconnierenbau Schlüsselhofgasse 26, 28 und 30; Förderungsmaßnahmen der Stadt Steyr.
- 34) ÖAG-3791/85 Grundverkauf aus den Schützenhofergründen an die Firmen Kraml GesmbH und Almauer; Förderungsmaßnahmen.
ÖAG-4399/85
- 35) ÖAG-4105/81 Verzicht auf das Vor- und Wiederkaufsrecht sowie das Pfandrecht für die Kaufpreisrestforderung auf der Liegenschaft EZ. 393, KG. Hinterberg.
ÖAG-5415/85

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die Sitzung und darf feststellen, daß die Einladung ordnungsgemäß, den Statuten entsprechend erfolgt ist, und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer ersuche ich Frau Gemeinderat Gertrude Schreiberhuber und Herrn Gemeinderat Wolfgang Wieser. Beide haben ihre Bereitschaft bekundet. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Herr Dr. Keiler, Herr Gemeinderat Manetsgruber und Herr Gemeinderat Alfred Wallner. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Behandlung von Anfragen, darf ich sagen, daß keine Anfragen vorliegen.

Wir kommen damit zu den Mitteilungen des Bürgermeisters und hier darf ich Ihnen einige aktuelle Berichte vortragen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich sagen, daß aus dem letzten Bericht der Arbeitsmarktverwaltung hervorgeht, daß sich zuletzt keine nennenswerte Änderung in der wirtschaftlichen Lage ergeben hat. Saisonbedingt wird sich selbstverständlich in der nächsten Zeit die Situation in manchen Bereichen verschlechtern. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt jedoch grundsätzlich sehr gute Ergebnisse; so konnte auf den Monat Oktober bezogen gegenüber dem Vorjahr insgesamt bei Männern eine Steigerung von 124 und bei Frauen von 22 Stellen vermerkt werden. Das Hauptgewicht der Steigerung liegt nach wie vor im Produktionsbereich. Nach dem Bericht des Arbeitsamtes war die Lage in der Bauwirtschaft im Oktober noch wenig verändert. Von Freistellungen wurden in erster Linie ungelernete Hilfskräfte betroffen. Witterungsbedingt wird sich aber hier die Situation leider verschlechtern.

Die Lage in der Metallwirtschaft kann als weiterhin unauffällig bezeichnet werden. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals auf die Betriebsansiedlung Dräxlmaier hinweisen. Das Unternehmen produziert vorübergehend in einer angemieteten Halle, und es ist sehr erfreulich, daß bisher schon für ca. 120 Frauen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.

Zum Straßenbau Steinfeldstraße II darf ich Ihnen mitteilen, daß es erfreulich ist, daß über Veranlassung des Bundesministers für Bauten und Technik die Straßenbauarbeiten im Baulos Steinfeldstraße II mit einem Gesamtkostenaufwand von 42 Mill. Schilling begonnen wurden. Es handelt sich um eine Strecke zwischen der Tankstelle Poxleitner und dem Anfang der Umfahrung Sierninghofen. Die Bauarbeiten wurden von der Bundesstraßenverwaltung an den Billigstbieter - die Fa. Zwettler, das finde ich besonders erfreulich, daß hier eine Steyrer Firma zum Tragen gekommen ist - vergeben. Nach dem Terminplan soll die Fertigstellung Ende Juli 1987 erfolgen. Durch diese Verkehrsbaumaßnahme wird einerseits eine Verkehrslinie überregionaler Bedeutung ausgebaut und werden andererseits für längere Zeit zahlreiche Arbeitsplätze im Baubereich gesichert.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch mitteilen, daß ich am vergangenen Montag eine Besprechung mit Funktionären der Arbeitslosenselbsthilfegruppe hatte. Die Stadt hat schon mehrmals die Bestrebungen der Arbeitslosenselbsthilfegruppe unterstützt. Als nächstes Projekt ist die Sanierung des sogenannten Diestlbergergutes vorgesehen. Wir hätten hier im Rahmen der Stadt die Unterstützung in der Form vorgenommen, daß wir die notwendigen Materialien zur Sanierung dieses Gebäudes zur Verfügung gestellt hätten. Ich sage deswegen hätten, weil sich heute eine neue Situation ergeben hat, und zwar wird voraussichtlich im Wehrgrabenbereich ein Objekt frei. Die Tischlerei Staudinger, die im Wehrgraben ihren Betrieb geführt hat, ist zum ehemaligen Manzenreiter gezogen und die wäre bereit, das Gebäude für die Arbeitslosenhilfegruppe zur Verfügung zu stellen. Wir haben am 10. Dezember 1985 einen neuen Gesprächstermin vereinbart mit dieser Arbeitslosenselbsthilfegruppe und werden dabei über die weitere Vorgangsweise beraten. Diese Gruppe hat sich auch bereiterklärt, aufgrund der geänderten Situation, bei der beabsichtigten Sanierung des Schloßparkes entscheidend mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, vor einigen Tagen hat Landeshauptmann Dr. Ratzenböck

das Projekt der Landesausstellung für industrielle Arbeitswelt, die 1987 in Steyr eröffnet werden soll, im Rahmen einer großangelegten Pressekonferenz vorgestellt. Im Anschluß daran fand eine Besichtigung der Baustelle statt, bei der sich alle Beteiligten von einem termingerechten Ablauf der Baumaßnahmen überzeugen überzeugen konnten. Nach der Landesausstellung wird in den adaptierten Objekten das Museum "Arbeitswelt" als Dauereinrichtung bestehen. Bei der Pressekonferenz wurde von Bühnenbildner Hoffer ein Modell präsentiert. Sehr interessant waren dabei die erteilten Informationen, wonach die Ausgestaltung in Abweichung anderer Ausstellungen in sehr unkonventioneller Form erfolgen wird. Das dynamische Element, das mit dem Begriff der Arbeit schlechthin verbunden ist, wird besonders in den Mittelpunkt gerückt. Bei dem gegebenen Anlaß konnte auch die finanzielle Mitwirkung der Stadt an dem für ganz Österreich bemerkenswerten Projekt in geeigneter Form der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Die Stadt wird aber nicht nur durch die Landesausstellung und das anschließende Arbeitsmuseum finanziell belastet, sondern auch durch zahlreiche infrastrukturelle Maßnahmen, die damit im Zusammenhang stehen. Besonders hervorzuheben ist dabei der neue Fußgängerübergang über die Steyr mit dem Verbindungsweg am Fuße des Schloßberghanges.

Meine Damen und Herren, es haben sich in der letzten Zeit vor allem im Bereich des Stadtteiles Münchenholz aus Bevölkerungskreisen Beschwerden wegen Beeinträchtigung der Luftgüte ergeben. Herr Stadtrat Pimsil als zuständiger Umweltstadtrat hat mit dem ressortzuständigen Landesrat der Landesregierung, Herrn Landesrat Winetzhammer, Verbindung aufgenommen. Gegenwärtig befindet sich oberhalb des Münchenholzweges eine einzige fixe Luftmeßstation. Ich möchte dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen, daß der Antrag der Stadt, eine weitere derartige Station aufzustellen, von Landesrat Winetzhammer mit folgender Begründung abgelehnt wurde:

a) die derzeitige Luftprüfstation ist seit Juli 1978 in Betrieb, und die Meßergebnisse sind im Vergleich zu anderen Stationen sehr günstig. Die Stadt Steyr zählt zu den am geringsten belasteten Regionen. Die Luftbelastung wird im wesentlichen durch Ferntransporte von Schadstoffen und durch Hausbrand bestimmt.

Eine Verlegung der Station erscheint im Gegensatz zum Magistrat dem Land nicht zweckmäßig, weil eine Vergleichbarkeit der Meßergebnisse nicht mehr ohne weiteres gewährleistet wäre. Weiters wird die Lage der bisher betriebenen Station wegen der guten Anströmbarkeit als relativ günstig bezeichnet. Der Magistrat ist in diesem Punkt anderer Auffassung, vor allem deshalb, weil die Meßstation von den potentiellen Verursachern der Luftgütebeeinträchtigung, das sind Industriebetriebe, zu weit entfernt aufgestellt ist. Schließlich meinte Landesrat Winetzhammer, daß auch aus dem Betrieb einer zusätzlichen Meßstation keine anderen Ergebnisse zu erwarten wären. Der Magistrat ist der Auffassung, daß der wichtigste Ablehnungsgrund aber in den Kosten für eine derartige Einrichtung liegt, nämlich S 2,5 Mill., wozu noch der Personalaufwand für Wartung kommt. In der Note von Landesrat Winetzhammer wird schließlich darauf hingewiesen, daß beim bergseitigen Portal des neuen Straßentunnels eine mobile Meßstation eingerichtet wurde, die durch den Verkehr verursachte Schadstoffbelastung mißt. Daneben wird dadurch auch die allgemeine Luftsituation beobachtet und werden bei den Tunnelzufahrten Lärmmessungen vorgenommen.

Außerdem wird bekanntgegeben, daß die Unterabteilung Immissionsschutz beim BMW-Motorenwerk abgesonderte Immissionsmessungen durchführt.

Ich halte es für notwendig, dem Gemeinderat diesen Sachverhalt zur Kenntnis zu bringen. Die Stadtverwaltung wird nach wie vor bemüht sein, im Interesse der Bevölkerung alle Vorkehrungen zu treffen, die Lärm- und Geruchsbeeinträchtigungen in zumutbarem Rahmen zu halten. In diesem Zusammenhang wird es vor allem dem Magistrat als Gewerbebehörde zukommen, die Einhaltung der bei den gewerbebehördlichen Betriebsstättengenehmigungen erteilten Auflagen streng zu überwachen. Außerdem werden mit mußmaßlichen Verursachern - die tatsächlichen Verursacher sind oft nur sehr schwer festzustellen - immer wieder direkt Gespräche geführt, was z. B. auch mit der Leitung des BMW-Motorenwerkes schon der Fall war. Auf den Stadtteil Münchenholz bezogen sind überdies Bestrebungen im Gange, durch Verhandlungen mit der WAG zumindest teilweise eine Umstellung des Heizbetriebes auf Erdgas zu erreichen, um auch dadurch die Schadstoffbelastung abzusenken.

Ich darf Sie bitten, diese Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen.
Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.
Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und hier ersuche ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen eine Reihe von Anträgen vorzulegen und bitte Sie schon jetzt um Ihre Zustimmung.
Im ersten Antrag bitte ich Sie, der Verleihung von Rettungsverdienstmedaillen an verdiente Mitglieder des österr. Roten Kreuzes zuzustimmen. Der entsprechende Antrag lautet:

1) K-6530/85

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Österreichischen Roten Kreuzes, Bezirksstelle Steyr-Stadt/Land.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Rettungswesens wird an folgende Mitglieder des Österr. Roten Kreuzes die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen:

In Silber (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit)

Mayer Liselotte; Ziermayr Elfrieda; Weidinger Helmut.

In Bronze (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit)

Jetzinger Siegfried.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen? Beides nicht der Fall, ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um die Zustimmung zur Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

2) Sport-1440/85

Sportehrenzeichen der Stadt Steyr; Verleihung an Sportler und Funktionäre; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 10. 9. 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateuresportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

Sportehrenzeichen für Sportler:

IN GOLD gemäß III/1 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie Österreich bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften vertreten haben).

Götz Klaus, Jahrgang 1966, Mitglied des Polizeisportvereines Steyr, wurde Bahngolf-Europameister 1985 in der Herren-Mannschaft in Monza.

Beidl Christian, Jahrgang 1961, Mitglied von Forelle Steyr, hat an der Segel-Europameisterschaft in Breitbrunn in der Korsarklasse teilgenommen (10. Rang). Überdies wurde er österr. Staatsmeister 1985.

Nafts Eugen, Jahrgang 1961, Mitglied von Forelle Steyr, hat an der Europameisterschaft in Breitbrunn in der Korsarklasse teilgenommen (10. Rang). Überdies wurde er österr. Staatsmeister 1985.

Schlechter Bernhard, Jahrgang 1954, Mitglied des ASKÖ Steyrer Windsurfklubs, wurde Segel-Europameister 1985 in der Catameran-Klasse in Zandvoord/Holland. IN BRONZE gemäß III/3 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie einmal eine österreichische Meisterschaft gewonnen haben).

Kranzl Andreas, Jahrgang 1967, Mitglied von Forelle Steyr, wurde Staatsmeister 1985 in der Wildwasser-Slalom-Mannschaft. Überdies hat er 1985 in der Jugend-Europameisterschaft in Spittal/Drau den 2. Platz im Kanu-Slalom belegt und zwei Landesmeistertitel errungen.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

IN GOLD gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete des Körpersportes (Erziehung, Unterricht etc.) besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

Wallner Josef, Jahrgang 1920, Beirat und Trainer des ASKÖ Schwimmklubs Steyr, 25jährige Tätigkeit.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Sind gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen vorhanden? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag werden Sie gebeten, der Nominierung eines neuen Mitgliedes für die Fremdenverkehrskommission zuzustimmen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Wi-4169/85

Fremdenverkehrskommission; Nominierung eines neuen Mitgliedes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. 10. 1985 wird anstelle des ausgeschiedenen Mitgliedes der Fremdenverkehrskommission Steyr, Herrn Stadtrat Karl Feuerhuber, zwecks Bestellung zu einem neuen Mitglied der Fremdenverkehrskommission durch die OÖ. Landesregierung von der Fremdenverkehrsgemeinde Steyr

Herr Gemeinderat Dkfm. Mag. Helmut Zagler
namhaft gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Niemand. Gibt es Enthaltungen? Gegenstimmen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie um Zustimmung bitten zur Haus- und Betriebsordnung für den Mehrzwecksaal Wehrgraben. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) Pol-5746/84

Haus- und Betriebsordnung für den
Mehrzwecksaal Wehrgraben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. Oktober 1985 wird die in der Anlage beigeschlossene Haus- und Betriebsordnung für den Mehrzwecksaal Wehrgraben, Steyr, Wehrgrabengasse 22, genehmigt.

(BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage auch hier, ob jemand zu sprechen wünscht? Gibt es dazu Gegenstimmen oder Enthaltungen? Nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie um die Mittelfreigabe für den Neubau der Leichtathletikanlage ersuchen. Der entsprechende Antrag lautet:

5) Sport-4820/81

Sportanlage Rennbahn; Neubau einer Leicht-
athletikanlage; finanzielle Abwicklung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 31. 10. 1985 wird zur weiteren Abwicklung des Neubaus der Leichtathletikanlage Rennbahn eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 3,400.000,-- (drei Millionen vierhunderttausend)

bei VSt 5/262100/0060000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Möchte dazu jemand sprechen? Keine Wortmeldung. Gibt es Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um die Zustimmung zur Vergabe des Gregor-Goldbacher-Förderungspreises. Es handelt sich um einen Antrag des Kulturausschusses, der, das darf ich sagen, im Kulturausschuß einstimmig verabschiedet wurde. Der Antrag lautet:

6) K-6400/84

Gregor-Goldbacher-Förderungspreis 1985; Verleihung an
Dr. Helmut Retzl und Adolf Bodingbauer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 22. 11. 1985 wird über Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses bezugnehmend auf den Gemeinderatsbeschuß vom 18. 11. 1975, Ges-2385/75, der Gregor-Goldbacher-Förderungspreis 1985 zu je S 40.000,- an Herrn Dr. Helmut Retzl, Leonfeldnerstraße 148, 4040 Linz, und an Herrn OAR. Adolf Bodingbauer, Schuhbodengasse 1, 4400 Steyr, vergeben.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 80.000,-- (achtzigtausend)
bei VSt 1/061000/757000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat
durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine gegenteilige Meinung? Gibt es eine
Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

In den kommenden vier Anträgen geht es um die Verleihung von Ehrungen an ver-
diente Steyrer. Im ersten Antrag geht es um die Verleihung des Ehrenringes der
Stadt Steyr an Herrn Vizebürgermeister a. D. Oberschulrat Karl Fritsch.

7) Präs-1000/85

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an
Herrn Vizebürgermeister i. R. Karl Fritsch

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als Vizebürgermeister, im be-
sonderen um deren Ausbau und Entwicklung und um die demokratische Zusammenar-
beit im Gemeinderat der Stadt Steyr, wird Herrn Vizebürgermeister i. R. Ober-
schulrat Karl Fritsch der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr soll wie folgt lauten:
"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner
Verdienste als Vizebürgermeister der Stadt, im besonderen um deren Ausbau und
Entwicklung und um die demokratische Zusammenarbeit im Gemeinderat der Stadt
Steyr."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltun-
gen? Ich darf den Antrag als einstimmig angenommen betrachten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Beim nächsten Antrag geht es um die Verleihung des Ehrenringes an Herrn Stadt-
rat i. R. Manfred Wallner. Der Antrag lautet:

8) Präs-1001/85

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr
an Herrn Stadtrat i. R. Manfred Wallner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als langjähriger Baureferent,
im besonderen um das Bauwesen wird Herrn Stadtrat i. R. Manfred Wallner der
Ehrenring der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr soll wie folgt lauten:
"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner
Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um das Bauwesen als langjähriger
Baureferent und Vorsitzender des gemeinderätlichen Bauausschusses.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sind Sie mit diesem Antrag einverstanden oder gibt es dazu Wortmeldungen? Gibt
es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt
Steyr an Prokurist Ing. Günther Beltz und hat folgenden Wortlaut:

9) Präs-1079/85

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr
an Herrn Prokurist Ing. Günther Beltz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um den Aufbau und die erfolgreiche Entwicklung des Werkes Steyr der Firma Telefunken-electronic wird Herrn Prokurist Ing. Günther Beltz die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll wie folgt lauten:

"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um den Aufbau und die erfolgreiche Entwicklung des Werkes Steyr der Firma Telefunken-electronic."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört und ich frage auch hier, ob es dazu eine Wortmeldung gibt? Gibt es eine Stimmenthaltung oder gegenteilige Meinungen? Auch das ist nicht der Fall, der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Mein letzter Antrag beinhaltet die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Direktor-Stellvertreter Walter Pirringer. Der Antrag lautet:

10) Präs-1080/85

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr
an Herrn Direktor-Stellvertreter Walter Pirringer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um seine Bemühungen um die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Werkes Steyr der Steyr-Daimler-Puch AG, wird Herrn Direktor-Stellvertreter Walter Pirringer die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll wie folgt lauten:

"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um seine Bemühungen um die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Werkes Steyr der Steyr-Daimler-Puch AG."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Abermals meine Frage, ob jemand dazu sprechen will? Gibt es gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen? Auch das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke unserem Bürgermeister für die Bericht erstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche Kollegen Wippersberger um die Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich habe Ihnen insgesamt 9 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Beim ersten Antrag handelt es sich um die Neuregelung der Fehlgeldentschädigungen. Der Antrag lautet:

11) Präs-858/85

Gewährung von Fehlgeldentschädigungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Wirkung vom 1. 1. 1986 werden die Richtlinien für die Gewährung von Fehlgeldentschädigungen wie folgt neu geregelt:

1. Dem Beamten, der im erheblichen Ausmaß mit der Annahme bzw. Auszahlung von Bargeld, mit dem Verschleiß von Wertzeichen oder mit der Einlösung von Wertpapieren und Zinsscheinen beschäftigt ist, gebührt zum Ausgleich von Verlusten, die ihm durch entschuld bare Fehlleistungen im Verkehr mit Parteien und im eigenen Amtsverkehr entstehen können, eine Fehlgeldentschädigung.

2. Die Fehlgeldentschädigung beträgt in der Gefahrenklasse I:

von S 20.000,- bis S 50.000,- pro Monat S 70,-

Gefahrenklasse II:

von S 50.000,- bis S 100.000,- pro Monat S 100,-

Gefahrenklasse III:

Jahresbruttobargeldumsatz von S 100.000,- bis S 500.000,- pro Monat S 150,-

Gefahrenklasse IV:

Jahresbruttobargeld von S 500.000,- bis S 2.000.000,- pro Monat S 200,-

Gefahrenklasse V:

Jahresbruttobargeldumsatz von S 2.000.000,- bis S 5.000.000,- pro Monat S 400,-

Gefahrenklasse VI:

Jahresbruttobargeldumsatz über S 5.000.000,- pro Monat S 800,-

3. Der Bemessung der Fehlgeldentschädigungen ist der Jahresbruttobargeldumsatz des Vorjahres zugrunde zu legen. Die Auszahlung erfolgt für jeden Monat, in dem eine im Absatz 1 umschriebene Tätigkeit ausgeführt wird, gemeinsam mit den laufenden Dienstbezügen im nachhinein. Bei Neueinrichtung einer Kasse oder kassenähnlichen Einrichtung wird die Fehlgeldentschädigung für das erste Jahr mit Beginn des nächstfolgenden Jahres aufgrund des Jahresbruttobargeldumsatzes als Jahresbetrag im nachhinein flüssig gemacht.

4. Die Höhe des Jahresbruttobargeldumsatzes ist alljährlich im Dienstwege der Magistratsdirektion/Personalreferat bis 28. Februar des folgenden Jahres schriftlich bekanntzugeben. Ebenso ist jede sich auf den Anspruch auswirkende Veränderung vom Abteilungsvorstand unverzüglich der vorbezeichneten Stelle zu melden. Die Zuerkennung der Fehlgeldentschädigung erfolgt nur über Antrag.

5. Eine Valorisierung der Fehlgeldentschädigung erfolgt nicht.

Die bisher gewährten Fehlgeldentschädigungen bleiben bis zu einer Änderung des Jahresbruttogeldumsatzes der jeweiligen Kasse bzw. einem Wechsel in der Person des jeweiligen Kassenführers in unveränderter Höhe gewährt.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf den freiwilligen Personalkostenzuschuß für das Rote Kreuz für 1985. Es ist ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat und hat folgenden Wortlaut:

12) Ha-5903/85

Bezirksstelle Steyr-Stadt des Österr.
Roten Kreuzes; Personalkostenzuschuß 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Nach Maßgabe des Amtsberichtes des Personalreferates vom 19. 9. 1985 wird der Bezirksstelle Steyr-Stadt des Österr. Roten Kreuzes für das Jahr 1985 ein freiwilliger Personalkostenzuschuß in Höhe von

S 180.000,-- (Schilling einhundertachtzigtausend)

gewährt. Dieser Betrag wird bei VSt 1/530000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen ist niemand.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Zentralen Kläranlage, und zwar mit der Bekanntgabe von Mehrkosten durch das Büro Dipl. Ing. Flögl. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

13) Bau6-1782/76

Reinhalungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage; Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten; Lohn- und Materialpreiserhöhungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 3. 6. 1982 und 7. 7. 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der Zentralen Kläranlage in Hausleiten an die ARGE Kläranlage (Fa. Beer & Janischofsky, Fa. Hamberger, Fa. Negrelli, Fa. Zwettler) zum Gesamtpreis von S 102,312.590,48 übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 25. 9. 1985 wird nunmehr aufgrund von Lohn- und Materialpreiserhöhungen einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von ca. S 7 Mill. zugestimmt, wovon vorerst ein Betrag in Höhe von S 6 Mill. zur Auszahlung gelangt (Rest nach Vorliegen entsprechender Begründungen der Mehrkosten).

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 6,000.000,-- (Schilling sechs Millionen)

werden bei der VA-Stelle 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Es ergibt sich keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es ebenfalls um eine Vorfinanzierung für den Reinhaltungsverband. Es ist ebenfalls ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, welcher folgenden Wortlaut hat:

14) Bau6-4090/82

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Errichtung eines Teilabschnittes des Hauptsammlers E Sierning von Schacht 86 bis Schacht 97 und Pumpwerk H;
Erd- und Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 9. 1985 wird der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten im Zuge der Errichtung eines Teilabschnittes des HS "E" Sierning von S 86 bis S 97 und PW "H" an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preis von S 1,879.035,- exkl. USt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,879.000,-- (eine Million achthundertneunundsiebzigttausend)

werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Darf ich auch hier um ein Zeichen mit der Hand ersuchen, wenn Sie eine positive Entscheidung treffen? Danke. Dagegen ist niemand, daher ist der Antrag so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um das Gemeindebediensteten-Schutzgesetz, und zwar um die Neubestellung eines Sicherheitsausschusses. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

15) Pers-434/85

Pers-1020/85

OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz;

Neubestellung eines Sicherheitsausschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 20 des OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetzes, Landesgesetzblatt Nr. 36/84 werden nachstehende Personen auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates zu Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt:

Vorsitzender: SR. Dr. Viol Kurt-Paul

Stellvertreter: TOAR. Ing. Haratzmüller Manfred; Ersatz: TAR Ing. Deutschmann Sepp.

Beisitzer: Städt. Vorarbeiter Augner Adolf (MA VII), VB Neubauer Heinz (Stadtwerte), VB Eiblwimmer Gregor (ZAH), VB Kremsmayr Helmut (Verwaltungsdienst), SR. Dr. Nones Reinhard (Amtsarzt); Ersatz: Städt. Kraftwagenlenker Aigner Josef, VB Überlackner Josef, VB Hinterleitner Christa, VB Eder Helga.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dieser Antrag steht zur Diskussion. Ich sehe auch hier keine Wortmeldung. Wenn Sie zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Dagegen ist niemand, ich sehe auch keine Stimmenthaltung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Änderung der Disziplinaroberkommission aufgrund der letzten Gemeinderatswahl. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat hat folgenden Wortlaut:

16) Präs-867/83

Bestellung und Zusammensetzung der
Disziplinaroberkommission; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 76 Statutargemeinden-Beamten-gesetz, LGBl. Nr. 37/56 i. d. g. F., werden für die laufende Funktionsperiode mit sofortiger Wirksamkeit bis zum 31. 12. 1986 anstelle des Stellvertreters des Vorsitzenden, Vizebürgermeister Karl Fritsch, Vizebürgermeister Karl Holub und anstelle des Mitgliedes der Disziplinaroberkommission, Stadtrat Manfred Wallner, Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl bestellt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Keine, daher einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, ist von besonderem Interesse und von besonderer Bedeutung, es handelt sich um den Nachtragsvoranschlag für 1985.

Alljährlich, so auch heuer wieder, wird ein Nachtragsvoranschlag vorgelegt. Es ist, wie jeder Nachtragsvoranschlag, die Zusammenfassung der von Ihnen bisher gefaßten Beschlüsse in diesem Jahr, die Zusammenfassung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben für 1985. Dem Nachtragsvoranschlag ist auch ein Amtsbericht beige-schlossen, der in zusammengefaßter Form die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem Voranschlag 1985 aufzeigt. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, daß ich mich mit meinen Darlegungen relativ kurz fassen kann. Der Nachtragsvoranschlag 1985, das sei meinen Ausführungen vorangestellt, ist ein durchaus erfreulicher. Er zeigt auf, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, welche ungefähr Mitte des vergangenen Jahres ihren Anfang nahm, sich im heurigen Jahr noch weiter verstärkt hat. Diese Tatsache geht auch ganz eindeutig aus den Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer hervor. Der ordentliche Haushalt weist gegenüber dem Voranschlag 1985 auf der Einnahmenseite eine Ausweitung um 26,281.000 Schilling auf, das sind rund 5 %. Es ist demnach eine Erhöhung von 522,291.000 auf 548,572.000 Schilling. Die Mehreinnahmen, das habe ich schon angedeutet, liegen vor allem bei der Gewerbesteuer mit voraussichtlich zusätzlichen 18 Millionen, insbesondere aufgrund von Nachzahlungen, und bei der Lohnsummensteuer 6 Mill. Schilling. Nicht unerfreulich ist auch die Tatsache, daß wir an Ertragsanteilen vom Bund zusätzlich 5,8 Millionen Schilling, davon allerdings 3,8 Millionen Schilling aus Refundierung vergangener Jahre, bekamen, und einen Betrag von zusätzlich 1,6 Millionen als Rückersätze von Ausgaben vergangener Jahre. Als Kostenersatz auf dem Personalsektor bekommen wir rund 2,3 Millionen Schilling plus 1,4 Millionen im Rahmen der Arbeitsmarktförderung zusätzlich herein. So viel zu den größten zusätzlichen Einnahmen beim ordentlichen Haushalt.

Diesen Mehreinnahmen stehen allerdings auch Mindereinnahmen, hier vor allem bei den Kanalanschluß- und Kanalbenützungsgebühren im Gesamtausmaß von 4,1 Millionen gegenüber. Die Mindereinnahmen bei den Zinsen um rund 1,5 Millionen sind auf die allgemeine Zinssenkung zurückzuführen und daß der Unterschiedsbetrag bei den Ertragsanteilen um 1 Million Schilling geringer ausfallen wird, hängt andererseits mit

der stärker gewordenen Finanzkraft unserer Stadt zusammen. Insgesamt gesehen, das möchte ich nochmals unterstreichen, war die Einnahmenentwicklung in diesem Jahr durchaus erfreulich, können wir doch mit voraussichtlichen Gesamtmehreinnahmen beim ordentlichen Haushalt von rund 26,3 Millionen Schilling rechnen. Diese erfreuliche Entwicklung hat es möglich gemacht, daß rund 9,7 Millionen dem aoH und 6 Millionen Schilling den Rücklagen zugeführt werden können.

Nun zu den wichtigsten effektiven Mehrausgaben beim ordentlichen Haushalt. Im ordentlichen Haushalt stehen bekanntlich die gesamten Personalkosten zu Buche und sind in ihrer Gesamtheit gesehen doch ein sehr wesentlicher Faktor. Veranschlagt waren für dieses Jahr Personalkosten im Ausmaß von 193,167.000 Schilling. Die tatsächlichen Kosten werden aber bei knapp 196 Mill., also um rund 2,8 Mill., das ist ein Plus von 1 %, höher als veranschlagt zu liegen kommen. Die Ursachen dafür sind vor allem die Einstellung von zusätzlichem Personal für unsere Pflegeabteilung im Zentralaltersheim, durch den Ausbau dieser bedingt, die Tatsache daß wir zusätzlich Personal für unsere Kindergärten und Horte aufnehmen mußten, weil erfreulicherweise die Zahl der Kinder in diesem Jahr wieder stark zugenommen hat, die Inbetriebnahme der Kläranlage und die Aktion 8000 im Rahmen der Arbeitsmarktförderung, in deren Rahmen zusätzliche Arbeitslose, junge Menschen, eingestellt werden konnten.

Die größten Ausgabenüberschreitungen beim ordentlichen Haushalt gab es bei den Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden mit nahezu 4 Millionen Schilling. Davon allein rund 1,6 Millionen für die Pflichtschulen, 400.000 Schilling für die Kindergärten und Horte und mehr als 400.000 Schilling für das Taborrestaurant. Für den Umbau des Zentralaltersheimes wurden zusätzlich 1,6 Millionen für die Betriebsausstattung gebraucht. Zu Buche bei den Mehrausgaben steht auch ein zusätzlicher Ankauf eines Fahrzeuges für unsere Elektriker mit nahezu 1 Million. Die Steyrer Sportvereine erhielten für die Instandhaltung ihrer Sportanlagen zusätzlich rund 670.000 Schilling. Das Asphaltierungsprogramm erforderte Mehrausgaben von rund 500.000 Schilling, für die städt. Müllabfuhr Mehrausgaben im Ausmaß von rund 1 Million aufgrund des geänderten Vertrages mit der Fa. Hasenöhr, für die Sanierung des Schloßparkteiches zusätzlich S 650.000,- und ein höherer Zuschuß für unser Stadtbad und unsere Kunsteisbahn von rund 720.000 Schilling und zusätzlich noch mindestens 1,6 Million Schilling für den Winterdienst - Schneeräumung, Salz- bzw. Sandstreuung. Der letzte Winter war bekanntlich sehr lang. Wir haben jetzt wieder Winter und hoffen doch, daß wir mit diesem Plus von 1,6 Millionen einigermaßen das Auslangen finden können.

Nun zum außerordentlichen Haushalt. Das Loch im Budget - wir hatten ja bekanntlich einen Abgang von 23,696.000 Schilling präliminiert- konnte vor allem dank höherer Einnahmen infolge der besseren Wirtschaftslage und durch Zuschüsse von Land und Bund zugemacht werden. Die Gesamteinnahmen haben eine Erhöhung von 27,2 Mill., und zwar von 87,2 auf 114,4 Millionen Schilling erfahren. Die Gesamtausgaben erhöhten sich geringfügig, nämlich lediglich um 3,5 Millionen Schilling, von 110,9 Millionen auf 114,4 Millionen Schilling. Somit ist auch der außerordentliche Haushalt ausgeglichen.

Die Mehreinnahmen beim aoH rekrutieren sich im besonderen aus der von mir schon erwähnten Zuführung von 9,7 Millionen aus dem ordentlichen Haushalt und aus der höheren Rücklagenentnahme von 6,6 Millionen. Ein Plus aber auch bei den Bedarfszuweisungen und Zuschüssen - ich habe es bereits angedeutet - insbesondere seitens des Landes, vor allem aus dem Gemeindereferat des Herren Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Grüner und aus dem Sozialreferat von Herrn Landesrat Ing. Hermann Reichl im Ausmaß von 11,5 Millionen. Zusätzliche 3 Millionen konnten wir durch Mehreinnahmen aus Gebäudeverkauf erzielen. Alles in allem gesehen daher auch auf der Einnahmenseite des aoH eine nicht unerfreuliche Situation, denn es ist uns gelungen, auch den aoH auszugleichen. Allerdings eine unbedingte Notwendigkeit - ich komme bei meinem nächsten Antrag noch darauf zu sprechen - ist, die im Budget

1985 vorgesehene Summe von 40 Millionen für Darlehensaufnahmen tatsächlich aus-
zuschöpfen.

Nun zu den größeren Ausgaben beim aoH. Die ziffernmäßig größte Überschreitung
mit 3,8 Millionen betrifft die Leichtathletikanlage auf der Rennbahn. Ursache dieser
Überschreitung war bekanntlich auch der Beschluß, anstelle des Naturrasens einen
Kunststoffrasen auf dem Fußballfeld zu verlegen.

Überschreitungen in ebenfalls größerem Ausmaß gibt es auch bei den Straßenbauten,
und zwar eine Restzahlung an den Bund als Kostenbeitrag der Stadt für die Märzen-
kellerumfahrung mit zusätzlichen 3,5 Millionen, 3,4 Millionen wurden nachträglich für
den Ausbau der Christkindl- und Schwammingerstraße beschlossen, 3,1 Millionen er-
forderte zusätzlich der Straßenbau für die Aufschließung der Mühlbauergründe. 2,2
Millionen zusätzlich für den Teilausbau der Steiner Straße und nahezu 1,1 Millionen
über die veranschlagte Summe hinaus für den Parkplatz beim Schiffmeisterhaus. Für den
Ausbau der Krankenstation im Zentralaltersheim waren zusätzliche 2,3 Millionen er-
forderlich und für die Fassadenaktion und Erhaltung der Dachlandschaften insgesamt zu-
sätzliche nahezu 2 Millionen Schilling. Für die Wohnbauförderung einschließlich gewähr-
ter Darlehen werden um 1,7 Millionen mehr ausgegeben, für den Mehrzwecksaal Wehr-
graben ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling – eine Restzahlung aus dem Jahre 1984, da die
Abrechnung des Bauwerkes verspätet bei uns eingelangt ist. Für das Museum Arbeitswelt eine

Aufstockung um 1,1 Millionen und eine Summe von zusätzlich 1 Million für die HAK und
HBLA, um nur die wichtigsten größeren Mehrausgaben kurz zu erwähnen. Diese Mehr-
ausgaben wurden aber nur möglich gemacht, einerseits durch höhere Einnahmen, an-
dererseits durch Einsparungen infolge Nichtinangriffnahme oder Verzögerung von ge-
planten Vorhaben. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist aber vor allem die Tatsa-
che, daß der Kreditrahmen – das darf ich hier nochmals unterstreichen – den wir uns
beim Beschluß über den Haushaltsvoranschlag 1985 gestellt haben, nicht überschritten
werden wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragsvoranschlag 1985 ist die ziffernmäßige
Gegenüberstellung der voraussichtlichen Mehreinnahmen und Mehrausgaben in diesem
Jahr. Der Nachtragsvoranschlag zeigt auf, daß wir im allgemeinen richtig, wenn auch
etwas vorsichtiger – diesen Vorwurf lasse ich mir gerne gefallen – budgetiert haben.
Die Mehreinnahmen liegen um etwa 5 Prozent höher als veranschlagt, und die Gesamt-
mehrausgaben sogar nur um 3,2 Prozent. Dies bedeutet, daß wir der Budgetwahrheit
insgesamt gesehen doch sehr sehr nahe gekommen sind. Wir haben bei den Einnahmen
zugegeben etwas vorsichtig budgetiert, wir haben auch auf der Ausgabenseite Vorsicht
und Umsicht walten lassen, denn nur so war es möglich, den gesamten Haushalt auszu-
gleichen, ohne zusätzliche Kredite in Anspruch nehmen zu müssen. Auch diese Fest-
stellung sei mir in diesem Zusammenhang erlaubt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es Ihnen und mir ersparen zu können,
noch mehr auf Details einzugehen. Ich darf Ihnen nun den entsprechenden Antrag zur
Verlesung bringen:

17) Ha-4444/84

Nachtragsvoranschlag 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 13. 12. 1984, Ha-4444/84, wo-
mit der Voranschlag 1985 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtrags-
voranschlages für das Jahr 1985 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von S 522,291.000,- auf

S 548,572.000,-

die Gesamtausgaben von S 522,291.000,- auf	S 548,572.000,--
daher ausgeglichen	S -
	=====
b) die Reineinnahmen von S 485,361.000,- auf	S 511,642.000,--
die Reinausgaben von S 485,361.000,- auf	S 511,642.000,--
daher ausgeglichen	S -
	=====
2. Der außerordentliche Haushalt	
die Gesamteinnahmen von S 87,200.000,- auf	S 114,402.000,--
die Gesamtausgaben von S 110,896.000,- auf	S 114,402.000,--
daher ausgeglichen	S -
	=====

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 13. 12. 1984 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1985 bleiben unverändert.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme und den Herrn Bürgermeister bitte ich, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht und die Darstellung. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Daß ein Jahr vorbeigegangen ist, erkennt man nicht nur am Kalender, sondern auch beim Blick aus dem Fenster. Der Finanzreferent hat auch schon einen der Aspekte des städtischen Haushaltes heute angezogen, den Winterdienst, der doch für die Kommune recht belastend ist und das heurige Jahr zeigt uns recht bald die zu gewärtigenden Belastungen. Was wir aber sonst alles als Familie Steyr im heurigen Jahr planentsprechend oder plannichtentsprechend eingenommen und ausgegeben haben, das zeigt uns der Nachtragsvoranschlag im wesentlichen. Sicher nicht im ganzen, denn der Rechnungsabschluß kann erst nach Beendigung des Jahres erstellt werden.

Herr Vizebürgermeister Wippersberger hat in seinen Ausführungen erwähnt, daß eine außerordentlich vorsichtige Budgetierung stattgefunden hat, außerordentlich vorsichtig nicht, aber eine recht korrekte Budgetierung würde ich in dem Fall schon in Anbetracht der Abweichungen in Summe dazusagen. Natürlich war es so, daß wir eine Reihe von Mehreinnahmen zur Kenntnis nehmen durften, die sicher nicht alle aus dem Wirtschaftsaufschwung des heurigen Jahres begründet sind. Gerade bei den Nachzahlungen handelt es sich ja um Steuererhebungen und Leistungen, die aus dem vergangenen Wirtschafts- und Steuerjahr herkommen. Gott sei Dank haben aber doch die wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Landes und des Bundes, die dann im Staatsvertrag gegipfelt haben, umgreifend jene Erfolge gehabt, die sich alle, die damals an den Verhandlungen beteiligt waren, erhofft haben - einschließlich der Steyrer Bürger, die sich doch in einer etwas ungewissen Zukunftssituation befunden haben. Es ist sicherlich ein wenig bedauerlich, daß diese Rahmenförderungen mit 31. 12. 1985 in dem erhöhten Ausmaß beendet sein werden. Es ist nur sehr zu hoffen, daß die Investitionstätigkeit, die die Industrie und Wirtschaft in unserem Raum bis jetzt aufgebracht hat, schon so ausreichend war, daß nicht nur kurzfristig Belebung eingetreten ist, sondern auch langfristig weiter der Aufwind in die Steyrer Segel blasen wird.

Auf die einzelnen Ansatzposten des ordentlichen Haushaltes wurde in der Berichterstattung durch den Antragsteller schon sehr ausführlich eingegangen, so daß ich mir erlauben kann, nur einige Vergleichszahlen aus diesem Zahlenwerk heraus zu präsen-

tieren. Daß Mehreinnahmen zur Erhöhung der Gesamteinnahmen geführt haben, haben wir mit Freude zur Kenntnis genommen, so daß sich 548 Millionen im ordentlichen Haushalt auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, weil ja ausgeglichen budgetiert wird, erstellen. Die Gesamteinnahmen von 548 Millionen könnte man zur Betrachtung der tatsächlichen Einnahmen abzüglich der Vergütungen saldieren, so daß, wenn man die 36 Millionen Vergütung wegrechnet – auch das steht im Amtsbericht und im beiliegenden Nachtragsvoranschlag zu lesen – Reineinnahmen von 511 Millionen Schilling entstanden sind. Vergleichen wir dazu den Schuldenstand, so haben wir zwei Vergleichsmaßstäbe in unserer Stadt, nämlich die Gesamteinnahmen vor Abzug der Vergütungen und die Reineinnahmen nach Abzug der Vergütungen. Wir sehen, daß der Schuldenstand zum 31. 12. 455 plus die heute noch zu beschließenden 20 Mill., also 475 Millionen Schilling ausmacht. Wenn man das den entweder gesamten Einnahmen von 548 Millionen gegenüberstellt, so heißt das, daß die Schulden 86,7 Prozent des laufenden Rechnungsjahres betragen und 92 % der Reineinnahmen. Das ist keine Kennzahl, die der Landeshaushalt der Stadt gegenüber abverlangt, aber sie sagt doch etwas aus, weil man ja den privaten Haushalt auch danach beurteilt, wie gut oder wie wirtschaftlich er umgeht, wenn man seine Verschuldung mit seinem Jahreseinkommen in Relation sieht. Überschuldet sind wir nach diesem Grundsatz durchaus noch nicht, aber allein die Zahl von den Reineinnahmen, die Verhältniszahl 92 % führt uns doch vor Augen, daß wir auch in Zukunft vorsichtig budgetieren werden müssen als Familie Steyr und daß wir auch in Zukunft sehr sorgfältig unsere künftigen Maßnahmen planen werden müssen. Mein alter Wunsch ist also nach wie vor zu untermauern, daß die Maßnahmen konzeptiv geordnet sein sollten und die Arbeit, die sicherlich sehr umfangreich, aber nicht deshalb undränglich ist, an einem mittelfristigen Maßnahmen- und Finanzierungskonzept durchaus vorangetrieben werden soll.

Wesentlichster Einnahmepunkt dieser 548 Millionen Schilling – das liegt wohl in der Natur der Dinge – sind die eigenen Steuern und Abgabenertragsanteile, die ca. 400 Millionen Schilling im heurigen Jahr ausgemacht haben. Die Entwicklung aus den beiden letzten Jahren, 1983 waren es noch 333 Mill., 1984 waren es 375 Millionen Schilling, ist beständig abwärtsschreitend und bietet dank der Tatsache der Nachzahlungen, die gekommen sind, keine große Veranlassung zur Panik.

Zweitgrößter Einnahmeposten sind die Einnahmen aus Leistungen, also die städtischen Gebühren und alles, was sich noch hinter diesem Punkt versteckt, die sich auf ca. 105 – 110 Millionen Schilling im laufenden Jahr erstellen werden. Vergleichen wir jetzt die Haupteinnahmepost "Eigene Steuern und Abgabenertragsanteile" mit einer anderen Summe, die ich mit "Betriebsaufwand der Gemeinde" überschreiben möchte, – das beinhaltet die Personalkosten, die laufenden Instandhaltungskosten, also alles das, was im ordentlichen Haushalt ausgabenwirksam ist für den inneren Betrieb der Stadt – so stellen wir erstaunt eine Gleichheit fest. 400 Millionen Schilling ist dieser "Betriebsaufwand" im heurigen Jahr gewesen, und genau 400 Millionen waren die eigenen Steuern und Abgabenertragsanteile. Das heißt, daß wir im Gegensatz zu manchen anderen Gemeinden im Bundesgebiet Österreich unseren eigenen Haushaltsaufwand tatsächlich aus eigenen Einnahmen bedecken können. Viele Gemeinden sind dazu nicht mehr in der Lage und bedürfen schon der Zweckzuwendung zum Haushaltsausgleich im ordentlichen Haushalt. Das soll jetzt wiederum nicht heißen, daß wir sozusagen wie das Fettauge auf der Suppe Österreich daherschwimmen, aber es ist noch ein relativ gesunder Stadthaushalt, mit dem wir hier umgehen können. Eines muß uns aber schon klar sein, daß wir alle oder die meisten Investitionen, die wir in zukünftige Projekte stecken, doch durch Kreditaufnahme werden finanzieren müssen. Und der Haushaltsausgleich im außerordentlichen Haushalt, der erfreulicherweise durch die Rücklagenentnahmen und die an sich nicht budgetierte aber doch erhoffte Zuweisung vom ordentlichen Haushalt heuer stattgefunden hat, haben im heurigen Jahr doch ermöglicht,

verschiedenes zu finanzieren, ohne deshalb noch mehr Schulden aufnehmen zu müssen. Die Einnahmen und Ausgaben im außerordentlichen Haushalt sind im Detail in wesentlichen Punkten schon beleuchtet worden, so daß es mir erlaubt sei, auch wieder nur einige Zahlen in Vergleich zu ziehen. Es wurde erwähnt, daß Mehrausgaben von 3,5 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt zu Buche stehen. Ich habe mir, wie schon in den letzten Jahren, erlaubt, wieder herauszuarbeiten, wie diese 3,5 Mill. Schilling entstanden sind, und zwar aus, im einzelnen Ansatzposten addiert, Mehrausgaben - das sind Ausgaben, die höher sind als die budgetmäßige Veranschlagung - von 30,4 Millionen Schilling und Minderausgaben - auch das ist im Amtsbericht ausdrücklich hervorgehoben - von 26,9 Millionen Schilling. Die Spanne davon sind die 3,5 Millionen Budgetüberschreitung, die wir heute beschließen werden. Das sind nicht nur Maßnahmen, die uns mehr gekostet haben als ursprünglich angenommen, oder weniger gekostet haben, sondern das sind Maßnahmen, die wir zum Teil überhaupt nicht gehabt haben laut Budget, nämlich Mehrausgaben von nicht ganz 4,5 Millionen Schilling sind aus am Jahresanfang nicht vorhandenen Positionen gekommen. Minderausgaben aus vorhandenen Positionen, die überhaupt nicht ausgenützt wurden, von 7,9 Millionen. Das zeigt Maßnahmen, die entweder so unvorhergesehen waren, oder deren Dringlichkeit besonders wichtig erschien im laufenden Jahr, in vielerlei Hinsicht, von insgesamt 12 Millionen Schilling. Die gesamte Abweichung, das wäre die Summe aus Mehr- und Mindereinnahmen, - auch diese Spanne kann man sehr wohl heranziehen - beträgt 67,4 Millionen Schilling aufgerundet. Das bedeutet im Verhältnis zu einer Gesamtsumme des Voranschlages 1985 von 110,9 Millionen Schilling eine Spanne von immerhin 60,7 Prozent. Das kann jetzt nicht als reiner Vorwurf der Ungenauigkeit aufgefaßt und auch nicht so gemeint verstanden werden, sondern zeigt uns, daß spontane Entscheidungen einfach erhebliche Planabweichungen bedeuten. Gerade die Maßnahmen, die als in die Zukunft blickend angesehen werden können, die vielen Investitionen in das Kanalnetz, auch in das Gemeindekanalnetz, und die vielen Investitionen in die Sanierung des Stadtteiles Steyrdorf zwingen uns zweifellos - Du, Herr Kollege Wippersberger, wirst mir recht geben - zu einer erstens unerhört maßvollen Budgetierung und zu zweitens einer unerhört sorgfältigen Finanzierungsplanung der einzelnen Maßnahmen, wenn wir nicht in den Strudel geraten wollen.

Die Minderausgaben des außerordentlichen Haushaltes sind zweifellos auch sehr gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Sanierung der Mülldeponie nicht nur über den städtischen Haushalt finanziert werden muß, sondern daß sich ein anderer Finanzierungsweg im Wege des Reinhaltungsverbandes aufgetan hat, den wir Gott sei Dank beschreiten können. Wenn man diese Ersparnis aus der Mülldeponie hinzurechnet, so wäre das Bild ein schon wesentlich unerfreulicheres und man könnte rein aus dieser einen Ansatzposition schon mit einer Haushaltsüberschreitung von nicht 3,5, sondern mit Sicherheit 14 Millionen Schilling rechnen. Sind wir froh, daß der Finanzierungsweg so möglich ist. Ich möchte auch ganz ehrlich jenen gratulieren, die diesen Finanzierungsweg gefunden haben. Wie überhaupt ich meine, daß man den budgetstellenden Beamten, aber auch dem Finanzreferenten, so wie im vergangenen Jahr, doch die Anerkennung zu zollen schuldig ist, daß sorgfältig budgetiert und auch sorgfältig und genau der Nachtragsvoranschlag erstellt wurde.

Meine persönliche Bitte und auch die Bitte meiner Fraktion ist, Vorhaben des mittelfristigen Konzeptes hinsichtlich der Maßnahmen aber bitte auch der Finanzierung nicht nur der Maßnahmen, sondern zu den Maßnahmen dazu die Finanzierung nicht aus den Augen zu lassen und dieses Konzept möglichst rasch fertigzustellen. Das begleitet die Erklärung zur Zustimmung zum Nachtragsvoranschlag, die ich namens der ÖVP-Fraktion abgebe. Diese Zustimmung beinhaltet natürlich den Ausschluß aller jener Beschlüsse, denen wir weder im Gemeinderat noch im Stadtsenat folgen konnten und daher auch nicht mit dieser Zustimmung im nachhinein beschlußmäßig decken können, wollen oder auch dürfen. Mit einem Wunsch auf eine gute Budgetierung in das nächste Jahr - es wird ja nicht allzu lange dauern, bis wir uns mit diesem Thema in

diesem Raum auseinandersetzen müssen und dem Wunsch, daß das heurige Jahr nicht allzu viel Überraschungen mehr hinsichtlich der finanziellen Belastung der Stadt mit sich bringen werde – ein bißchen etwas steht uns ja schon noch ins Haus, das den Nachtragsvoranschlag doch in erhebliche Differenz zum Rechnungsabschluß bringen wird – möchte ich die Zustimmung meiner Fraktion hier abgeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für die Stellungnahme seitens der Österr. Volkspartei. Kollege Ramoser ist der nächste Redner.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Liebe Damen und Herren, ich kann zu den Zahlen, zu den Nachtragszahlen, keine Ausführungen bringen, weil ich mich ganz einfach nicht auskenne. Ich muß das leider zugeben, weil es so ist. Ich möchte aber eine grundsätzliche Rede halten über den Haushaltsplan, über die Finanzierung. Der finanzielle Haushaltsplan der Stadt Steyr hat im Bereich des Straßenausbaues und dadurch auch in der Straßenerhaltung ein Ausmaß erreicht, dem die GAL nicht mehr zustimmen kann. Die Gründe liegen darin, daß die derzeitige Verkehrspolitik unerträglich geworden ist. Für viele Menschen wurde das Auto Ersatz fehlender Beziehungen zu Mensch und Natur. Ihr habt ein goldenes Kalb errichtet und opfert es täglich, sogar Eure Kinder. Die Waldschäden, die Bodenvergiftung, die Landschaftsverbetonierung, die Zerschneidung von Feld und Wiese und der Verbrauch von Unmengen an Energie und Rohstoff, das berührt Euch nicht. Für Menschen, die nicht die volle Leistung bringen können, ist auch im Haushaltsplan unserer Stadt ein nur kleiner Beitrag vorgesehen. Die Beziehungen unserer sogenannten sozialen und humanen Gesellschaft zu Menschen in Not hat sich orientiert an der Brauchbarkeit dieser. In unserer sozialen Stadt gibt es keinen Platz für Leute, die eine kostenlose Herberge oder eine einmalige Unterkunft brauchen. Die Gelder werden für die Vernichtung der Menschheit eingesetzt. Unsere Wirtschaft, so heißt es bei den etablierten Parteien, sei ohne schweren Eingriff in das Netz der sozialen Sicherheit nicht mehr zu retten. Im gleichen Zuge treten alle drei Parteien für mehr Errichtung und wirtschaftliche Unterstützung von Rüstungsbetrieben ein. Wir wollen einem Haushaltsplan dieser Qualität nicht zustimmen. Im Haushaltsplan unserer Stadt konnte ich keinen einzigen Schilling finden, der für die Unterstützung der Länder zur Verfügung steht, denen wir die Rohstoffe rauben und raubten. Unsere Partnerstädte, Bruderstadt, haben die etablierten Parteien geschickt und wirtschaftlich ausgesucht. Sie wollen Brüder und Schwestern haben, von denen man profitiert und eventuell Verständnis für unsere Wirtschaftspolitik bekommt. Eine Stadt im Westen und eine im Osten, uns kann nichts passieren. Mit Problemen, die unsere etablierten Parteien in der Dritten und Vierten Welt schaffen, wollen Sie nichts zu schaffen haben.

Ich konnte auch keinen Schilling finden, den die Stadt für Friedensarbeit vorgeschlagen hat. Die etablierten Parteien sprechen viel vom Frieden, ich sehe im Haushaltsplan, daß sie es nur aussprechen, denn das verursacht keine Kosten. Die GAL wünscht sich einen Haushaltsplan mit Geldern für Frieden und Friedensarbeit, die im Bereich der Familienpolitik beginnt und sich fortsetzt bis zur sozialen Landesverteidigung. Auch die GAL will ihr Heimatland verteidigen, aber nicht mit den gleichen Mitteln, wie es sich die etablierten Parteien vorstellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Entschuldigung, Herr Ramoser, darf ich Sie bitten, daß Sie zum Gegenstand sprechen. Es handelt sich nicht um das Budget 1986, sondern um den Nachtragsvoranschlag 1985. Das, was Sie gesagt haben, ist sehr weit hergeholt, es entspricht nicht dem Gegenstand, der zur Verhandlung steht. Ich darf Sie bitten, zum Gegenstand zu sprechen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube, daß da ein ursächlicher Zusammenhang besteht, darum habe ich es gesagt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Als Nächster hat sich Kollege Tremml zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die vom Finanzreferenten, von Kollegen Wippersberger, bereits aufgezeigten wesentlichen Veränderungen von Voranschlagsposten zeigen auch heuer wiederum, das wurde auch hinten nach festgestellt, die ängstliche und übervorsichtige Budgeterstellung vor allem der Mehrheitsfraktion, denn die zeichnet dafür verantwortlich. Diese habe ich ja bereits bei der Erstellung des Budgets im Dezember des Vorjahres kritisch beleuchtet. Kollege Wippersberger hat in seinen Ausführungen einleitend festgestellt, daß es erfreulich war, daß bereits Mitte 1984 eine wirtschaftliche Besserung in unserer Stadt eingetreten ist. Es war daher auch schon abzusehen bei der Erstellung des Budgets für das kommende Jahr, das wir im Dezember 1984 beschlossen haben. Z. B., meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Gewerbesteuer erbrachte ja bereits im Jahre 1984 34 Millionen Schilling. Im Vorjahr 1985 wurde sie – das möchte ich damit begründen – sehr vorsichtig mit 35 Millionen eingesetzt, also nur eine Million mehr als 1984. Nach einer solchen Budgeterstellung hat man auch sehr wenig Vertrauen gegenüber der eigenen Regierung offenbar, denn da würde es zu einem wirtschaftlichen Niedergang kommen auch in unserer Region. Aufgrund des vorliegenden Nachtragsvoranschlages erbringt die Gewerbesteuer nicht wie präliminiert 35 Millionen Schilling, sondern 53 Millionen. Das ist ein Plus, wie es schon erwähnt wurde, von 18 Millionen Schilling oder sie steigt um fast 50 Prozent an. Dazu möchte ich vielleicht auch eine Bemerkung machen, daß das große und vielgelobte BMW-Motorenwerk bisher keinen Schilling zu dieser erzielten Gewerbesteuer beigetragen hat. Nehmen wir ein anderes Beispiel, die Lohnsummensteuer. Diese wurde im Voranschlag mit 67 Millionen Schilling gleich hoch wie bereits im Jahre 1983 angesetzt. Nun kommt es im vorliegenden Nachtragsvoranschlag bei der Lohnsummensteuer zu einer Einnahmenerhöhung von 6 Millionen Schilling und steigt damit auf 73 Millionen Schilling. Damit erbringt die Gewerbe- und Lohnsummensteuer heuer zusammen Einnahmen von 24 Millionen Schilling. Somit konnten dem außerordentlichen Haushalt über 9,6 Millionen Schilling zugeführt werden. Laut Voranschlag 1985 war ja, wie Sie wissen, dafür kein einziger Schilling vorgesehen.

Diese wenigen von mir angeführten Ziffern und Zahlen zeigen deutlich die von mir behauptete Zurückhaltung in der Budgetpolitik seitens der Mehrheit. Diese übervorsichtige Finanzpolitik führt meiner Meinung nach auch dazu, daß wichtige kommunale Aufgaben überhaupt nicht in Angriff genommen werden und daher für die schnellere Weiterentwicklung unserer Heimatstadt sicher nicht dienlich ist. Dazu kommt noch, daß auch wichtige Vorhaben im außerordentlichen Haushalt nicht begonnen bzw. ausgeführt, oder Minderausgaben getätigt wurden. Auf einige wurde ja heute schon hingewiesen. Ich möchte vielleicht einige anführen, und zwar die Sanierung und Überdachung der Kunstseilbahn, wo 2 Mill. Schilling vorgesehen waren, für das Schloßmuseum 2,2 Mill. Schilling, auch die vorgesehene 1 Mill. für Naturschutz wird heuer nicht ausgegeben.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Doch, das steht in einer anderen Budgetpost.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Na bitte, das kann schon möglich sein, daß Ihr es woanders ausgeben, aber trotzdem

nach den Ziffern, die ich herausgelesen habe, scheint das eben nicht auf, daß bestimmte Naturschutzmaßnahmen gesetzt wurden. Aber es ist möglich, daß sie irgendwo anders in einer Zahl untertauchen.

Vielleicht erlauben Sie mir auch dazu ein paar Bemerkungen zu machen aufgrund der Mitteilung des Herrn Bürgermeisters eingangs dieser Sitzung, wo er darauf verwiesen hat, daß sich die Stadt bemühte, eine zweite Luftmeßstation durch die OÖ. Landesregierung errichten zu lassen. Für jene Kollegen, die mit mir im Umweltausschuß sitzen, ist das zwar eine Neuigkeit, wo wir uns doch in der letzten Sitzung sehr ausführlich mit diesem Problem, nämlich gerade auch der Luftbelastung durch die zwei großen Betriebe, Steyr-Daimler-Puch AG und BMW-Motorenwerke, beschäftigt haben. Einmütig wurde auch festgelegt in diesem Ausschuß, daß die Luftmeßstation, die schon seit vielen Jahren stationiert ist in einem Gebiet, wo höchstens ein Radfahrer fährt, aber nie ein Auto, weil es dort ja gar keine Straße gibt. Es gibt also dort kaum eine Verpestung der Luft, es gibt auch dort aufgrund der Westwindssituation auch keine vorgelagerten Betriebe, die hier meßbar wären. Ich glaube, daß trotz alledem der Umweltschutz-Landesrat Winetzhammer unser Ansuchen der Stadt abgelehnt hat, wir weiter darauf bestehen müssen, daß eine zweite Luftmeßstation in Steyr errichtet wird, nämlich am richtigen Punkt. Wenn das nicht unmittelbar aus Kostengründen möglich sei, dann könnte man auch nach einem bestimmten Plan mobile Luftmeß-Stationen in unserem Stadtgebiet einsetzen. Es ist schon bezeichnend, vielleicht haben wir einen Fehler gemacht, daß wir mit diesem Ansinnen an die OÖ. Landesregierung etwas zu spät herangetreten sind. Die Beschwerden der Anrainer waren uns bekannt - ich habe hier öfters davon gesprochen. Taktisch wäre es vielleicht besser gewesen, diesen Ratschlag von mir eher zu befolgen und sich an die Landesregierung zu wenden, zumindestens aber 7 oder 8 Wochen vorher, nämlich vor den Landtags- und Gemeinderatswahlen. Wenn Sie sich da erinnern, welche Aussagen und vielfärbiges Material gerade von dieser Seite gekommen ist, was man nicht alles für den Umweltschutz und für die Menschen macht. Trotzdem glaube ich, man soll sich an diese Aussagen erinnern und diese Forderung weiter aufrecht belassen.

Nun weiter zum Nachtragsvoranschlag. Für den von mir verlangten raschen Ausbau der stadt-eigenen Mülldeponie in Hausleiten wurden 10 Mill. Schilling veranschlagt, tatsächlich aber wurden nach dem Nachtragsvoranschlag dafür nur 700.000 Schilling aufgewendet. Auch bei den notwendigen Kanalbauten wurden um rund 2,5 Millionen Schilling weniger ausgegeben. Im laufenden Jahr wurden für die Fassadenerneuerungen von Privathäusern mehr als 2 Millionen Schilling aufgewendet. Aber hier möchte ich kritisch feststellen, kein einziger Schilling für die Sanierung und Reparaturarbeiten der Münichholzer Wohnhäuser, obwohl ich mehrmals, wie Sie selbst alle wissen, im Gemeinderat entsprechende finanzielle Mittel auch von der Stadt verlangt habe. Bei der Beleuchtung des Nachtragsvoranschlages muß positiv vermerkt werden, daß im laufenden Budgetjahr auch Mehrausgaben getätigt wurden. So z. B. für die Erweiterung der berufsbildenden Schulen 1 Million Schilling, für den Sportplatz Rennbahn 3,8 Millionen Schilling. Wir haben ja heute beschlossen, für den Turnsaal im Wehrgraben 1,5 Millionen Schilling, für das Museum der Arbeitswelt 1,6 Millionen sowie für den Ausbau der Krankenstation im Altersheim 2,2 Millionen Schilling. Auch hier erlaube ich mir, auf eine Situation hinzuweisen. Der Ausbau der Krankenabteilung im Zentralaltersheim war äußerst notwendig. Vor zwei Tagen war der Wohlfahrtsausschuß dort und wir haben uns informiert und die neue Krankenabteilung besucht und uns dort angesehen, wie gearbeitet wird. Wir haben bereits 200 Personen in der Pflegeabteilung zu betreuen, weil die Landesregierung bisher nicht bereit war, unserer Forderung nachzukommen, nämlich den Altbau des Landeskrankenhauses Steyr zu einem Langzeitkrankenhaus umzufunktionieren. Ich kenne Fälle, die trotz des Ausbaues mit hohen Kosten, zuhause liegen müssen, ohne Pflege, weil sie nicht aufgenommen werden können. Es ist so, daß wir dringende Fälle in der derzeitigen Situation überhaupt nicht

unterbringen können, außer man räumt das Sterbezimmer aus. Ich habe heute gerade wieder einen Fall erfahren eines Kollegen, der für viele im Gemeinderat bekannt ist, es handelt sich um den Herrn Konrad Hahn. Der ist 84 Jahre, wohnt sehr schlecht untergebracht in der Haratzmüllerstraße 37 und war noch bis vor 2 Jahren der Nachtportier im städtischen Hotel in der Bahnhofstraße. Das ist ein Fall, für den ich mich seit Wochen eingesetzt habe, das ist ein dringender Fall, den man überprüfen sollte, da dieser Mann unbedingt einer Pflege bedarf. Ich habe mich heute noch einmal erkundigt beim zuständigen Dr. Starzengruber, der mir bestätigt hat, daß der Aufnahmebericht der Fürsorgerin auf äußerst notwendig lautet. Wir sind nicht in der Lage, diesen Mann in die Pflegeabteilung aufzunehmen. Daher glaube ich, daß wir als Gemeinderäte eine Verpflichtung haben für unsere alten Mitbürger, so lange diese noch leben, daß wir ihnen die Möglichkeit schaffen, daß sie gepflegt werden. Das heißt, daß es notwendig sein wird, an die Landesregierung heranzutreten, daß man im Landeskrankenhaus eine Pflegeabteilung schafft für Pflegefälle. Weiters möchte ich hier feststellen, daß wir auch für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues allerdings nur um 522.000 Schilling mehr aufgewendet haben. So wurden auch für die Verbesserung der Gemeindestraßen 27,4 Mill. Schilling, das sind um 9,4 Millionen Schilling mehr, aufgewendet als präliminiert waren. Dazu kommen noch Beiträge, die auch schon vom Finanzreferenten erwähnt wurden, zu Bundesstraßen, so daß insgesamt um 13 Millionen Schilling für die Finanzierung des Straßenbaues im heurigen laufenden Jahr aufgewendet werden. Allgemein kann man im Zusammenhang mit der Beschlußfassung des Nachtragsvoranschlages sagen, daß die Stadt Steyr für die Lösung vieler kommunaler und wirtschaftlicher Probleme über viel zu wenig Finanzmittel verfügt und dadurch die Verschuldung von Jahr zu Jahr weiter wächst. Vor allem auch dadurch, daß die Stadt Aufgaben übernimmt, die eigentlich Aufgaben des Landes und des Bundes wären, wie die Förderung der Privatwirtschaft, der in- und ausländischen Großbetriebe, wie BMW-Motorenwerk und auch zum Teil der Steyr-Werke. Viele Millionen Schilling werden diesen Großen aus Steuermitteln in den Rachen geworfen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dem Ziffern- und Zahlenwerk des Nachtragsvoranschlages 1985 werde ich die Zustimmung geben, ausgenommen aller jener Budgetposten, die von der KPÖ-Fraktion im laufenden Jahr abgelehnt wurden, wie die völlig ungerechtfertigten Stadtratspensionen, die Gebühren- und Tarifierhöhungen, die inbegriffen sind sowie nach unserer Auffassung die überhöhten Politikerbezüge.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel für seinen Beitrag. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Zum vorliegenden Antrag bzw. dem jetzt zur Diskussion stehenden Nachtragsvoranschlag 1985, werte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates, möchte auch ich einige wichtige Punkte herausstreichen und Stellungnahme dazu beziehen. Ich werde mich bemühen, beim Antrag selbst zu bleiben und mich kurz zu fassen, nachdem schon sehr viel dazu gesagt wurde.

Vorerst einige positive Bemerkungen zu den Einnahmen. Die Gewerbeertragssteuer ist von 35 Millionen Schilling laut Voranschlag auf 53 Millionen Schilling, das sind 51 Prozent, angestiegen. Ebenso angestiegen ist aber auch die Lohnsummensteuer von 67 Millionen auf 73 Millionen Schilling. Das entspricht einer Steigerung von 9 Prozent. Aber auch die Ertragsanteile des Bundes sind von 173 Millionen auf 175 Mill. Schilling angestiegen und bedeuten eine Steigerung von 1 Prozent. Das bedeutet aber auch eine Gesamtverschiebung der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes von 522,3 Millionen laut Voranschlag auf 548,6 Millionen Schilling. Das entspricht einer

Steigerung von 5,3 Prozent.

Nun einiges zu den Ausgaben. Diese Ausgaben stiegen in der Gruppe 9 der Finanzwirtschaft von 74,3 Millionen Schilling laut Voranschlag auf 90,3 Millionen, das sind 21,5 Prozent, an. Das einzig Positive aus meiner Sicht in der Gruppe 9 ist die Tatsache, daß aufgrund der Mehreinnahmen 6 Millionen Schilling an Rücklagen zugeführt werden können und daß der außerordentliche Haushalt vom ordentlichen Haushalt 9,7 Millionen Schilling daher für Aufwendungen erhält. Bei beiden Positionen wurde im Voranschlag 1985 eine Null-Summe budgetiert. Schmerzhafte, meine Damen und Herren, sind die Kreditzinsen für aufgenommene Darlehen. 33 Mill. Schilling allein gehen dafür für den Zinsendienst auf.

Positiv ist die Bedeckung der Ausgaben für den außerordentlichen Haushalt deshalb, weil der ursprünglich präliminierte Abgang von 23,2 Millionen Schilling durch Mehreinnahmen für den außerordentlichen Haushalt in Höhe von 27,2 Millionen Schilling mehr als wettgemacht werden konnte. Diese Bilanzierung ist äußerst lobenswert, da dadurch auch für außerordentliche Aufgaben um 3,5 Millionen Schilling mehr als vorgesehen ausgegeben werden konnten. Das bedeutet sehr viel für die Steyrer Wirtschaft und damit auch für die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

Dazu hat aber auch zweifelsohne das Land das seine beigetragen. Insgesamt 7,2 Mill. Schilling an nicht vorgesehenen Transferzahlungen wurden durch das Land geleistet. Diese Einnahmen waren im Voranschlag 1985 nicht enthalten.

Die Gruppe 3 Kultur und die Gruppe 6 beim Gemeindestraßenbau hat davon, wie der Nachtragsvoranschlag es ausweist, sehr profitiert.

10 Mill. Schilling waren im Voranschlag vorgesehen, nun sind es 16,6 Mill. Schilling, die aus unseren Reserven entnommen werden mußten. Daß wieder einige angekündigte Maßnahmen ihren Niederschlag nicht im Nachtragsvoranschlag finden, ist nicht nur auf fehlende oder nicht abgelegte Rechnungen zurückzuführen. Verschiedene angekündigte Vorhaben sind auch diesmal wieder eine Fiktion geblieben. Ich darf hier einige Beispiele anführen. Was ist z. B. mit der Errichtung von Radwegen entsprechend des Radwegekonzeptes? Was ist mit den angekündigten Straßenbauten und Hangsicherungen, siehe Seite 66 des Nachtragsvoranschlages, um hier nur einige Beispiele herauszugreifen? Daher auch heute wieder, meine Damen und Herren des Gemeinderates, mein Hinweis auf mehr Budgetwahrheit. Verschiedene Ausgaben könnten aber auch im ordentlichen Haushalt reduziert werden. Die Bezüge der Gemeinderatsorgane betragen bereits 7,6 Millionen Schilling, die Pensionen für Stadtsenatsmitglieder, die wir ja bekanntlicherweise immer wieder abgelehnt haben, machen im Jahre 1985 über 2 Millionen Schilling aus. Auch die Abteilung Presse und Amtsblatt hat sich ausgeweitet, nämlich auf 3 Millionen, statt 158.000 Schilling, statt wie die im beschlossenen Voranschlag ausgewiesenen Kosten von 2,945.000 Schilling. Auch die Personalkosten des Kontrollamtes belaufen sich nunmehr auf 3,4 Millionen Schilling und vielleicht könnte man zum Ausgleich dafür einen etwas umfangreicheren Jahresbericht dem Gemeinderat vorlegen, was ich bereits bei den verschiedenen Anlässen von dieser Stelle aus angeregt habe. Für Repräsentationen erwachsen Kosten von 643.000 Schilling statt wie veranschlagt von 420.000 Schilling. Das ist immerhin eine Ausweitung um 53 Prozent. Viele Bürger werden sich fragen, ob das sein muß. Ich sage, es müßte nicht sein, denn es könnte auch wesentlich billiger gehen. Stadtratspensionen, Amtsblatt, Repräsentationskosten sind nun einmal sehr sensible Positionen und deren hohe Kosten werden wenig Verständnis erzeugen. Wir werden jedenfalls immer wieder darauf hinweisen. Trotz der wesentlich erhöhten Einnahmen des ordentlichen Haushaltes, ca. 26,3 Millionen Schilling, hauptsächlich durch Steuereingänge und der Minderung neuer Schuldenaufnahmen von 2 Millionen, besteht der Wermutstropfen dieses Nachtragsvoranschlages in der Tatsache, daß 10,8 Millionen Schilling Rücklagen zur Deckung aller Aus- und Aufgaben entnommen werden mußten.

Wir, meine Damen und Herren, wünschen uns im Interesse aller Bürger, aller Be-

wohner dieser Stadt, daß künftig zwar viel für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze getan wird, daß aber auch der Schuldenstand sich einmal verringern möge und Rücklagen geschaffen statt entnommen werden müssen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dem vorliegenden Nachtragsvoranschlag werde ich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung geben, ausgenommen jener Anträge und Beschlüsse, die wir im Verlaufe des Jahres nicht mitbeschlossen haben und denen wir nicht beitreten konnten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Stadtrat Ehrenhuber.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr verehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Erlauben Sie mir ganz kurz, zu den Ausführungen des Kollegen Treml Stellung zu nehmen. Ich darf feststellen, daß es sicherlich stimmt, daß wir zeitweise sehr große Schwierigkeiten bei der Aufnahme bzw. Unterbringung von dringenden Pflegefällen in unserem Altersheim haben. Ich darf allerdings auch feststellen, daß seit der Eröffnung unserer neuen Abteilung eine spürbare Milderung bzw. Entspannung eingetreten ist und es z. B. im Oktober ohne weiteres möglich war, dringende Fälle innerhalb einiger Tage unterzubringen. Zum genannten Fall Hahn Konrad darf ich feststellen, daß ich mit diesem Fall ebenfalls befaßt war und mit den Angehörigen des Herrn Hahn Kontakt hatte. Es wäre möglich gewesen, diesen Mann innerhalb kurzer Zeit unterzubringen, es war allerdings leider nicht möglich, die Einwilligung des alten Mannes zu bekommen. Ich muß hier feststellen, daß es notwendig ist für die Unterbringung im Altersheim, daß der Betreffende seine Zustimmung dazu geben muß bzw. ist es notwendig, daß die entsprechende Unterschrift gegeben wird. Es war nicht möglich, von Herrn Hahn diese Unterschrift bzw. die Einwilligung zu erhalten, damit er im Altersheim untergebracht werden kann, sonst wäre er schon lange oben. Das wollte ich nur ganz kurz zur Aufklärung feststellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke sehr für diese Aufklärung. Das ist auch eine der Voraussetzungen. Wünscht noch jemand zu sprechen? Bitte Herr Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich wurde ja praktisch aufgefordert, noch einmal zu sprechen. Ich habe diesen Fall genannt, ich bin weder eine Fürsorgerin noch weiß ich, ob eine Unterschrift gelei-
stet wurde. Für mich ist nur bekannt, daß das ein dringender Fall ist. Sicher ist eine Minderung eingetreten, wenn wir soviel Geld ausgeben, um die Pflegeabteilung auszubauen. Aber aufgrund der Situation, vielleicht hängt das auch mit der Jahreszeit zusammen, haben wir gehört beim Vortrag, wo Du selbst dabei warst, als der Wohlfahrtsausschuß oben war, wo Amtsrat Kolb ausdrücklich erklärt hat, daß wir z. B. einen Fall übernehmen mußten vom Jauregg, der sehr dringend war. Dazu mußte er das Sterbezimmer ausräumen und diesen Mann hineinlegen. Wir haben ja auch Wartefälle. Das ist der Hauptgrund, den ich aufzeigen wollte, daß wir trotz großer Bemühungen und vieler Millionen Zuschüsse, die die Stadt geben muß für das Zentralaltersheim, und ich glaube es wäre eigentlich Aufgabe des Landes und anderer Körperschaften, dafür Sorge zu treffen, daß, wenn die kranken Menschen im Krankenhaus nicht mehr behandelt werden, diese Leute im Altersheim Aufnahme finden können. Es ist ja so, wenn sie nur mehr Pflegefälle sind, werden sie hinausgeschmissen, sie wer-

den nach Hause geführt, egal was mit diesen passiert. Das wollte ich aufzeigen mit diesem Beispiel, daß wir uns stärker bemühen müssen, daß eben die anderen Körperschaften, die zuständig sind, auch dafür sorgen, daß diese alten Menschen wirklich in kurzer Zeit in der Pflegabteilung aufgenommen werden können. Jedem, wie wir hier sitzen, kann das passieren, daß er, wenn er alt und krank wird, in irgend ein Winkerkel abgeschoben wird. Das müssen wir verhindern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall und ich ersuche daher den Referenten um das Schlußwort.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Dir, Kollege Holub, für das Lob, das Du mir und den Beamten ausgesprochen hast, herzlich danken.

Die Forderung über die Erstellung eines mittelfristigen Budgetkonzeptes hinsichtlich einer mittelfristigen Finanzierung wurde noch nicht erfüllt. Diese Dinge sind bereits in Angriff genommen, aber noch nicht ganz so weit gediehen, aber nicht in Vergessenheit geraten.

Zu Kollegen Ramoser, der sehr wenig zum Budget, sondern allgemein gesprochen hat, darf ich sagen, daß wir als Stadt einen ganz erheblichen Betrag für soziale Dinge ausgeben. Wenn Sie das Budget kennen so werden Sie feststellen, daß in diesem Jahr mehr als 115 Millionen Schilling, also ein ganz außergewöhnlich hoher Prozentsatz – ein Viertel des Gesamtbudgets – allein für soziale Zwecke verwendet wird. Das sagt sicher einiges aus. Wenn Sie sprechen von Menschen, die in Not sind oder die Behinderungen haben, so darf ich sagen, daß gerade wir als Gemeinde – ich bin ja seit knapp zwei Jahren auch Personalreferent der Stadt Steyr – uns wirklich bemühen und in den letzten zwei Jahren einer ganzen Reihe solcher armer Teufel, die es ja gibt, die in irgend einer Form ein körperliches oder seelisches Gebrechen haben, versucht haben zu helfen. Wir haben einige solcher Leute eingestellt, das darf ich auch sagen, natürlich geht das nicht immer. Wenn es irgendwie möglich ist, versuchen wir, auch da Hilfe zu geben.

Zu Kollegen Tremml darf ich auch einiges sagen. Es wird sicherlich nicht möglich sein, daß wir in der Pflegeabteilung im Zentralaltersheim Betten freihalten, aber ich habe vorige Woche mit Kollegen Starzengruber gesprochen und der konnte feststellen, daß aufgrund des Ausbaues der Pflegeabteilung sich die Wartezeiten wesentlich verkürzt haben. Im konkreten Fall ist ja Hilfe angeboten worden, aber auf die Stunde geht es nicht, weil wir ja keine Betten freihalten können. So weit sind wir noch nicht, aber die Wartezeiten, die früher sehr sehr lange waren, konnten wesentlich verkürzt werden. Ich weiß vom Leid vieler Menschen, weil diese ja auch an mich laufend herantreten. Du hast recht, was das Krankenhaus anbelangt, das ist ja auch eine Forderung von uns, die schon sehr lange besteht.

Daß wir als Gemeinde nach wie vor viel zu geringe Mittel haben, da muß ich dir recht geben. Der letzte Finanzausgleich hat eine leichte Besserung für die Städte und die größeren Gemeinden gebracht, eine etwas stärkere Verbesserung für die Kleinstgemeinden. Aber ich habe das schon einmal gesagt, das war ein Tropfen auf einen heißen Stein. Mehr bringt momentan die allgemeine Wirtschaftsentwicklung.

Wenn Du sagst, Kollege Tremml, daß wir zu übervorsichtig budgetiert haben, so muß ich das bestreiten. Wir haben vorsichtig, aber nicht übervorsichtig budgetiert. Was die Gewerbesteuer anbelangt, daß wir diesmal so stark hinaufgegangen sind, das hängt zum erheblichen Teil damit zusammen, daß wir Nachzahlungen bekommen haben. Schau, Kollege Tremml, die Gewerbesteuern sind überhaupt sehr schwer einzuschätzen. Es hängt damit zusammen, ob die Betriebe, die gewerbesteuerpflichtig sind, viel oder wenig investieren. Das liegt aber nicht in unserer Hand, dadurch ist die Budgetierung bei der Gewerbesteuer sehr schwierig. Es kann ein Jahr später schon wieder in das Umge-

kehrte ausschlagen. Das sind die Tatsachen.

Dem Kollegen Eichhübl darf ich sagen, Du hast gesagt, bei den Radwegen ist überhaupt nichts geschehen, das stimmt doch wirklich nicht. Wir haben die Asphaltierung des rechten Ennsufers gemacht, die Errichtung hat über 1 Million Schilling gekostet, wir haben die Steiner Straße ausgebaut, da ist auch ein Radweg dabei, das sind auch viele hunderttausende Schillinge.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich einen Satz dazusagen. Es ist offensichtlich ein Mißverständnis, ich habe die Radwege gemeint entsprechend dem Radwegekonzept und nicht die Radwanderwege, das ist ein Unterschied.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das ist ja alles mit im Konzept dabei. Wenn Du von den Personalkosten gesprochen hast, Kollege Eichhübl, ich habe eingangs meiner Ausführungen gesagt, ein Plus von 8,2 Millionen Schilling, hervorgerufen durch die Pflegeabteilung im Altersheim, durch die Tatsache, daß mehr Kinder in den Kindergärten und Horten sind und auch hervorgerufen durch die Kläranlage, durch die Aktion 8000. Aber insgesamt sind diese Mehrausgaben bei 1 Prozent zu liegen gekommen.

Ich bitte, daß der Herr Bürgermeister nun die Abstimmung vornimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Der Nachtragsvoranschlag steht nun zur Abstimmung. Wer dem Zahlenwerk die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL - GR Ramoser) beschlossen.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag, ich habe bereits in meinen Ausführungen zum Nachtragsvoranschlag darauf hingewiesen, betrifft die Aufnahme eines Kommunaldarlehens. Wir haben bekanntlich im Budget 1985 insgesamt beschlossen, daß wir 40 Millionen an Krediten aufnehmen. 20 Millionen haben wir bereits aufgenommen und jetzt geht es um die restlichen 20 Millionen. Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen, es handelt sich um einen Antrag des Stadtsenates.

18) Ha-7264/85

Ha-7265/85

Aufnahme von Kommunaldarlehen bei der Volks-
kreditbank und der Länderbank Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufnahme von Darlehen in Höhe von je 10 Millionen Schilling bei der VKB Steyr und der Länderbank Steyr mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einem Zinssatz von derzeit 8,5 % p. a. dek., gebunden an die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen im weiteren Sinn gemäß Tabelle 2.33 der Mitteilungen der Öst. Nationalbank, jeweils unter Bedachtnahme auf die ordnungspolitischen Vereinbarungen, wird zugestimmt.

Die Festlegung der übrigen Darlehensbedingungen anläßlich der Abschlüsse der Darlehensverträge bleibt der Magistratsabteilung II vorbehalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand

dagegen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL - GR Ramoser) beschlossen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster und zugleich letzter Antrag betrifft eine günstigere Mietengestaltung in einigen Wohnbauten auf der Ennsleite. Es geht um die Verzinsung der Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds, und zwar um eine Änderung der Bedingungen des Gemeindedarlehen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

19) Ha-3130/85

Verzinsung der Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds;
Änderung der Bedingungen des Gemeindedarlehen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Abänderung der Darlehensbedingungen für den zur Ausfinanzierung der Wohnungen in den Objekten am Steinbrecherring, Arbeiterstraße 37, 39, 41 und Keplerstraße 18, 20, 22, eingesetzten Teil des Gemeindedarlehen im Nominale von 13,189.212,- Schilling (Restkapital per 31. 1. 1985 S 9,596.189,72) wird dahingehend zugestimmt, als der Zinssatz von 9,5 % auf 4 % p. a. antizipativ gesenkt und gleichzeitig die Laufzeit von 11 auf 60 Jahre erhöht wird.

Die Darlehensbedingungen für den zur Ausfinanzierung der Geschäftslokale in den erwähnten Objekten eingesetzten Teil des Gemeindedarlehen bleiben unverändert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Tremml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antrag ist ja ungefähr so gestellt, daß jemand, der die Materie nicht so genau kennt, sich nicht ganz auskennt. Es geht da um die Zinsenherabsetzung der Gemeindedarlehen. Aber warum ist es eigentlich zu diesem Antrag gekommen? Erlauben Sie mir, daß ich etwas aushole, damit sich dann jeder auskennt. Ich habe bereits in der Gemeinderatsitzung im Februar die Auswirkungen des unsozialen von der sozialistischen Partei und der freiheitlichen Partei im Nationalrat beschlossenen Wohnhaus-sanierungsgesetzes aufgezeigt. Durch dieses Gesetz vom 27. November 1984 wurde das Stadterneuerungsgesetz insoweit abgeändert, indem die Verzinsung - vielleicht wissen Sie das, bisher war ja keine Verzinsung seit 1965 der Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds - mit 4 % vorgeschrieben wird. Nach dem Wohnhaus-sanierungsge-
setz sollte bereits ab 1. Juli 1985 eine Mietenerhöhung zwischen S 500,- und S 1000,-
por Monat für rund 400 Mieter in Steyr in Kraft treten. Ich habe auch schon erwähnt, daß nicht nur für die Steyrer das gilt, sondern allein in Oberösterreich davon 11.000 Haushalte betroffen sind.

Die Kommunistische Partei Steyr und ich als Gemeinderat haben beim Bautenministerium gegen dieses mietenfeindliche Gesetz schärfstens protestiert und die betroffenen Mieter auch mit unseren bescheidenen Mitteln und Organen rechtzeitig informiert. Anschließend kam es auch zu Protesten vor allem der betroffenen empörten Mieter auf der Ennsleite, die an den Bürgermeister Kollegen Schwarz, Landesrat Neuhauser sowie an den damaligen neuen Bautenminister Übleis übermittelt wurden. Die massiven Proteste und die bevorstehenden Landtags- und Gemeinderatswahlen zwangen Bautenminister Übleis, den Beginn der Mietenerhöhung auf 1. Jänner des kommenden Jahres 1986 - auf einen Termin, der nach den Wahlen liegt - zu verschieben. Der Kampf der Mieter hat zumindestens nach meiner Auffassung einen Teilerfolg erreicht. Der Bautenminister Übleis, der mir persönlich in einem Gespräch erklärte, es handelt sich hier um ein mieses Gesetz, hat die vorgesehene Verzinsung von 4 Prozent

durch eine Verordnung auf 2 Prozent im Jahre 1986 und ab 1987 auf 3 Prozent reduziert. Wer den Amtsbericht gelesen hat, dürfte wieder sagen, der Tremml übertreibt. Wenn man aber genau weiß, was zum Ausdruck kommt, wenn man Wörter verwendet, dann kommt man darauf, daß das ab Halbjahr gedacht war und es ist eben so, daß ein Jahr zwei Halbjahre hat und es dadurch zu dieser Erhöhung kommt. Meine Damen und Herren, trotz dieser Reduzierung kommt es zu einer großen Belastung der betroffenen 376 Mieter der Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr in den 3 Hochhäusern in der Arbeiterstraße, am Steinbrecherring und in der Keplerstraße 18, 20 und 22 und auch für ungefähr 2 Dutzend Mieter in Münchenholz, die davon betroffen sind. Durch dieses miese Gesetz, das, wie ich schon angeführt habe, von der sozialistischen Partei und der freiheitlichen Partei beschlossen wurde, werden die Mieter, die 11.000 Mieter in Oberösterreich, darunter eben die erwähnten 400 Steyrer Mieter, ab 1. Jänner 1986 um rund S 510,- pro m² und Monat und ab 1. Jänner 1987 um S 7.50 pro m² und Monat erhöht. Zum Beispiel ein Mieter im Hochhaus auf der Ennsleite müßte im Jahre 1986 dadurch um rund S 6.642,- und im Jahre 1987 und in den Jahren darauf pro Jahr um rund S 9.180,- mehr an Miete entrichten. Diese enorme Mieterhöhung durch Eure Genossen in der Regierung hat auch die Mehrheitsfraktion hier in diesem Gemeinderat derartig geschockt, daß eben heute dieser Antrag auf Herabsetzung der Zinsen gestellt wird. Um nämlich die Mieterhöhung für die Betroffenen zu mildern, wird die Änderung der Bedingungen des Gemeindedarlehens beantragt, und zwar die Herabsetzung - wie Kollege Wippersberger schon ausgeführt hat - des Zinssatzes von 9,5 auf 4 Prozent und die Laufzeit von derzeit 11 auf 60 Jahre verlängert. Durch diese Förderungsmaßnahme seitens der Stadt Steyr, die von mir bereits im September in meinen Vorschlägen zum Budget verlangt wurde, wird die Mieterhöhung ab 1. Jänner 1986 monatlich pro m² S 2,60 und ab 1. Jänner 1987 pro m² und Monat S 5,10 betragen. Das heißt, ein Hochhausmieter - ich muß immer wieder mit Beispielen arbeiten, damit das verständlich ist - die Wohnfläche ist dort ca. 110 m², wird durch die nachträgliche Verzinsung des Wohnhauswiederaufbaufonds trotz alledem im Jahr 1986 rund S 3.200,- und ab 1987 pro Jahr um rund S 6.200,- mehr an Miete zu entrichten haben. Durch dieses gemeindefeindliche Gesetz, meine Damen und Herren des Gemeinderates, herbeigeführt durch die Koalitionsregierung, entstehen für die Mieter aber auch für die Stadt Steyr durch diesen Zuschuß und durch diese Förderung zusammen im Jahr, trotzdem 1986 Mehrkosten von rund 2,2 Millionen Schilling und im Jahr 1987 Mehrkosten von rund S 3,200.000,-. So ist die Sachlage.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Herr Kollege Holub bitte.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ein kleines Wort zu diesem Antrag und ein kleines Wort zu den Ausführungen von Kollegen Tremml. Du hast sicherlich das Entstehen dieses Antrages sehr drastisch und leicht verständlich dargebracht. Alle werden wir uns noch an die Sitzung des Gemeinderates erinnern können, wo ein Vertreter der sozialistischen Fraktion geschildert hat, welche Maßnahmen notwendig waren, um dieses wirklich unsinnige Gesetz dieser Bundesregierung zu korrigieren. Nur die Dimension, die sich daraus entwickelt, ist eine ganz beachtliche und das sollten wir uns auch vor Augen halten, nach dem Wohnbauförderungsgesetz bzw. jetzt gegenständlich dem Wohnhauswiederaufbaufonds, und die Finanzierung der Baulichkeiten mit dessen Hilfe. Es sind ja nicht nur die GWG-Wohnungen am Steinbrecherring und in der Arbeiterstraße damit errichtet worden, sondern auch z. B. die Eigentumswohnanlage am Tabor und viele andere Wohnanlagen im privaten Bereich dieser Stadt. Da ist jetzt die beachtliche Dimension dieses Beschlusses, dem wir sicherlich zustimmen werden, weil man Hilfe ja nicht entziehen sollte durch Ablehnen derartiger Anträge. Die Dimension dieses Beschlusses bedeutet schon

eine einseitige Förderung von Personen, die in GWG-Häusern wohnen. Alle jene, die nicht das Glück haben, in einem GWG-Haus zu wohnen, die eben die Mittel aufgewendet haben und sich entweder eine Eigentumswohnung angeschafft haben oder ein Eigenheim errichtet haben und dabei die Finanzierungshilfe, die damals möglich und optimal war, des Wohnhauswiederaufbaufonds in Anspruch genommen haben, fallen sozusagen durch den Rost der Stadt. Das ist nur insoweit verständlich, nach dem Gleichheitsprinzip, daß die Verflechtung zwischen der gemeinnützigen Gesellschaft der Stadt Steyr und der Stadt Steyr selbst eine sehr innige ist. Verständlich wird es allen jenen nicht so ganz sein, die diese Förderung nicht genießen können. Da glaube ich, haben wir schon ein bißchen ein Problem dabei. Ich wage gar nicht daran zu denken, welche Beispielsdimension sich ergeben könnte und welcher Aspekt in die Zukunft, wenn wieder irgend ein Gesetz von Wien über uns herbricht, im wahrsten Sinn des Wortes, es ist ja nichts anderes, wenn wieder eine derartige Belastungslawine von Wien aus losgetreten wird und die Gemeinde dann womöglich alle Betroffenen unterstützen soll. Vielleicht gelingt es auch den Regierungsparteien hier im Haus, also den Parteien, die Mitglieder in der Bundesregierung sitzen haben, darauf einzuwirken, daß man beim Machen von Gesetzen auch an die Menschen denken sollte, für die die Gesetze gemacht werden. Dann würden solche - wenn ich boshaft wäre, würde ich sagen Panikbeschlüsse - verhindert werden. Das wünsche ich mir eigentlich sehr in der Zukunft.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Tremml, Tatsache ist, daß wir mit diesem Antrag, der Ihnen heute unterbreitet wird, beschließen - das ist ja ein Opfer der Gemeinde - eine echte Förderungsmaßnahme der Gemeinde und daß die Mieten dadurch spürbar niedriger werden. Die Bemerkungen von Dir, lieber Kollege Holub, da sind wir nicht ganz einer Meinung. Wir haben ja bereits vor einigen Tagen Gespräche in dieser Richtung geführt und ich glaube, daß manches derzeit im Wohnbau etwas im argen liegt und daß die Ursachen eigentlich beim Wohnbauförderungsgesetz 1968 liegen, das damals von Euch beschlossen wurde und das sich jetzt als nicht günstig erweist. Für den Wohnbau bleibt immer weniger Geld, weil die Mietbeihilfen einen Großteil der Mittel, die eigentlich für den Wohnbau verwendet werden müssen, auffressen. Das ist meine Auffassung dazu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegen diesen Antrag. Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL - GR Ramoser) und 1 Stimmenthaltung (FPÖ - GR Eichhübl) beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für die Berichterstattung. Nächster ist Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sollte wieder Ruhe eintreten im hohen Gemeinderat, dann möchte ich gerne zwei Anträge zum Vortrag bringen. Der erste betrifft Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1985 hinsichtlich der Fassadenrenovierung und Dankmalerhaltung - Abschnitt IV. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

20) K-20/85

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1985; Fassadenrenovierung und Denkmalerhaltung - Abschnitt IV.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 9. 1985 wird der Abwicklung des IV. Abschnittes der Fassadenaktion 1985 entsprechend der in diesem Amtsbericht enthaltenen Aufstellung zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

S 591.200,-- (Schilling fünfhunderteinundneunzigtausendzweihundert)

als Kreditüberschreitung bei der VA-St. 5/363000/778010 bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen ist niemand, es gibt auch keine Enthaltungen.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der zweite und letzte Antrag, den ich vorzubringen habe, ist ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat und lautet:

21) Agrar-6612/85

Jagdausschuß; Nominierung von Mitgliedern.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Mitglieder des Gemeinderates werden für die Dauer der laufenden Funktionsperiode in den Jagdausschuß entsandt:

- I. Mitglieder: Stadtrat Johann Zöchling, Stadtrat Rudolf Pimsl, Gemeinderat Karl Hochrathner
- II. Ersatzmitglieder: Bürgermeister Heinrich Schwarz, Gemeinderat Franz Enöckl, Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Es liegen keine vor. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Danke, der Antrag ist angenommen. Ich danke für die Berichte. Nächste ist Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich darf Ihnen einen Antrag vorlegen und Sie um Zustimmung bitten.

22) GHJ1-6254/85

Ankauf einer Waschmaschine für das Zentralaltersheim.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V - ZAH vom 23. 9. 1985 wird der Auftrag zur Lieferung einer neuen Waschmaschine für das ZAH an die Fa. Schulthess, Linz, zum Preise von S 404.930,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 405.000,-- (Schilling vierhundertfünftausend)

bei der VA-St. 1/420000/043000 bewilligt.

Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegin Ehrenhuber für den Vortrag. Nächster ist Herr Stadtrat Sablik-

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Mein erster Antrag ist ein Antrag des Stadtsenates und lautet:

23) Bau3-4032/85

Ausbau der Christkindlstraße und Schwamminger Straße; zusätzlicher Ausbau der Schwamminger Straße zwischen Gasthaus Essl und Reitnerstraße; Auftrags-erweiterung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 10. 9. 1985 wurde im Zusammenhang mit dem Ausbau der Christkindlstraße und Schwamminger Straße der Auftrag zur Durchführung von Straßenbauarbeiten an die Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von S 2,145.927,- übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 9. 1985 wird nunmehr für den zusätzlichen Ausbau des verbleibenden Reststückes der Schwamminger Straße zwischen dem Gasthaus Essl und der Reitnerstraße einer Erweiterung dieses Auftrages an die Fa. Hamberger um S 397.285,20 inkl. MWSt. zugestimmt. Gleichzeitig wird der Abgeltung eines Grundeinlösungsbetrages im Ausmaß von S 332.500,- an die Ehegatten Josef und Sylvia Dutzler zugestimmt, wovon im heurigen Jahr nur 80 % der geschätzten Grundeinlöse (S 266.000) zur Auszahlung gelangt (Rest 1986).

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von

S 664.000,-- (Schilling sechshundertvierundsechzigtausend)

bei der VA-St. 5/612000/002430 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der zweite Antrag lautet:

24) Bau3-266/80

Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Kanalbau - Schlußrechnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 14. April 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten für die Tunnelsparvariante Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße der Firma Negrelli, Steyr, zum Preise von S 54,000.000,-- übertragen. Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 7. 11. 1985 wird nunmehr nach Vorliegen der Schlußrechnung der Fa. Negrelli für den Kanalbau in Höhe von S 493.793,- exkl. MWSt. ein Betrag im Ausmaß von

S 494.000,-- (vierhundertvierundneunzigtausend)

bei der VA-St. 5/811000/050470 freigegeben.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Ich frage, ob dazu jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Kollegen Sablik für seinen Beitrag. Nächster Bericht erstatter ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bei meinem Antrag handelt es sich um eine ausnahmsweise Aufhebung einer Bausperre, die nach der öö. Bauordnung möglich ist, und zwar für die baubehördliche Bewilligung für die Errichtung einer Kfz-Werkstätte. Der Antrag lautet:

25) Bau5-3717/85

Bausperre Nr. 7 "Krenngründe"; Ausnahme-
genehmigung gem. § 58 Abs. 3 ÖÖ. Bauordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 6. September 1985 wird die ausnahmsweise Zustimmung gem. § 58 Abs. 3 ÖÖ. Bauordnung idGF., der Bauordnungsnovelle LGBl. Nr. 82/1983, zu der seitens des Herrn Alois Puchner beantragten baubehördlichen Bewilligung für die Errichtung einer Kfz-Werkstätte auf der Gfl. 1576/4, EZ. 279, KG. Föhrenschacherl, entsprechend den beim Magistrat der Stadt Steyr am 16. Juli 1985 eingelangten Planunterlagen der Bauunternehmung Franz Perndl GesmbH, Stadt Haag, gegeben.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Gibt es gegenteilige Meinungen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen. Ich danke für die Berichterstattung und bitte nun Kollegen Steinmaßl zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute drei Anträge zur Beschlußfassung vorbringen. Der erste Antrag behandelt die Jahresbilanz 1984 der Stadtwerke Steyr und lautet:

26) ÖAG-5177/85

Stadtwerke
Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Jahresbilanz 1984 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt. Gleichzeitig wird gemäß § 59 Abs. 2 Z. 1 d. StS der Dotation der Rücklagen (Freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben

Krematorium und Leichenhalle	S 200.000,--
Wasserwerk	S 4,800.000,--
Gaswerk	<u>S 3,200.000,--</u>
	S 8,200.000,--
	=====

zugestimmt. (BEILAGE)

Ich möchte dazu noch bemerken, daß die Bilanz vom Kontrollamt geprüft und in Ordnung befunden wurde. Vor der Abstimmung bzw. Debatteneröffnung darf ich die Herren Bürgermeister ersuchen, mir zu erlauben, die uns vorliegende Bilanz in Kurzform, also etwas verständlicher, als dies ein reines Zahlenwerk tut, zu erläutern.

Durch die Stadtwerke Steyr wurde von allen Teilbetrieben im Jahr 1984 ein Umsatz von rund 109 Millionen Schilling erreicht, der um ca. 5,5 Millionen höher als 1983 war. Für Investitionen in allen Teilbetrieben wurden ca. 20 Millionen Schilling aufgewendet, wobei hievon 10 Millionen Schilling für die Aufbringung und Verteilung des Trinkwassers und ca. 5 Millionen Schilling für den Ersatz der zum Teil überalterten Linienomnibusse entfallen. Auch für die Anhebung der Versorgungssicherheit im Gasleitungsnetz wurden ca. 4 Millionen Schilling aufgewendet. Bei den einzelnen Teilbetrieben ist besonders hervorzuheben, daß die zum 1. 1. 1984 im städtischen Verkehrslinienbetrieb durchgeführte Tarifänderung eine Fahrgastfrequenzsteigerung von ca. 6 Prozent auf rund 3,5 Millionen Fahrgäste erbrachte. Diese Steigerung ist zum überwiegenden Teil auf die kostengünstigen Tarifgestaltungen bei Mehrfahrtscheinen und die Verdichtung der Bedienungszeiträume zurückzuführen. Leider hat diese Steigerung der beförderten Personen, verbunden mit den Ausgaben für neue Omnibusse, auch eine 8prozentige Steigerung des Verlustes auf rund 4,6 Millionen Schilling erbracht.

Durch das städtische Wasserwerk wurde 1984 eine Wassermenge von ca. 4,2 Millionen Kubikmeter gefördert. Gegenüber 1983 ist das eine Abnahme um ca. 3,5 Prozent, die auf den im Jahre 1983 aufgetretenen trockenen Sommer zurückzuführen ist. Die verstärkte Aufsuchung von Rohrschäden hat eine Senkung des Wasserverlustes um 4,6 Prozent auf ca. 11 Prozent bewirkt. Beim Wasserverbrauch ist zu bemerken, daß die in Steyr versorgten Haushalte fast 47 Prozent der gesamt geförderten Wassermenge benötigen und der Verbrauch durch die Industrie seit einigen Jahren leicht sinkend ist. Für die Investitionen im Wasserwerk wurden 1983 gebildete Rücklagen sowie Rücklagen von Wasserwirtschaftsfondsdarlehen herangezogen. Im Bereich der Gasversorgung war 1984 eine rund 10 %ige Absatzsteigerung – in dieser Periode sind die beiden Kältemonate Jänner und Februar 1985 nicht enthalten – aufgetreten. Hier ist vor allem zu erwähnen, daß diese Absatzsteigerungen zum überwiegenden Teil auf den vermehrten Einsatz von Erdgas für Raumheizzwecke im Haushaltsbereich zurückzuführen sind. Im Bilanzjahr wurde das Gasversorgungs-Verteilungsnetz um rund 3,5 km erweitert, so daß das Gesamtverteilungsnetz zum Jahresende 1984 ca. 72 km Länge aufgewiesen hat.

Durch das städtische Gaswerk wurden 1984 ca. 4.900 Haushalte mit Erdgas für Warmwasserbereitung, Kochzwecke, Raumheizung usw. beliefert.

Die städtischen Bäder haben 1984 ca. 103.000 Besucher benützt, wobei aber im Freibad, bedingt durch den schlechten Sommer, ein Besucherrückgang von ca. 32.000, das sind fast 40 Prozent, aufgetreten ist. Zu erwähnen ist, daß die 1983 durchgeführte Sanierung der Energieversorgung für die Badewasservorwärmung Einsparungen in der Höhe von ca. S 200.000,- erbrachte. Diese S 200.000,-, also diese Reparaturkosten für die Anlage zur Badewasservorwärmung, haben sich sicherlich bezahlt gemacht. Das wird ja jetzt alle Jahre passieren, daß wir dadurch Einsparungen haben. Der schlechte Sommer 1984 brachte aber dennoch einen Gesamtverlust von ca. 4,75 Millionen Schilling, was gegenüber 1983 eine Steigerung von ca. 9 Prozent ergibt. Die Kunsteisbahn, die 1984 an 136 Tagen für den allgemeinen Publikumslauf zur Verfügung stand, wurde von ca. 50.000 Besuchern benützt. Der aufgetretene Verlust in der Höhe von ca. 1,1 Millionen Schilling ist gegenüber 1983 um beachtliche 20 Prozent gestiegen. Die Begründung hierfür ist, daß die beiden Kältemittelverdichter, die nach rund 25.000 Betriebsstunden generalüberholt werden mußten, mit einem Aufwand von

ca. S 220.000,- instandgesetzt wurden.

Abschließend möchte ich erwähnen, daß die Stadtwerke, bedingt durch die Verluste des Verkehrsbetriebes, der städtischen Bäder und der Kunsteisbahn, nicht in der Lage gewesen wären, die Investitionen von rund 20 Millionen Schilling, die letzten Endes wieder der heimischen Wirtschaft zugute gekommen sind, aus der eigenen Gebarung zu decken. Die Stadt Steyr hat als Eigentümer daher die Verluste für Bäder und Kunsteisbahn zur Gänze den Stadtwerken ersetzt und für die Investitionen im Verkehrsbetrieb außerdem rund 2,7 Millionen Schilling Kapitaleinlage geleistet.

Das wollte ich nur sagen, um die Bilanz etwas leichter verständlich zu machen, die ja doch nicht jedem gelegen ist. Ich ersuche Herrn Bürgermeister um Debatteneröffnung bzw. um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag von Kollegen Steinmaßl, die Jahresbilanz 1984, gehört. Ich möchte ihm auch für seine zusätzlichen aufklärenden Ausführungen danken. Ich frage nun, ob dazu jemand das Wort wünscht? Herr Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Heute wird beantragt die Genehmigung der Jahresbilanz der Stadtwerke für 1984, die auch die Dotationen von Rücklagen zum Inhalt hat, und ich möchte so wie in den vergangenen Jahren auch folgende Stellungnahme für die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion abgeben. Aus dieser Jahresbilanz 1984 der Stadtwerke mit ihren 7 Teilbetrieben geht hervor, daß den Verlusten in den Teilbereichen Verkehrsbetrieb, Bestattung, Stadtbad und Kunsteisbahn in Höhe von 10,811.482 Schilling Gewinne und Rücklagen in den Bereichen Krematorium, Leichenhalle, Wasserwerk und Gaswerk in Höhe von S 8,367.720,- gegenüberstehen.

Dieses Ergebnis, meine Damen und Herren, läßt auch diesmal wieder zweierlei Beurteilungen zu. Einerseits weist es darauf hin, daß die verantwortlichen Herren, Ing. Wein und OAR Riedler mit ihren Mitarbeitern, in wirtschaftlicher und fachlicher Hinsicht ausgezeichnete Arbeit geleistet haben, andererseits wird aber auch die berechtigte Forderung unserer Fraktion auf eine interne Sanierung der Stadtwerke, die wir ja seit Jahren fordern, bestätigt. Wir haben im Laufe der letzten Jahre Tarifierhöhungen in diesem Bereich aus mehreren Gründen abgelehnt. Erstens weil wir die Auffassung vertreten, daß ständige Tarifierhöhungen nicht notwendig gewesen wären, wenn man bereits früher die Gewinne von einigen Teilbereichen zur Abdeckung der Verluste anderer Teilbereiche verwendet hätte und zweitens vertreten wir die Auffassung, daß Tarifierhöhungen nicht immer ein Allheilmittel dafür sind, um zu Mehreinnahmen zu gelangen.

Und schließlich drittens, daß Dienstleistungen dieser Art für die Bürger unserer Stadt nicht immer kostendeckend sein müssen, geschweige denn zur Gewinnerzielung heranzuziehen sind. Das ist für Sie, meine Damen und Herren der SPÖ-Rathausmehrheit sicherlich nichts Neues, denn es steht auch in Ihrem Parteiprogramm. Daher wären nach unserer Ansicht notwendige finanzielle Förderungen der Stadtwerke, so wie andere Gewerbeförderungen auch, aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu entnehmen. Auf die dadurch sicherlich notwendigen aber auch möglichen Einsparungsmaßnahmen im Gesamtbudget der Stadt habe ich ja bereits mehrmals hingewiesen und möchte daher heute nicht näher darauf eingehen.

Dem vorliegenden Zahlenwerk werde ich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tremel ist der nächste Sprecher.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Eichhübl hat einige grundsätzliche Feststellungen kundgetan. Er zitiert das SP-Parteiprogramm, ich verzichte diesmal darauf, aber es freut mich, daß er meinen Worten diesmal Folge leistet, und sich auch besonders stark macht bei der Ablehnung der Tarife bei den Autobussen.

Ich möchte auch zur Bilanz der Stadtwerke der Stadt Steyr für das Jahr 1984 einige Bemerkungen machen. Mir scheint als Kommunalpolitiker doch wichtig zu sein, auch nach Erstellung einer solchen Bilanz eines Gemeindebetriebes auch öffentlich aufzuzeigen, daß, wenn solche Kommunalbetriebe über eine fähige Leitung verfügen, und vor allem, was auch sehr wesentlich ist, fachliches Personal zur Verfügung haben, es durchaus möglich ist, wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen, obwohl es für sie auch in der gegebenen Situation nicht leicht ist. Die ganzen Tarife und Gebühren, Mehrwertsteuern usw. belasten ja auch unsere eigenen Betriebe. Daher müssen wir ihnen dankbar sein, daß sie hier ein Beispiel setzen mit ihrer Tätigkeit, das man gegen die Entkommunalisierung von Betrieben ansehen kann. Ich verwende dieses Beispiel auch in anderen Foren, wo ich beweisen kann mit dem Steyrer Ergebnis, daß keine Gemeinde gezwungen ist, Gemeindebetriebe auszuklammern, wie dies in einer größeren Stadt in Oberösterreich der Fall war, oder in der Landeshauptstadt Graz, wo z. B. lange Zeit der Götz Bürgermeister war und unter dessen Amtszeit erfolgte die Ausgliederung der Kommunalbetriebe. Kollege Eichhübl kann ja für den Götz nichts dafür und auch nicht für seine Parteiführung, aber es ist umso erfreulicher für ihn, wenn er als Steyrer seine eigenen Betriebe forciert.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es wurde auch schon gesagt vom Referenten der Stadtwerke, vom Kollegen Steinmaßl, daß den Verlusten von 10,5 Millionen Schilling auch freie Rücklagen oder Gewinne gegenüberstehen im Ausmaß von mehr als 8 Millionen Schilling, wobei natürlich am meisten zu Buche schlagen die Verluste bei den Verkehrsbetrieben von 4,5 Millionen Schilling und der städtischen Bäder und auch der Kunsteisbahn mit zusammen etwa 5,3 Millionen Schilling, die natürlich von der Stadt refundiert werden müssen, denn sie sind ja soziale Leistungen. Diese Betriebe können natürlich nicht wirtschaftlich gewinnbringend geführt werden und sollen sie auch nicht. Die städtischen Verkehrsbetriebe, wie ich schon gesagt habe, haben abgeschlossen mit 4,5 Millionen Schilling Verlust. Aber man muß auch objektiv sagen, umsonst reden wir ja nicht immer hier im Gemeinderat oder beim Fenster hinaus, daß es notwendig war, unsere Verkehrsbetriebe attraktiver zu machen und dazu gehört eben, daß eine Verdichtung des Liniennetzes erfolgte, die Taktzeiten wurden in dieser Zeit verkürzt und vor allem, daß der uralte Fuhrpark, die alten Autobusse, ergänzt wurden mit neuen. Es wurden also neue Autobusse angeschafft und das ist für mich auch eine Selbstverständlichkeit, daß diese Kosten weitgehend von der Stadt übernommen werden, wie es heute der Fall, als wir einen neuen Steyrer Autobus beschließen haben.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, – mir wurde gerade gesagt, daß wir den Ankauf eines neuen Autobusses heute erst beschließen werden, aber wir haben heute so viele Punkte, daß mir das schon etwas durcheinanderkommt. Es ist so, daß auch die Erträge, wie Kollege Steinmaßl angeführt hat, durch den Fahrscheinverkauf und die Frequenz, in den letzten 5 Jahren gestiegen sind. Aber nicht weil die Tarife teurer geworden sind, sondern weil doch einige Maßnahmen gesetzt wurden, daß Mehrfahrscheinscheine aufgelegt werden können und so natürlich immerhin, das ist schon eine bedeutende Zahl wenn man sagt, man hat dadurch um 500.000 Fahrgäste mehr erzielt. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nicht nur Lob muß man aussprechen, sondern es gibt auch einige Dinge, wo wir Schwächen haben, z. B. daß wir bis heute nicht imstande waren, vor allem unsere Randgebiete stärker anzufahren, die Waldbrandsiedlung z. B. Die Stadt endet ja nicht im Resthof, sondern sie geht ja weiter, nach Gleink, Dornach, Gründbergsiedlung, auch dort leben Men-

schen, in der Neustraße usw. Diese Randgebiete werden immer noch zu wenig angefahren, die Attraktivität könnte gesteigert werden und es käme sicher zu einer Fahrgastfrequenzsteigerung, wenn man diesen Wünschen der Bevölkerung nachkommt. Ansonsten müßte ich einmal die leitenden Herren einladen, wenn sie nicht Autobesitzer sind oder Autobenutzer sein wollen, daß sie z. B. zum Zug kommen müßten in der Früh, ohne Taxi usw. ist das nicht möglich, oder durch die schlechten Verbindungen Linz - Wien usw., ~ wenn man nach 19.30 Uhr nach Steyr kommt - ich bin auch oft ein Fahrgast ohne Auto - dann kann man mit dem Autobus in diese Randgebiete nicht fahren, sondern muß man ein Taxi nehmen. Entscheidend aber ist, daß viele Schüler und ältere Menschen angewiesen sind auf die städtischen Fahrmöglichkeiten und hier soll man diesen Wünschen nachkommen. Ich glaube auch, daß man sich überlegen könnte, wie noch mehr Erträge hereinkommen und die Attraktivität unserer städtischen Verkehrslinien steigt. Man sollte versuchen - darüber gibt es bestimmte Aufzeichnungen - zum Beispiel im Resthof, der ja ziemlich weit vom Zentrum entfernt ist, daß man zu bestimmten Zeiten, wo es notwendig ist, daß man viele Menschen in die Stadt transportiert, einen Schnellbus einsetzt. Das heißt, von den Wohngebieten, ohne daß die verschiedenen Haltestellen angefahren werden, sollte dieser Bus ins Stadtzentrum bzw. zum Bahnhof fahren.

Das wären einige bescheidene Vorschläge von mir, um mehr Geld hereinzubekommen, ohne daß man die Gebühren und Tarife steigern müßte, denn das trägt sicherlich nicht bei zur Attraktivität. Entscheidend ist mir dabei, auch wenn hier Verluste auftreten, daß mit solchen Maßnahmen vor allem der Individualverkehr in unserer Stadt zurückgedrängt werden könnte.

Nun noch zu einem Teilbetrieb, und zwar zu den Gaswerken. Hier haben wir ja ganz schöne Gewinne und Rücklagen erzielt, aber ich glaube auch hier könnte man vielleicht einiges verbessern. Ich habe mir angesehen den Geräte- und Zubehörverkauf, er bringt etwas über S 600.000,-. Hier glaube ich, müßte die Möglichkeit sein, obwohl es eine Konkurrenz gibt auf diesem Gebiet, mit der muß man halt leben, aber daß man sich auch hier mehr bemüht und sich etwas einfallen läßt, daß auch hier eine Steigerung des Geräteverkaufes und des Zubehörs eintritt und mehr Erlös erbringt. Z. B. glaube ich, daß man die Verkaufsmethode neu überdenken muß. Ich bin gerne bereit, mit den Zuständigen darüber zu diskutieren. Es ist ja bekannt, daß die Stadtwerke diejenigen sind, die z. B. auch keinen Rabatt gewähren bei Geräten. Das heißt, daß automatisch der Käufer schaut, wo er die Ware billiger bekommt. In der freien Wirtschaft ist es halt so, daß man dort hin geht, wo man die Ware billiger erstehen kann. Hier müßte man einige Korrekturen durchführen oder zumindest prüfen, ob es zielführend ist. Ich bin kein so großer Geschäftsmann. Ich glaube auch, daß es ein Mangel ist, der auch beseitigt werden könnte, nämlich die Verkaufswerbung. Jeder kleine Gewerbebetrieb muß bestimmte Werbung betreiben, damit er dementsprechende Ergebnisse erzielt. Natürlich stehen unseren Stadtwerken nicht derart hohe Mittel für die Werbung zur Verfügung. Das ist ja aus den Bilanzen herauslesbar, mit den vorhandenen Mitteln kann man kaum eine Werbung machen. Wir müßten da als Gemeinderat so viel Platz schaffen, in unserem Amtsblatt, das oft sehr kritisiert wird, daß es so viel kostet, aber es geht ja nicht nur darum, daß das Ausgaben sind, sondern es geht in der letzten Zeit aufgrund unserer Kritik auch mehr herein, nämlich in Form von Annoncen. Ich glaube, die betragen auch über eine Million. Ich möchte nicht von den Stadtwerken noch mehr Annoncen bekommen, die bezahlt werden müssen, sondern ich plädiere dafür, daß man kostenlose Einschaltungen gewährt im Amtsblatt für die Stadtbetriebe, damit diese für ihre Betriebe werbend wirken können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml. Kollege Holub ist der nächste Debattenredner.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Im Gegensatz, meine Damen und Herren, zu Kollegen Trembl bin ich nicht der Meinung, daß ein städtisches Unternehmen in erster Linie Handelsbetrieb ist, so daß ich also auch nicht meine, daß wir uns die Werbetätigkeit oder auch die Handelspraxis des städtischen Betriebes Gaswerk, im Teilzweig Vertrieb technischer Geräte und Zubehör, sonderlich anschauen müßten. Dazu gibt es die freie Wirtschaft, die das auch ganz gut kann und von der ja letztendlich – das haben wir zwei oder drei Tagesordnungspunkte vorher erörtert – von deren Steueraufkommen die Kommune mit den kommunalen Aufgaben ja wieder leben muß. Ich gebe Dir aber in einem vollkommenen recht, und da befinden wir uns aber wahrscheinlich doch wieder nicht auf dem gleichen Weg gedanklich, mit den Tarifen bei den Autobussen. Machen wir gemeinsam einen Ausflug mit einer Familie mit zwei Kindern von Münichholz nach Steyr zum Stadtplatz, vielleicht weil die Leute im Rathaus etwas zu tun haben, die Kinder nehmen sie mit, weil sie niemanden zur Beaufsichtigung haben. Die Familie fährt mit dem Stadtbus in die Stadt herein, zahlen den Tarif für zwei Erwachsene, zahlen den Tarif für zwei Kinder, erledigen den Behördenweg im Rathaus und fahren wieder nach Hause. Ich will die Zahl jetzt gar nicht nennen, was die aufwenden mußten für diesen Weg. Daher meine ich, daß wir schon darüber nachdenken sollten – wir haben auch schon Gespräche darüber geführt – ob man nicht familienfreundliche Tarife für Vater, Mutter und begleitendes Kind einführen sollte, damit auch Leute mit größerer Familie ohne finanzielle erhebliche Beschwerden die Massenverkehrsmittel verwenden könnten. So könnte man auch über Tarife nachdenken. Es muß nicht alles geschenkt sein im Leben, das ist zweifellos richtig. Es soll aber das, was im kommunalen Interesse liegt, nämlich die Entlastung des Individualverkehrs herbeiführen kann, durchaus unterstützt werden und es sollte das sicher nicht am Rücken der kleinsten Leute ausgetragen werden. Ich glaube, daß wir über die städtischen Tarife, vielleicht auch über Aufzonen in kürzere oder weitere Entfernungen in der Zukunft sicherlich nachdenken werden und hoffe, daß es hier spannungsfreie Gespräche geben wird können. Es heißt zwar, daß der Krieg der Väter aller Dinge ist, aber es ist bis jetzt aus Krieg nichts anderes entstanden als Unheil.

Die einzige Kritik an der Bilanz, die ich einzuwenden habe, die ist nicht von heute, sondern die ist schon vor zwölf Jahren durch meinen Kollegen Herbert Schwarz erwähnt worden, und alle Jahre ist eigentlich der gleiche Kommentar notwendig, in der Gesamtbilanz der städtischen Betriebe ist die Rücklagenzuweisung nicht mehr ersichtlich, wohl aber in den Teilbilanzen, die uns hier im Gemeinderat zugänglich sind. Ich meine, daß die Transparenz der Bilanzsicht etwas größer wäre, wenn diese Finanzierungsmodalität nicht stattfände, nämlich die Rücklagenzuweisung vor Erschließung der Gesamtbilanz. Das wäre die Anregung, die wir seit 12 Jahren erbringen und die ich nach wie vor für gerechtfertigt halte.

Selbstverständlich stimmen wir der vorliegenden Bilanz zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, dann ersuche ich den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Es war von vornherein klar, daß die Bilanz 1984 der Stadtwerke einige Debattenredner aufrufen wird.

Ich darf vor allem einmal zu Kollegen Eichhübl sagen, und zwar betreffend die Verluste bzw. Gewinne von Teilbetrieben, daß es praktisch nicht möglich ist, wenn ich heute eine Privatfirma habe und ich habe Teilbetriebe, die an sich mit dem Stammwerk nichts zu tun haben, daß ich einfach die Gewinne oder die Verluste umschichte. Das betrifft jetzt auch Dich, Kollege Trembl, wenn ich diese Gewinne zur Verlustabdeckung verwenden soll z. B. der Bäder oder der Kunsteisbahn, dann muß ich dazu

eines sagen, was machen wir dann mit dem Erdgas, der Leitungsverdichtung, mit der Wasserversorgung usw., wenn wir kein Geld haben für die Investitionen, die unbedingt notwendig sind. Dafür werden ja die Gewinne der einzelnen Teilbetriebe verwendet. Das schiebt sich ja niemand unter den Hut oder legt es auf ein Sparbuch, sondern das sind Gewinne, die für die Investition der kommenden Jahre wieder zur Verfügung stehen müssen. Da kann ich Dir auch gleich eines sagen, es heißt im Organisationsstatut, das am 20. September 1983 beschlossen wurde – da warst Du sicherlich dabei, aber ich muß es Dir wieder in Erinnerung rufen, denn es ist ja alle Jahre das gleiche. Für die neuen Mitglieder des Gemeinderates darf ich den § 1 verlesen: Die Stadtwerke Steyr sind wirtschaftliche Einrichtungen, die von der Stadt Steyr unmittelbar verwaltet werden und denen der Gemeinderat gemäß § 58 des Stadtstatutes die Eigenschaft einer Unternehmung zuerkannt hat. Das wichtigste dabei ist: Sie sind nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Wenn mir jetzt in einem Statut die Verpflichtung auferlegt wird, daß die Betriebe nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen sind, dann muß ich auch bestrebt sein, Gewinne zu machen. Ich kann mir das nicht vorstellen – das sage ich jetzt privat – auf der einen Seite wird über die Gewinne geschimpft, die irgend ein Teilbetrieb der Stadtwerke macht, sind wir doch froh, daß wir Gewinne machen, sonst könnte doch so manche Investition nicht durchgeführt werden. So lange ich im Gemeinderat bin, geht es immer wieder um das gleiche Thema. Wir sollen die Gewinne jener Teilbetriebe, die noch gewinnträchtig sind, umschichten auf Betriebe, die Verluste machen.

Jetzt komme ich gleich zum nächsten Punkt. Wir haben 1985, das nur als Beispiel, Mindereinnahmen durch Freifahrten für Invaliden. Ich gönne diesen Invaliden diese Freifahrten, ohne Zweifel, aber wenn ich jetzt noch die Pensionistenfahrtscheine dazurechne vom Zehnerblock her gesehen, so sind das in einem Jahr Beträge von ungefähr 1,7 Millionen Schilling, die dem Verkehrsbetrieb abgehen.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte noch ein paar Sätze sagen, die Kollege Tremel erwähnt hat. Weil wir schon von Sozialtarifen gesprochen haben, das gleiche gilt ja für die Kunsteisbahn und für das Bad. Man darf nicht vergessen, das wurde ja schon richtigerweise angeführt, daß das in Graz anders geschehen ist, aber ich glaube, das sind wir unseren Kindern schuldig, daß diese im Sommer zum verbilligten Tarif und die Schüler zum Null-Tarif ins Bad gehen können.

Bezüglich der Fahrtroute Waldrandsiedlung, die auch angesprochen wurde, möchte ich sagen, daß früher nur an zwei Tagen, und zwar am Dienstag und Donnerstag, diese Strecke befahren worden ist, jetzt aber bereits seit längerer Zeit von Montag bis Freitag jeweils viermal täglich ein Autobus dorthin fährt. So viele Leute wohnen nicht in der Waldrandsiedlung, die mit dem Autobus fahren.

Die Gründbergsiedlung z. B. ist seit der letzten Tarifierhebung von einem stündlichen Intervall auf einen halbstündlichen Takt umgestellt worden. Mir ist klar, Kollege Tremel, daß Du einen Schnellbus möchtest, vielleicht auch zu einem Null-Tarif. Aber leider ist das alles eine Kostenfrage, wer bezahlt das? Da würde ich vielleicht nächstes Jahr hier stehen mit nicht 4 oder 5 Millionen Schilling Verlust, sondern womöglich 10 Millionen Schilling. Das wäre sicherlich auch niemandem recht. Daß nach 19.30 Uhr nicht mehr gefahren wird, lieber Kollege Tremel, auch das stimmt nicht, das trifft nur für die bereits erwähnten Randgebiete zu.

Was den Geräte- und Zubehörverkauf betrifft, hat ja bereits Vizebürgermeister Holub eine eindeutige Antwort gegeben. Es ist sicher nicht die primäre Aufgabe eines Gaswerkes, daß Öfen verkauft werden, sondern daß die Energieversorgung sichergestellt wird zur Zufriedenheit der Bevölkerung. Das ist wichtiger als der Verkauf von Herden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles in allem darf ich sagen, die Bilanz bzw. Erfolgsrechnung der einzelnen Teilbetriebe der Stadtwerke sind sicherlich nicht dazu angetan, um massive Kritik zu üben. Ich möchte mich bei den leitenden

Beamten der Stadtwerke für die geleistete Arbeit hinsichtlich der Erfüllung der kaufmännischen Grundsätze, die notwendig sind, um das Unternehmen zum Teil gewinnträchtig zu führen, recht herzlich bedanken und ersuche unseren Bürgermeister um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort und komme zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL – GR Ramoser) beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag betrifft die Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges zwischen der Ufergasse und der Gürtlerstraße und lautet:

27) ÖAG-6972/85

Stadtwerke

Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges zwischen Ufergasse und Gürtlerstraße; TrinkwasseraufschlieÙung für die Wohnanlage Dachsberg der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 23. 10. 1985 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges zwischen Ufergasse und Grütlerstraße sowie der TrinkwasseraufschlieÙung für die Wohnanlage Dachsberg der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preis von
S 922.450,-- exkl. 20 % USt.
2. Lieferung der Rohre, Formstücke und Armaturen an die Fa. ÖAG-Konti, Wels,
zum Preis von S 196.678,40 exkl. 20 % USt.
3. Rohrverlegung an das städt. Wasserwerk zum Preis von
S 44.000,-- exkl. 20 % USt.

Die erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag behandelt den Ankauf eines Steyrer Stadtlinienbusses. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

28) ÖAG-6863/85

Stadtwerke

Ankauf eines Steyr-Stadtbusses SS 11 HUA 250.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 18. 10. 1985 wird dem Ankauf eines Steyr-Stadtbusses SS 11 HUA 250 bei der Steyr-Daimler-Puch AG zum Preis von S 1.917.796,- exkl. USt zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Für jene Kollegen, die beim Umweltbeirat dabei waren, darf ich sagen, dieser neue Bus als Ersatz für jenen dient, von dem Dr. Riha gesagt hat, daß er schwarze Rauchwolken nachzieht.

Auch hier bitte ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Verkehr darf uns weder durch unangemessen lange Wege von und zum Arbeitsplatz die Freizeit rauben, noch den Raum zwischen unseren Wohnhäusern zu einer Blech- und Asphaltwüste werden lassen. Daher muß besonderes Augenmerk auf die Verkehrserschließung der Stadtteile durch geeignete Massenverkehrsmittel gelegt werden. Öffentlicher Verkehr hat Vorrang.

Dem Gemeinderat liegt ein Antrag auf Ankauf eines Steyr-Stadtlinienbusses vor. Diesem Antrag kann ich aus dem vorher Gesagten 100 Prozent zustimmen, möchte aber folgendes zu bedenken geben. Ich habe eine 2 1/2jährige Tochter und es ist noch nicht lange her, da war ich bzw. hauptsächlich meine Frau mit folgendem Problem konfrontiert. Wenn meine Frau mit dem Baby im Kinderwagen – für den bequemeren Wagen war unsere Tochter damals noch zu klein – einen Stadtlinienbus benutzen wollte, war es fast unmöglich, in diesen ohne fremde Hilfe hineinzukommen. Ich weiß, die Busfahrer sind angewiesen zu helfen, aber in der Praxis ist das allein schon bedingt durch das Gedränge eher unmöglich. Wir, und auch sehr viele andere Mütter mit Babys, waren daher von der Benützung des umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittels nahezu ausgeschlossen. Natürlich trifft diese Problematik auch auf die gehbehinderten Mitbürger unserer Stadt zu. Um daher das öffentliche Verkehrsmittel Bus auch für diese Personengruppe mehr zugänglich zu machen, wäre die Ausstattung der Busse mit Rampen sicherlich notwendig. Ich weiß, daß eine generelle und sofortige Umstellung bei allen städtischen Bussen schon aus budgetären Gründen eher unmöglich ist, glaube aber, wir könnten sicherlich bei dem zu beschließenden Ankauf eines neuen Stadtlinienbusses einen Anfang machen.

Weiters erlaube ich mir, Sie bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es sicherlich wieder angebracht wäre, bei den Steyr-Werken die Förderung der Entwicklung von Gelenkbussen zu urgieren, damit bei dem in Zukunft sicher wieder fällig werden den Ankauf eines neuen Gelenkbusses dem Steyrer Produkt der Vorzug gegeben werden kann.

Abschließend möchte ich Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nochmals ersuchen, meinen Vorschlag bezüglich Ausstattung der Busse mit Rampen für Mütter mit Kinderwagen und gehbehinderte Mitbürger unserer Stadt zu berücksichtigen.

Sollte es solche Rampen in Österreich nicht geben, wäre es sicherlich wert, sich dieser Problematik sofort anzunehmen und diese zu lösen. Diejenigen in dieser Runde, die einen abgewiesenen Rollstuhlfahrer oder eine abgewiesene Mutter mit Kinderwagen schon gesehen haben, werden mir sicherlich zustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag und darf dazusagen, daß bei jedem Gespräch mit den Steyr-Werken, mit der Direktion der Steyr-Werke, unsere Wünsche bezüglich Gelenkbus natürlich deponiert werden und immer wieder darauf hingewiesen wird, daß wir künftighin Gelenkbusse benötigen werden und auch bei den Steyr-Werken ankaufen werden. Allerdings ist das eine Sache der Entwicklung, die eine gewisse Zeit braucht. Wünscht noch jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall und ich ersuche daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bezüglich des Wunsches, daß die Stadtbusse kinderwagenfreundlicher ausgestattet sein sollten, muß ich eines sagen, Herr Gemeinderat Spöck, es gibt leider Gottes keinen Bus, der eine solche Einrichtung hat. Eine Ausnahme ist Wien, dort gibt es ein sogenanntes "Bustaxi", das so konstruiert ist, daß Behinderte mit nichtzusammenklappbaren Elektrowagen auch mitfahren können. Das wird vom Sozialdienst gefördert bzw. bezahlt und wir in Steyr können uns das im Moment nicht leisten. Aber unsere neuen Busse sind in der Einstiegshöhe schon so weit, daß man vom Gehsteig mit etwas gutem Willen die zwei Vorräder eines Kinderwagens auf das Trittbrett bringen kann und dann findet sich sicher jemand, der hilft. Man kann natürlich nicht verlangen, daß der Busfahrer, wenn die Frau hinten einsteigt, den Fahrersitz verläßt, um zu helfen. Das ist ja gesetzlich gar nicht erlaubt. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL - GR Ramoser) angenommen. Kollege Ramoser, der immer so für den öffentlichen Verkehr auftritt, ist gegen den Ankauf eines Busses, das überrascht mich einigermaßen.
Herr Stadtrat Zöchling ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen 7 Anträge des Stadtsenates vortragen und bitte Sie bereits jetzt um deren Genehmigung.

Der erste Antrag lautet:

29) Bau2-5800/81

Verkauf von Siedlerparzellen aus den ehemaligen Mühlbauergründen, E.Z. 162, KG. Gleink.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 27. August 1985 wird dem Verkauf von Siedlerparzellen aus den ehemaligen Mühlbauergründen, E.Z. 162, KG. Gleink, an nachstehende Personen im angeführten Quadratmeterausmaß zum einheitlichen Kaufpreis von S 350,-/m² zusätzlich Anliegerleistung wie folgt zugestimmt:

Stadler Heinz, Gleinker Hauptstraße 16 c, im Ausmaß von 1.146 m²

Dipl. Ing. Erwin Beidl, Resselstraße 16, im Ausmaß von 948 m²

Haberfellner Robert, Glöckelstraße 25, im Ausmaß von 686 m²

Oberklammer Christiane, Dieselstraße 4, im Ausmaß von 1.062 m²

Hladik Günter, Dukartstraße 7, im Ausmaß von 1.342 m²

Donner Gabriele, Resthofstraße 29, im Ausmaß von 707 m²

Bergmaier Josef und Becker Herta, Roseneggerstraße 5, im Ausmaß von 1.006 m²

Dr. Starzer Martina, Pestalozzistraße 9, im Ausmaß von 1.047 m².

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

30) GHJ2-6326/85

Tabor-Restaurant Steyr, Taborweg 7;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 30. 9. 1985 werden zur Instandsetzung des Tabor-Restaurants Steyr folgende Aufträge vergeben bzw. wird der bereits getätigten Auftragsvergabe an nachstehende Firmen zugestimmt:

- 1) Maler- und Anstreicherarbeiten: Firma Seywaltner, Steyr, zum
Preise von S 73.460,--
 - 2) Terrassen-Isolierarbeiten: Firma Wittner, Steyr, zum Preise von S 80.550,--
 - 3) Elektroinstallationsarbeiten: Firma Berger, Steyr, zum Preise
von S 68.848,--
 - 4) Baumeisterarbeiten: Firma Prameshuber, Steyr, zum Preise von S 15.995,--
 - 5) Reparatur des Speisenaufzuges: Firma Kone Sowitsch, Linz,
zum Preise von S 78.130,--
 - 6) Erneuerung der Kühlraumtüren: Firma Lötsch, Steyr, zum
Preise von S 20.960,--
 - 7) Lüftungs- und Sanitärinstallationsarbeiten: Firma Kriszan, Steyr,
zum Preise von S 47.723,12
 - 8) Reinigungsarbeiten: Fa. Bugelmüller, Steyr, zum Preise von S 39.347,--
- (alle Preise exkl. MWSt.)

Zum genannten Zweck wird bei der VSt 1/791000/614000 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 425.500,-- (vierhundertfünfundzwanzigtausendfünfhundert)

bewilligt. Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Mit einiger Sorge und einigem Unbehagen verfolgen die Kollegen meiner Fraktion und ich bzw. auch viele Steyrer den bisherigen Betrieb im Tabor-Restaurant. Ich möchte da gar nicht so sehr auf die ursprünglichen Vorgänge anlässlich der Eröffnung und des Allerheiligentages eingehen, wo auch unser geschätzter Herr Bürgermeister nach 3/4stündiger Wartezeit, ohne etwas bekommen zu haben, wieder gehen mußte, sondern auf die mittlerweile von vielen Gästen mir kundgetanen Beschwerden. Das Service läßt sehr zu wünschen übrig und ich glaube nicht, daß man mit dieser Art der Betriebsführung das Restaurant dahin bringen wird, wohin es kommen soll, daß es nicht nur eine gut bürgerliche Küche, eine gute Bedienung hat und auch gehobenen Ansprüchen gerecht wird, sondern auch einen Beitrag für den Fremdenverkehr leisten soll. Ich würde daher empfehlen, daß man wirklich mit dem Pächter ein sehr ernstes Wort redet, denn ich glaube, so kann es nicht weitergehen. Wir haben damals von unserer Fraktion her nicht interveniert beim Bürgermeister. Ich habe nur - auch verschiedene andere Herren aus der Gastronomie - gebeten, den Besten auszuwählen, ohne parteipolitische Rücksichtnahmen. Anscheinend wurde aber doch sehr stark interveniert. Es ist sicher schwierig, den Besten zu finden, das gebe ich zu, aber wir haben vorgeschlagen, man möge einen Pächter unter den über 30 auswählen, bei dem auch die Gattin mit tätig ist und der wirklich eine weitreichende und gute Erfahrung mitbringt. Ich bitte also nochmals, hier nach dem rechten zu sehen, denn ich kann mir nicht

vorstellen, daß bei Fortführung in dieser Art und Weise der Pachtschilling, der ja nicht ganz unbedeutend ist, wieder hereingebracht werden kann. Es werden sich in kurzer Zeit entsprechende Schwierigkeiten einstellen, wenn es so weitergeht.

Weiters scheint mir aufklärungsbedürftig, warum eine GesmbH mit der Betriebsführung betraut ist, wenn der Vertrag mit dem Herrn Konrad Rohrweger abgeschlossen wurde, der ja auch die Konzessionsprüfung besitzt und daher alleine dafür verantwortlich wäre.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag, der sicherlich seine Berechtigung hatte. Zur Aufklärung darf ich anführen, der Herr Rohrweger wurde bereits von mir schriftlich aufgefordert, Stellung zu beziehen, einerseits zur Bildung einer GesmbH, die – das ist richtig – vertraglich nicht festgelegt wurde. Dieses Schreiben ist diese Woche weggegangen und ich hoffe, daß in Kürze eine Antwort kommt. Außerdem werden bei diesem persönlichen Gespräch die verschiedenen Unzukömmlichkeiten, die vom Hörensagen tatsächlich aufgetreten sind, zur Sprache kommen. Der Herr Rohrweger wird auf diese Dinge hingewiesen und aufgefordert werden, seinerseits entsprechende Maßnahmen zu setzen. Zur Auswahl darf ich sagen, daß wir 31 Bewerbungen gehabt haben, daß es sicherlich nicht einfach ist aufgrund der vorliegenden Umstände, der Herr Rohrweger war verhältnismäßig lange Küchenleiter im Passagekaufhaus in Linz. Er hat die besten Referenzen gehabt und hat auch alle notwendigen Voraussetzungen, dieses Haus zu führen, von der Ausbildung her und von den Bedingungen. Bedingungen sind z. B. Lehrlingsausbildung, Konzessionsprüfung usw. Diese Dinge waren alle vorhanden und deshalb ist die Wahl auf ihn gefallen und keineswegs aus Gründen, die mit irgend einer Parteipolitik zusammenhängen.

Ich darf darauf hinweisen, daß ich sofort nach diesem Gespräch den Gemeinderat informieren werde.

Wünscht Kollege Zöchling dazu noch ein Schlußwort? Nein. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

31) ÖAG-4290/81

Verkauf der Siedlerparzelle 197/3, EZ. 1077 der KG Jägerberg
(Fellinger-Siedlung) an Dkfm. Mag. Helmut Zagler.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 30. 9. 1985 wird dem Abverkauf der Siedlerparzelle 197/3, EZ 1077 der KG Jägerberg in der Fellingiersiedlung im Ausmaß von 1.092 m² gemäß den durch den Gemeinderat am 6. 7. 1982 festgelegten Verkaufsbedingungen zum Quadratmeterpreis von S 520,- zuzüglich S 30,- pro m² für Anliegerleistungen an Herrn Prof. Dkfm. Mag. Helmut Zagler, Steinbrecherring 18, 4400 Steyr, zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

(Gemeinderat Zagler verläßt während der Verlesung des Tagesordnungspunkte 31) wegen Befangenheit den Sitzungssaal).

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Danke, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

32) Ha-4900/83

Pensionistenwohnungen Neuschönau II, Förderungsmaßnahmen der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH wird für die Grund- und Baukostenbeiträge des Altenwohnheimes Neuschönau II, und zwar für Grundkosten ein Betrag von S 2,464.395,14 und für Baukosten ein Betrag von S 1,325.000,-, insgesamt S 3,789.395,14 als Förderungsmaßnahme zugunsten betagter Mitbürger gewährt.

Zu diesem Zweck wird der Betrag von S 3,789.395,- bei der VA-Stelle 5/480000/777010 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

33) Ha-6350/85

Garconnierenbau Schlüsselhofgasse 26, 28 und 30; Förderungsmaßnahmen der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme des Aufwertungsbetrages für die Grundstückskosten des der BMW-Motoren GesmbH vermieteten Garconnierenbaues Schlüsselhofgasse 26, 28 und 30 in Höhe von S 601.653,- zuzüglich Zinsen in Höhe von S 118.913,81 und MWSt in Höhe von S 11.891,38, insgesamt S 732.458,19, aus Mitteln der Wohnbauförderung wird zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird der Betrag in Höhe von S 732.458,- bei der VA-Stelle 5/840000/777010 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Diese beantragte Förderung sehe ich so, daß das wiederum eine Gemeindeausgabe in Höhe von S 732.000,- ist, nämlich als weitere Förderungsmaßnahme des BMW-Motorenwerks. Es wäre meiner Meinung nach Aufgabe des reichen Konzerns, für seine Mitarbeiter, für die Arbeiter und Angestellten, Zuschüsse zu gewähren und nicht die Stadt Steyr, damit die hohen Wohnkosten, wie es im Amtsbericht heißt, in den Wohnungen in der Schlüsselhofgasse, etwas gesenkt würden. Für den Multikonzern zeigen sich offenbar - das zeigt sich ja in vielen Fällen - die Stadtseatsparteien immer wieder sehr großzügig. Bei kleinen Dingen, Subventionsansuchen, sind sie kleinlich.

Ich möchte hier vielleicht das Beispiel anführen - das ist ja auch drinnen in dem

Akt, das wird zwar nicht im Gemeinderat behandelt, sondern im Stadtsenat und dort bin ich nicht vertreten – daß man z. B. Ansuchen gewährt für die Marinekameraden des Deutschen Panzerkreuzes usw. für deren Zusammenkunft. Aber z. B. ist man sehr kleinlich bei der Subventionierung eines nicht städtischen Kindergartens in Münchenholz, nämlich – wir können ihn ja beim Namen nennen – beim Pfarrkindergarten, wo Umbauten notwendig wurden aus Sicherheitsgründen. Ich weiß schon, daß diese Aufgabe eigentlich dem Land zufallen würde, genau so wie wir als Gemeinde immer wieder herangezogen werden, große Summen für die städtischen Kindergärten auszugeben, es aber zu wenig finanzielle Mittel gibt seitens des Landes. Aber damit muß man sich abfinden, damit muß sich auch dieser Privatkindergarten abfinden. Da ist man meiner Meinung nach sehr kleinlich. Ich möchte das auch so bezeichnen, daß auch die Österr. Volkspartei – das ist für Euch eine Schande – die im Stadtsenat mit zwei Vertretern sitzt, nichts anderes erreicht als eine Willensäußerung, daß sie sich der Stimme enthält. Hier müssen wir auch im Gemeinderat darüber sprechen, daß solche Kleinlichkeiten ausgeräumt werden und daß man beginnt bei den Großen, diese Förderungen einzustellen, damit wir so kleine berechnete Subventionen erfüllen können.

Ich werde natürlich dieser BMW-Konzernförderung, so sehe ich das, auch wenn es tausendmal anders formuliert wird im Amtsbericht, daß das ja den Mietern zugute kommt usw., nicht zustimmen und mich der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Da ich dazu etwas sagen möchte, bitte ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile unserem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich, weil es um eine grundsätzliche Sache geht, an der Diskussion beteiligen. Wir haben in den Förderungsvereinbarungen auch die Förderung des Wohnbaues mit BMW beschlossen und diese Förderung ist inbegriffen. Das hat sich ergeben bei den Gesprächen, die schon einige Jahre zurückliegen, weil seitens der BMW-Gesellschaft dieser Wunsch unter vielen anderen Wünschen herangetragen wurde. Man muß jetzt sehr klar und deutlich sagen, wenn Koll. Tremel dagegen ist, daß solche Förderungen ausgesprochen werden, dann ist er dafür auf der anderen Seite, daß die Menschen arbeitslos sind. Denn nur durch die Förderungen der Stadt ist es möglich geworden, diesen Betrieb herzubekommen. Kollege Tremel, Du kannst mir nicht sagen, wo die Alternativarbeitsplätze für die 1.500 Leute jetzt wären, wenn es diesen Betrieb nicht gäbe. Dieser Betrieb ist nicht nur für die Arbeitsplätze, sondern für die Wirtschaft in Steyr ein ganz besonderer Vorteil. Das möchte ich sehr deutlich und klar hier sagen. Ich habe oft das Gefühl, wenn Du da aufstehst, daß es Dir recht wäre, wenn mehr Arbeitslose in Steyr wären.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übergebe Dir den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Zwiegespräche in dieser Tonart suche ich sicherlich auch nicht. Zum gegenständlichen Antrag sage ich ja, weil eben die ursprüngliche Förderungsvereinbarung so war und es keinen Sinn hat, übermorgen noch weiter den Schnee von gestern zu diskutieren. Eines aber muß ich schon sagen, Kollege Treml, wie Du uns qualifizierst in unserem Abstimmverhalten im Stadtsenat - wenn ich unhöflich wäre, würde ich sagen, mir ist das wurst, weil ich höflich bin und von älteren Menschen gerne lernen möchte, möchte ich Dir unsere Begründung erklären. Vielleicht kannst Du da ein wenig Demokratie lernen. Die Diskussion ging darüber, ob die Institution gefördert werden sollte oder nicht. Daß wir der Meinung waren und sind, daß diese Förderung unzureichend ist, steht fest. Wenn wir aber gegen diese Förderung gestimmt hätten, dann würdest Du jetzt dastehen, Otto, und mir sagen es ist eine wahre Schande, was Ihr gemacht habt, Ihr seid gegen die, wenn auch nicht sehr großzügige, Förderung der Kindergartengruppen. Eine wahre Schande ist die geringe Förderung. Und das Eigenartige, lieber Otto, ist die Argumentation.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Wünscht der Referent ein Schlußwort?

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Nein, es ist alles gesagt!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Danke. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPO - GR Treml) beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

34) ÖAG-3791/85

ÖAG-4399/85

Grundverkauf aus den Schützenhofergründen an die Firmen Kraml GesmbH und Almauer; Förderungsmaßnahmen.

1)

Dem Verkauf der neugeschaffenen Grundparzelle 1760/4, EZ. 1907, KG Steyr, im Ausmaß von 6.947 m² zum Preis von S 400,-/m² an die Fa. Ewald Kraml GesmbH, 4431 Häidershofen 121, weiters des Restgrundstückes 1760/2 im Ausmaß von 11.254 m² zum Preis von S 350,-/m² an die Fa. Dr. Carola und Reinfried Almauer, Steyr, Wolfenstraße 21, wird zugestimmt.

Der anteilige Straßengrund im Ausmaß von 342 m² ist von der Fa. Kraml GesmbH und im Ausmaß von 444 m² von den Ehegatten Almauer zum jeweiligen Kaufpreis zu bezahlen. Beide Käufer haben den Kaufpreis in vier gleichen Jahresraten, beginnend ab Vertragsabschluß, unverzinslich, jedoch gegen Vereinbarung einer Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex zu entrichten, wobei die Restbeträge auf den Kaufobjekten pfandrechtlich sicherzustellen sind. Die Käufer haben auf den Kaufobjekten innerhalb von drei Jahren gewerbliche Betriebe zu etablieren und in Betrieb zu nehmen. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht vor. Sämtliche Kosten der Errichtung und Durchführung des Vertrages samt Vermessungskosten gehen zu Lasten der Käufer.

2. Dem Käufer werden im Sinne des obigen Amtsberichtes der Magistratsdirektion nachstehende Gewerbeförderungen gewährt: Aufschließung der Baugrundstücke, Kanal und Wasser, auf Kosten der Stadtgemeinde Steyr. Nachlaß der Anliegerbeiträge für Fahr- bahn- und Gehsteigerherstellung und Herabsetzung der Kanalanschluß- gebühr von S 100,-/m² auf S 30,-/m². Weiters der Fa. Kraml-Ges. mbH wird zusätzlich ein Gewerbeförderungsbetrag von S 1.200.000,- gewährt, der in zwei Teilbeträgen auszuführen ist, wobei der erste Teilbetrag mit der 1. Kaufpreisrate zu verrechnen, und der Rest am 1. 1. 1988 unter der Bedingung auszuführen ist, daß die Fa. Kraml GesmbH bis dahin 100 Arbeitsplätze geschaffen hat. Andernfalls bestimmt sich der Zeitpunkt der Auszahlung nach der Erreichung der zugesicherten Beschäftigungszahl.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zum Grundverkauf der Schützenhofergründe an der Ennser Straße möchte und muß ich eingangs die Vorgeschichte vor allem den neuen Kollegen im Gemeinderat übermitteln.

Vor 2 1/2 Jahren wurde im Juli 1983 der Grundkauf getätigt. Bürgermeister Schwarz sagte damals bei der Antragstellung wörtlich: "Dieser Grundkauf ist zweifellos eine der größten Grundtransaktionen seit dem 2. Weltkrieg". Dazu möchte ich sagen, das stimmt, denn ohne einen Schilling Bargeld wurden von Franz Schützenhofer Grundstücke von insgesamt 60.628 m² an der Ennser- wie auch an der Resthofstraße zum durchschnittlichen Quadratmeterpreis von S 700,- gekauft. Demnach betrug der Gesamtkaufpreis S 42.539.000,- und dazu kommen noch rund S 4 Millionen Steuern und Gebührenkosten. Zur Bezahlung des Kaufpreises mußte ein Darlehen in der Höhe von S 46.367.995,- bei der Bank mit hohen Zinsen aufgenommen werden. Als Sprecher der Kommunistischen Fraktion hier in diesem Gemeinderat erklärte ich zu diesem Grundkauf, daß die Stadtgemeinde das Grundstück unmittelbar nicht verwerten kann, da der Wohnungsbau stagniert und es für die Stadt durch die Zinsen von 8,5 Prozent zu einer starken finanziellen Belastung kommt. Trotzdem haben die Sozialistische Partei, die Österr. Volkspartei und die Freiheitliche Partei im Gemeinderat gemeinsam diesen Grundkauf beschlossen. Durch die Verzinsung stiegen die Gesamtgrundkosten im Laufe dieser Zeit auf bereits S 54 Millionen, das heißt, daß der Quadratmeterpreis auf S 890,- anstieg. Nun will die Mehrheitsfraktion diesen Antrag, und wie man auch deutlich entnehmen kann durch die Antragstellung, mit diesem Antrag einen Teil der sogenannten Schützenhofergründe an der Ennser Straße, rund 19.000 Quadratmeter, los werden, um die finanzielle Belastung, wie es im Amtsbericht heißt, abzubauen. Es geht aus dem Amtsbericht hervor, daß die sozialistische Partei weitere rund 20.000 Quadratmeter Grund für den westdeutschen Fabrikanten Dräxlmair bereits reserviert hat. Laut Antrag werden

dem Kleiderfabrikanten Kraml 7.316 Quadratmeter um S 400,-/m² und an den Großhändler Almauer 11.698 Quadratmeter zu einem ermäßigten Preis, einem weiter ermäßigten Preis, von S 350,-/m² verkauft. Es wurde beantragt, daß die Fa. Kraml für den Grund insgesamt S 2,915.600,- zu bezahlen hat. Dabei dürfte es sich um einen kleinen Rechenfehler im Amtsbericht handeln, aber das spielt bei solchen Summen überhaupt keine Rolle, da die Grundkosten, wenn man die wieder umrechnet, um S 10.800,- höher liegen, und S 2,926.400,- ausmachen, wenn man eben einen Quadratmeterpreis von S 400,- zugrunde legt. Dieses Grundstück kostete der Stadt samt Grunderwerbssteuer und Zinsen für 2 1/2 Jahre rund S 5,800.000,-. Die Grundpreisermäßigung für den Fabrikanten Kraml beträgt daher S 2,885.000,-. Die Fa. Almauer bekommt den Grund um S 4,094.300,-. Der Stadt kostete dieses Grundstück samt Zinsen und Grunderwerbssteuer rund S 9,356.600,-. Daher verringern sich die Grundkosten für den Großhändler Almauer um rund S 5,262.300,-. Diese Ermäßigungen werden von der sozialistischen Partei als Gewerbeförderungsmaßnahme bezeichnet. Aber dazu gibt es im Gemeinderat einstimmig beschlossene Richtlinien, die im Entwicklungskonzept der Stadt Steyr festgelegt sind. Dort heißt es nämlich im Kapitel Wirtschaftsstruktur unter der Position h) - über die Weitergabe von gemeindeeigenen Grundstücken zu Betriebsansiedlungen wörtlich: "Um für neue Betriebe einen größeren Anreiz zu schaffen, sich in Steyr niederzulassen, könnten vorerst Grundflächen für eine bestimmte Dauer im Miet- bzw. Pachtverhältnis zur Verfügung gestellt werden, wobei jedoch dem neuen Betrieb ein Vorverkaufsrecht eingeräumt und die bis zum Kauf geleisteten Mieten auch auf den endgültigen Kaufpreis angerechnet werden könnten. Diese Lösung hätte den Vorteil, daß bei Neugründung das Unternehmen vorerst für einen Grundankauf keinen größeren Kapitalaufwand hat und andererseits auch für die Gemeinde die Sicherheit besteht, daß bei einem allfälligen Insolvenzverfahren das Bestandsverhältnis aufgelöst werden kann und Grundstücksspekulationen damit ausgeschlossen sind. Das war mit ein Grund der Erstellung dieser Richtlinien, denn man hatte eine schlechte Erfahrung beim Verkauf eines Industriegrundstückes der Stadt an die sogenannte Auffanggesellschaft Hack-Werke, Maschinen-Besteck-GesmbH & Co, nämlich damals an den Dipl. Ing. Eberhard Neudeck, an Hubert Ratzinger, Royer, u. Ir. Hanak. Jedoch aus steuerlichen Gründen nicht an sie, sondern an die Ehefrauen der Geschäftsführer fand der Verkauf statt. Was aus dieser noblen Firma wurde und welcher hoher finanzieller Schaden für die Gemeinde entstand, ist allgemein bekannt, vor allem den älteren Gemeinderäten.

Meiner Meinung nach findet auch dieses Problem beim nächsten Tagesordnungspunkt wiederum Niederschlag. Unverständlich ist mir, daß die Mehrheit des Gemeinderates nach so kurzer Zeit der Beschlußfassung der Richtlinien für die Weitergabe von teurem Gemeindegrund diese Richtlinien nicht in Anwendung bringt.

Die KPC-Fraktion ist für die Anwendung der vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Richtlinien für die Weitergabe von Grundstücken für Betriebsansiedlungen und wird daher dem von Dir beantragten Grundverkauf nicht die Zustimmung geben. Diese großzügige Förderung an die Unternehmer Kraml und Almauer kostet der Stadt mehr als S 9 Millionen, allein durch die Ermäßigung der Grundstückskosten. Dazu kommen sämtliche Kosten für die Aufschließungsmaßnahmen der Baugrundstücke, wie der Straßen, Kanal, Wasserleitung, die nach diesem Beschluß auch von der Stadt über-

nommen werden, wenn Sie das festlegen. Ebenso wird auf die Einhebung von Anliegerbeiträgen, das sind Beiträge zu Straßen und Gehsteigerstellung verzichtet. Jeder Hausbesitzer wäre darüber froh. Die Kanalanschlußgebühr wird von S 100,-/m² auf S 30,-/m² verringert. Der Fabrikant Kraml bekommt noch zusätzlich einen Ansiedlungszuschuß von S 1,200.000,-. Die Bedingungen brauche ich nicht erklären, die wurden ja vorgelesen. Sie lauten ungefähr wieder so, wenn er die 100 nicht erreicht, verliert er ungefähr S 570.000,-. Das ist so ähnlich wie bei BMW. Da sind einige Gleichnisse, die mir überhaupt nicht gefallen. Ich unterstelle keiner dieser beiden Firmen, daß sie nicht zu diesen Verträgen steht, aber es gibt wirtschaftliche Situationen, wo etwas nicht eingehalten wird und wir bleiben wieder sitzen. Hier haben wir Erfahrung und müßten uns als Gemeinderat dem gegenüber absichern. Der Kaufpreis wird ebenfalls in 4 Raten gewährt, nämlich unverzinslich. Das heißt, daß auch weiterhin bei diesem Grundstücksverkauf wiederum die Stadt die Zinsen bei den Banken bezahlt, weil wir den Grund auf Schulden gekauft haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Wippersberger will dazu etwas sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte grundsätzlich einige Bemerkungen dazu machen. Du, Kollege Treml, hast gesagt, daß die Sache ein Verlustgeschäft ist für die Stadt, Du hast von den Mehrkosten gesprochen. Im Augenblick ist es irgendwie ein Verlustgeschäft, das ist ganz richtig. Nur auf Sicht gesehen, wenn wir zusätzliche Betriebe und Arbeitsplätze bekommen, ist es kein Verlustgeschäft, denn die Betriebe bezahlen uns 50 Prozent der Gewerbesteuer, die wir bekommen, und wir bekommen die gesamte Lohnsummensteuer. So gesehen sind das zusätzliche Einnahmen, das muß auch berücksichtigt werden.

Du hast über das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr gesprochen. Das ist richtig, aber hier sind grundsätzliche Aussagen getroffen worden. Ich darf Dir sagen, auch wir - da darf ich auch den Bürgermeister und alle von uns einschließen - sind da nicht freudigen Herzens dabei. Gewerbeförderung, da muß ich als finanzreferent etwas sagen, ist ja überhaupt nicht Angelegenheit der Stadt, sondern hier wären ja besonders der Bund und auch das Land zuständig. Wir übernehmen hier also Dinge, die uns eigentlich gar nichts angehen würden.

Aber, Kollege Treml, der Herr Bürgermeister hat das vorerst schon angeführt, wenn wir in den letzten Jahren nicht so stark Gewerbeförderung betrieben hätten, - es hat viel Geld gekostet und kostet auch nach wie vor viel Geld - dann wäre die Arbeitslosenziffer in Steyr mindestens doppelt so hoch. Ich glaube eines muß gerade in der jetzigen Zeit unsere besondere Aufgabe sein, wir müssen alles daransetzen, um so viele Arbeitsplätze wie nur möglich in unserer Stadt zu erhalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Ausführungen.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Lieber Otto, Du bist um etliche Jahre hinten. Wir haben in unserer Gemeinde einmal Schwierigkeiten gehabt, Schwierigkeiten mit Ansiedlungen von Kleinbetrieben. Ich kann mich erinnern, daß die Fa. Hardtmuth, eine Bleistiftfirma, nach Steyr kommen sollte. Ich kann mich erinnern, daß die Gablonzer von uns weggegangen sind, ich kann mich erinnern, daß die Brown Boveri in Wien, in der Nähe von Wien, sich angesiedelt hat. Es war in unserem Gemeinderat die Meinung, daß wir in Steyr nur die Steyr-Werke brauchen. Wir sind jetzt Gott sei Dank der Meinung, es sind ja auch etliche Vertreter der Steyr-Werke in unserem Gemeinderat, daß doch die Kleinbetriebe auch für unsere Stadt entscheidend sind. Eines weiß ich, die Kleinbetriebe bezahlen unsere Gewerbesteuer sicherlich echter wie die Großbetriebe. Bei Dir Otto hat man das Gefühl, daß Du Gemeinderat bist in Wolfers oder in Garsten, denn die Fa. Kreiner ist z. B. nach Garsten gezogen - eine gute Firma. Die Fa. Storebest ist ebenfalls von uns weggezogen. Warum? Dort haben sie den Grund kostenlos bekommen, nur aus jenem Grund, daß diese Gemeinde endlich auch Kleinbetriebe mit 50 oder 100 Beschäftigten bekommen hat. Ich bin überzeugt, daß die Fa. Kraml, die einen Zuzug für uns bedeutet, nicht unbedingt in die Stadt Steyr mit ihrer Massenerzeugung an Kleidern kommen muß. Der könnte genau so in einer Randgemeinde sein. Die Fa. Almayer, ein Großhandel, das ist doch ganz egal, ob die in der Stadt ist oder in Dietach. Bei der Fa. Almayer hätten wir auch unter Umständen die Reformwerke, zumindest eine Filiale, in Steyr. Das wollte ich dazu sagen. Ich stehe 100 %ig zum Verkauf von Grundstücken an Kleinbetriebe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Gegenprobe? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (KFC, GAI) beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Der letzte Antrag lautet:

35) ÖAG-4105/81

ÖAG-5415/85

Verzicht auf das Vor- und Wiederkaufsrecht sowie das Pfandrecht für die Kaufpreisrestforderung auf der Liegenschaft EZ. 393, KG. Hinterberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die gem. § 46 7) in Zusammenhalt mit § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr erlassene Verfügung des Bürgermeisters vom 6. 11. 1985 folgenden Inhalts - Der Löschung des auf der Liegenschaft EZ 393, KG. Hinterberg, zugunsten der Stadtgemeinde Steyr eingetragenen Pfandrechtes von S 1,964.600,- (unberichtigt geblieben S 579.149,20) samt Anhang sowie des Wiederkaufsrechtes und Vorkaufrechtes aus dem Kaufvertrag vom 15. 10. 1981, wird unter der Voraussetzung zugestimmt, daß der Verkauf der Liegenschaft an die Fa. Engel KG, Schwertberg, erfolgt - wird nachträglich zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser Antrag seitens der Mehrheitsfraktion, vertreten durch Stadtrat Zöchling, ist eigentlich der kleinere Verlustanteil bei dieser Grundstückstransaktion mit der sogenannten Auffanggesellschaft, denn die sogenannte Betriebsförderungsmaßnahme zur Arbeitsplatzsicherung erbrachte nämlich Millionenverluste für die Stadt. Es ist auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bekannt und auch der Öffentlichkeit, daß ich als Vertreter der Kommunistischen Partei im Gemeinderat als einziger Mandatar gegen diese eigenartige Grundstückstransaktion aufgetreten bin und auch dagegen gestimmt habe. Was ich damals vor 4 Jahren befürchtet habe, wovor ich auch die Fraktionen hier im Gemeinderat, die SPÖ, ÖVP und FPÖ, gewarnt habe, ist leider eingetreten. Im Amtsbericht wird in 5 Seiten dieser Antrag auf Verzicht auf das Vor- und Wiederkaufsrecht sowie das Pfandrecht für die Kaufpreisrestforderung erläutert. Diese anrühige Grundstückstransaktion zeigt gleichzeitig, wie heutzutage mit dem Begriff der Arbeitsplatzsicherung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze "Schindluder" getrieben wird. Diese Fakten, die ich jetzt angeführt habe, beweisen ja dies sehr deutlich. Nach dem Konkurs der Steyrer Firma Hack im Wehrgraben hatte sich eine sogenannte Auffanggesellschaft gegründet, die versprach, den Betrieb des Insolvenzenunternehmens unter der neuen Firmenbezeichnung "Hack-Werke, Maschinenbau- und Besteckgesellschaft mbH & Co" zu führen. Zu diesem Zeitpunkt waren in dem alten Firmenobjekt im Wehrgraben etwa 60 Beschäftigte tätig, und benötigten zwecks Arbeitsplatzsicherung ein neues Betriebsgelände. Wie Ihnen allen sicherlich in Erinnerung ist, kam wiederum die sozialistische Partei, die Mehrheit dieses Gemeinderates, mit Unterstützung der anderen Parteien, der ÖVP und der FPÖ, dem Ansuchen der vier Gesellschafter der neuen Firma großzügig entgegen. Im September 1981 wurde sodann durch den Gemeinderat der Firma ein gemeindeeigenes Grundstück in Hinterberg im Ausmaß von rund 9.100 m² zu einem außerordentlichen Vorzugspreis möchte ich sagen von nur S 220,-/m² veräußert. Dieser Verkauf erfolgte aber nicht an die 4 Gesellschafter, Dipl. Ing. Eberhard Neudeck, Hubert Ratzinger, Royer aus Sattledt und den Richter Dr. Hannak aus Wels, sondern aus bestimmten steuerlichen Gründen an deren Ehefrauen. Ich stellte schon damals die berechtigte Frage an die anderen Fraktionen im Gemeinderat, wie durch diesen undurchsichtigen Formalakt ein neuer Betrieb aus dem Steuerdschungel wachsen soll. Durch den seinerzeitigen Verkauf von 9.100 m² um nur S 220,- bedeutet dies ein Geschenk von rund S 3 Millionen an die Ehefrauen Karin Hannak, Berta Neudeck, Lieselotte Ratzinger und Christine Royer, die diese Liegenschaft wieder an ihre Männer weiter vermieten wollten. Für Sie, meine Damen und Herren, für die neuen Gemeinderäte, sage ich das, wer sind denn diese Ehemänner dieser Frauen? Zunächst ein ehemaliger Bezirksrichter aus Wels, ein Ziegelfabrikant und ein bekannter Bauunternehmer aus unserer Stadt und ein mittlerweile bankrott gegangener Molkereibesitzer aus Sattledt. Wo er sich gerade befindet, das weiß ich nicht. Den Befürwortern des Grundstücksverkaufes hier im Gemeinderat von der sozialistischen Partei, der Volks-

partei und der freiheitlichen Partei war damals trotz Ermahnung von mir offenbar nicht aufgedämmert, daß solche Herren für die Führung eines Metallwarenbetriebes nicht gerade prädestiniert waren.

Man versprach ihrerseits den Verhandlungspartnern der Stadtgemeinde, auf dem Grundstück ein neues Werk für 70 Arbeitsplätze zu errichten - Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. Ich habe damals aufgrund der höchst verschlungenen und inkorrekten Wege darauf bereits hingewiesen. Leider haben die Kommunisten recht behalten. Es hat sich gezeigt, daß bereits im Frühjahr 1984 die sogenannten Hack-Werke den Ausgleich angemeldet haben. Es gab dort nur 37 Beschäftigte, nicht 70, und die wurden, wie Sie wissen, über Nacht auf die Straße geworfen. Die Stadt Steyr ist um ein wertvolles Grundstück ärmer, das sie billig verschleudert hatte..

Aufgrund dieser Sachlage werde ich natürlich auch diesem Antrag die Zustimmung verweigern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand dazu das Wort? Bitte Kollege Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ganz kurz möchte ich etwas dazu sagen. Du hast den Werdegang geschildert, die meisten von uns sind ja bereits längere Zeit im Gemeinderat und wissen, wie das zustande gekommen ist. Es war damals der Versuch, und ich weiß noch genau, wie die Beratungen damals geführt wurden. Es kann einem ja niemand eine 100 %ige Garantie geben. Es war ein Versuch der Stadt, immerhin 60 bis 70 Arbeitsplätze zu retten. Es ging damals um 60 bis 70 Arbeitsplätze, der Versuch ist gescheitert. Aber der heutige Antrag, der sich mit der Weitergabe an die Fa. Engl beschäftigt, das ist wieder eine zweite Sache. Das ist eine Fa., die einen ausgezeichneten Ruf, einen internationalen Ruf hat,

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Gegen den Nachlaß bin ich!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

und diese Firma ist bereit, nach Steyr zu gehen. Sie hat vor kurzem auch Grundstücke in St. Valentin erworben und will auch in Steyr einsteigen. Wenn es uns gelingt, diese Firma hierherzubekommen, dann werden tatsächlich zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Anfänglich ist von 60 die Rede, in Fortsetzung werden es etwa 150 bis 200 werden, vielleicht sogar noch mehr. Das ist sicher für uns in Steyr großartig. Das ist auch eine Gewerbeförderung. Unsere Aufgabe, das ist die Auffassung von uns Sozialisten im ganz besonderen Ausmaß, ist es, daß wir versuchen müssen, so viele Arbeitsplätze wie möglich den Steyrern anzubieten. Es soll möglichst jeder Arbeitswillige in Steyr einen Arbeitsplatz bekommen. Dafür treten wir in ganz besonderem Maß ein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger. Wünscht noch jemand das Wort? Der Referent verzichtet auf das Schlußwort, wir kommen daher

zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (KPC, GAL) angenommen.

Ich danke allen Berichterstattern sehr herzlich. Wir sind mit der Tagesordnung am Ende und kommen nun zur Aktuellen Stunde. Ich frage die sozialistische Partei, ob eine Wortmeldung gewünscht wird? Kollege Pimsl bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 17.50 Uhr.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Seit 1. Juni dieses Jahres ist der Linzer Verkehrsverbund in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt besteht die Möglichkeit, mit dem Kauf einer Streckenkarte Bahnlinien der Bundesbahn, der ESG Linz und andere öffentliche Verkehrsmittel mit einer Fahrkarte zu benutzen. Es ist z. B. möglich, daß mit einem Fahrschein bis Garsten, Klaus, Amstetten gefahren werden kann. Der Nachteil dieser Streckenkarte bzw. dieses Verkehrsverbundes ist, daß nicht gleichzeitig in den angefahrenen Gemeinden und Städten auch die Möglichkeit besteht, dortige Verkehrslinien, wie beispielsweise die städt. Linien der Stadt Steyr, mitbenutzen zu können. Die Grundidee dieser Überlegung war ja, im Zentralraum attraktive öffentliche Verkehrsverbindungen zu schaffen, um einerseits die Straßen zu entlasten, das Umsteigen vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr zu erleichtern und dabei die Umwelt schonender zu behandeln bzw. zu verbessern. In Steyr selbst pendeln täglich tausende Menschen herein zu ihrer Arbeitsstätte oder sie kommen zum Arzt oder haben in Ämtern und Behörden zu tun oder sie haben einen anderen guten Grund, nach Steyr zu kommen. Als Verkehrsmittel - ich habe es schon erwähnt - wird zumeist der Pkw benutzt, und wie Sie ja selbst recht gut wissen, sind unsere Straßen hoffnungslos verstopft, oftmalige Verkehrszusammenbrüche täglich sind an der Tagesordnung.

Bei Inanspruchnahme eines öffentlichen Verkehrsmittels besteht eben der Nachteil, daß mit dem Ankommen am Bahnhof Steyr eine zusätzliche Fahrkarte notwendig ist, um in die Innenstadt zu kommen, um meistens jene Punkte erreichen zu können, die man sich vorgenommen hat. Das heißt zusätzliche finanzielle Aufwendungen einerseits und andererseits eine Umweltbelastung, die durchaus durch Lärm und Schadstoffe für die Anrainer speziell der Hauptverkehrsstraßen sichtbar und spürbar ist.

Ein Beispiel soll das vielleicht noch beleuchten. Mit dem damaligen vor Jahren zurückliegenden Beginn der Untertunnelung des Straßenabstieges hinunter in den Wehrgraben mußten provisorische Verkehrsmaßnahmen getroffen werden. Eine davon war, daß die öffentlichen Verkehrsmittel der Bahn, der Post, aber auch unsere eigenen Busse über die Promenade fahren mußten und dort auch entsprechende Zu- und Ausstiegsmöglichkeiten geschaffen wurden. Das hat für die Anrainer der Promenade über mehrere Jahre beträchtliche Nachteile gebracht, weil durch diese Busse, durch das erhöhte Verkehrsaufkommen in unzureichenden Straßen eine arge Beeinträchtigung der Lebensqualität, der Umweltqualität eingetreten ist. Es wurde ursprünglich zugesichert bei Eröffnung des Tunnels, daß diese Lösung zur Gänze aufgehoben werden kann, wie man aber

feststellen muß, nicht gemacht werden konnte, weil speziell die Bundesbahn und die Bundespost aus Kundenservicegründen das Anfahren dieser Straßenzüge nach wie vor betreibt, weil eben der Fahrgast eine Möglichkeit sucht, möglichst rasch und gefahrlos, sicher, bequem in die Innenstadt zu kommen. Würde der Fahrgast nur die Möglichkeit besitzen, von den genannten Verkehrslinien am Autobusbahnhof in der Bahnhofstraße aussteigen zu müssen, müßte er entweder zu Fuß, was sicherlich für den einen oder anderen einen schönen Spaziergang darstellt, wenn es die Witterung erlaubt, und was zumeist mit verschiedenen Einkäufen und Erledigungen verbunden ist, in die Innenstadt gelangen. Würde daher ein Beitritt zu diesem Verkehrsverbund die Möglichkeit eröffnen, mit einem Fahrschein sowohl Bahn, Post und auch städt. Verkehrsmittel in Kombination benützen zu können, würde es sicherlich gelingen, daß sowohl der öffentliche Verkehr mehr beansprucht wird und unsere Verkehrslinien haben durchaus noch mehr Kapazitäten, andererseits eine Entlastung unserer Straßen bringen.

Ich bitte Sie daher, Herr Bürgermeister, die Frage des Beitritts zum Verkehrsverbund prüfen zu lassen und eine rasche Realisierung dieses Beitritts zu betreiben. Ich verspreche mir davon absolute Vorteile für die Bevölkerung unserer Stadt, aber auch für die Besucher. Es ist letztlich auch ein Vorteil für unsere Wirtschaft, wenn unsere Stadt, die in den letzten Jahren durch vielerlei Einrichtungen, zusätzliche Kaufhäuser, durch andere Verbesserungen unserer Infrastruktur, für viele Menschen in unserem Bezirk attraktiver geworden ist, wenn wir den Menschen hier ihren Aufenthalt erleichtern und den Bewohnern mehr Umweltqualität bieten können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seine Anregung. Ich frage, ob seitens der ÖVP zu diesem Problem ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Zweifellos haben wir alle auf den Linzer Raum geblickt und es ist sicherlich sehr richtig, daß Kollege Stadtrat Pimsl die Diskussion auf den Verkehrsverbund bzw. die Einbeziehung der Stadt Steyr in den Verkehrsverbund hier anregt. Eines ist sicherlich aber dabei zu bedenken, nämlich die Anzahl der Einpendler nach Steyr, die Anzahl der Auspendler in Richtung Zentralraum. Es gibt hier im Haus im Statistischen Amt einige sehr profunde Zahlen, die ich mir einmal in einer beruflichen Wahrnehmung besorgt habe, und man kann daraus den eindeutigen Pendlerschwerpunkt Steyr-Umregion erkennen. Die käme leider Gottes bei der bloßen Einbindung in den Verkehrsverbund Linz zu kurz, weil der Pendlerstrom nur bis Garsten abgedeckt wäre oder bis Wolfers. Es gibt da ein Netz, das relativ eng um Steyr herum ist, wir aber den Hauptpendlerstrom von etwas weiter draußen haben. Es wäre also sicherlich die Anregung meiner Meinung nach aufzugreifen, daß man mit dem bestehenden Verkehrsverbund Kontakt aufnimmt, aber dabei doch als Verhandlungsziel - wenn es wirklich Sinn haben soll - haben sollte, einen eigenen Verkehrsverbund rund um Steyr aufzubauen. Ich empfehle dringend, diese Absicht mit den vorhandenen statistischen Daten zu untermauern. Bloße Einbindung

in den Verkehrsverbund Linz scheint sicherlich etwas Gutes, könnte möglicherweise aber auch zum Nachteil der städtischen Verkehrsbetriebe sein, weil ja die Aufschlüsselung – das ist ja das große Kreuz bei den Verkehrsverbänden – der anteiligen Transportkosten nach Maßgabe des zurückgelegten Weges ist. Wenn ich das aus dem Stegreif richtig weiß, soweit ich mich über die Thematik informiert habe, weil wir selbst in der Österr. Volkspartei auch schon darüber nachgedacht haben. Wir haben zur Zeit in unseren eigenen Überlegungen recht wenig Effizienz gesehen, was die Einbindung eines eigenen Netzes rund um Steyr anbelangt. Effizient wäre es schon aber wir hatten wenig Optimismus, daß tatsächlich ein Verkehrsverbund gemeinsam mit Post und Bahn – darum geht es ja – aufgebaut werden könnte. Wir müssen uns ja vor Augen halten, wie lange die Linzer verhandeln mußten mit Post und Bahn, bis das wird. Effektiv wäre ein Verkehrsverbund sicherlich rund um Steyr herum begrüßenswert, nicht nur aus Sicht der Einpendler, sondern auch aus der Sicht der Auspendler. Es gehen auch ziemlich viele Steyrer – ich war ganz überrascht, wieviele – z. B. in den Gerichtsbezirk Perg pendeln, das sind mehr als in den Bezirk Linz. Wenn man den sicherlich sehr guten Gedanken Verkehrsverbund bringt, muß man unbedingt das nicht nur beschränken auf den Verbund mit Linz, sondern sehr wohl die Notwendigkeiten unserer eigenen Stadtbürger und derjenigen Leute, die ihre Arbeit hier in der Stadt finden, mitbeinbeziehen. Halbheiten sollten wir nicht machen. Grundsätzlich ist das ein sehr guter Gedanke und ich hoffe, daß er möglichst schnell in Verwirklichung gerät, aber mit der Ausdehnung auf die Notwendigkeiten unserer Bevölkerung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für die Stellungnahme seitens der Österr. Volkspartei. Wünscht die GAL zu diesem Problem eine Stellungnahme? Das ist nicht der Fall. KPÖ? Kollege Tremml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, wertee Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich halte die Anregung von Stadtrat Pimsl für prüfenswert. Ich glaube, daß man prüfen müßte, wie die Frequenzen genau sind, wie auch die finanzielle Beteiligung gewährleistet werden kann. Eines ist doch ganz klar, wir, die Stadt Steyr, sind ja verkehrsmäßig seit Jahrzehnten vernachlässigt. Die Frage der Straßenverbindung in den Zentralraum und umgekehrt brauche ich ja niemandem schildern, die meisten Damen und Herren des Gemeinderates benützen ja die besser ausgebaute, asphaltierte Straße bis nach Enns. Daher wäre es wünschenswert, wenn hier bestimmte Erleichterungen für die Bevölkerung, die ein- und auspendelt, geschaffen werden, zumal es ja von Vorteil ist, wenn so etwas günstig gelingen würde, daß es der Zweck ist des Umsteigens vom Pkw auf die Schiene, also auf die Bahn oder die Busse, die ja umweltfreundlicher sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml für seinen Beitrag. Freiheitliche Partei? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte auch ein paar Worte dazu sagen, obwohl schon sehr vieles gesagt wurde, was auch in meinem Interesse liegt. Zweifelsohne ist der Vorschlag, der von Kollegen Pimsl geäußert wurde, Bestrebungen in Gang zu setzen, in den Verkehrsverbund mit aufgenommen zu werden, ein sehr guter. Ich bin grundsätzlich dafür, bitte aber auch die Bedenken des Kollegen Holub mit in die Überlegungen einzubeziehen, damit keine Nachteile für die Stadtbetriebe entstehen, wie er sich ausgedrückt hat. Aber was

mich besonders freut, Kollege Pimsl, ist die Tatsache, daß Du unter anderem auch festgestellt hast, daß sehr viele, die nach Steyr hereinkommen, beispielsweise schon Schwierigkeiten haben, um vom Bahnhof in die Stadt zu kommen oder in andere Stadtteile. Du bestätigst indirekt die Auffassung der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, wie notwendig es wäre, diesen Bereich verkehrsmäßig mit öffentlichen Verkehrsmitteln aufzuschließen und daran zu denken, einen City-Bus anzuschaffen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl. Darf ich als Bürgermeister zum Vorschlag von Kollegen Pimsl zum Ausdruck bringen, ich halte ihn nicht nur für diskussionswert, wie alle Redner hier bestätigt haben, sondern ich glaube, wir sollten tatsächlich uns überlegen – ich habe das vor – diesen Vorschlag zu überprüfen. Dabei darf ich aber sagen, daß Linz beispielsweise sehr lange verhandelt hat, über 4 Jahre lang. Es wäre jeder Verhandler sicher überfordert, wenn im nächsten Gemeinderat oder im übernächsten darüber bereits eine Meldung vorliegen sollte. Ich werde aber auf jeden Fall sondieren und werde versuchen, Verhandlungsmöglichkeiten zu finden, wobei ich natürlich der Vorschlag von Kollegen Holub, eine regionale Regelung ins Auge zu fassen, auch zu prüfen sein wird. Mehr ist dazu im Moment nicht zu sagen. Es wäre einerseits ein Vorschlag für eine Verbesserung der Umwelt und auch eine günstigere Möglichkeit für viele Ein- und Auspendler, die wir ja in Steyr in sehr großer Zahl haben. Soweit zum Beitrag der sozialistischen Partei.

Ich darf fragen, ob die Österr. Volkspartei einen Beitrag hat? Es wird kein Beitrag gewünscht. GAL? Herr Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte gleich grundsätzlich sagen, daß es mir nicht möglich war, über sämtliche hier vorgelegte Anträge genug Informationsmaterial heranzuschaffen oder zu bekommen, damit ich mir eine eigene Meinung bilden kann. Es ist ein Fehler, aber ich bin das erste Mal hier und ich glaube, ich werde noch sechs Jahre da sein und es wird mir sicher bald gelingen, Informationen zu bekommen und dann werde ich auch reger teilnehmen an den Gesprächen.

Es gibt einige Punkte, wo ich dagegen gestimmt habe. Ich werde in den nächsten Gemeinderatssitzungen dazu ausführlich Stellung nehmen, wenn es ähnliche Problematiken gibt, vor allem im Verkehrsbereich.

Ich möchte aber auch eingehen auf ein für mich und die GAL wichtiges Problem, nämlich die Parteien SPÖ, ÖVP, KPÖ und FPÖ besitzen ein Privileg, das viele Bürger genauso besitzen möchten. Sie können nämlich während der Sitzungen ihre Pkws im Halte- und Parkverbot am Stadtplatz abstellen bzw. parken. Die GAL fordert daher oder bittet daher den Gemeinderat, sich ebenso wie jeder andere Bürger an die Halte- und Parkverbote am Stadtplatz zu halten. Es gibt keine rechtliche Grundlage, daß ein Gemeinderat von der STVO ausgenommen ist. Das hat sich sicher der Gemeinderat hier herausgenommen, obwohl gesetzliche Richtlinien bestehen, daß das nicht sein dürfte. Aus diesem Grund bitte ich die Gemeinde- und Stadträte neuerlich, sich genau so wie dies jeder andere Bürger tun muß, auch wenn er gerade eine Gemeinderatsitzung besucht, an die Straßenverkehrsordnung zu halten.

Im letzten Wohnungsausschuß ist für mich ein sehr brisantes Thema behandelt worden, der Wohnbau in der Neuschönau. ÖVP und SPÖ haben gemeinsam ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Kollege Ramoser, es darf in der Aktuellen Stunde laut Stadtstatut nur ein Thema von jeder Partei vorgebracht werden, denn es sollen ja alle Parteien die Möglichkeit einer Wortmeldung haben.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das ist wieder ein Punkt, von dem ich nichts gewußt habe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der sozialistischen Partei hat sich dazu Kollege Wippersberger gemeldet!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Ramoser, das haben wir natürlich bemerkt, daß Du über das tatsächliche Gemeindegesehen sehr wenig informiert bist.

Was das Privileg anbelangt, daß die Gemeinderäte bei Sitzungen vor dem Rathaus parken dürfen, so muß ich sagen, dieses Privileg besteht bereits seit vielen Jahrzehnten. Ich selbst bin 30 Jahre im Gemeinderat und ich kann mich erinnern, daß das auch schon vor 30 Jahren so war. Es ist halt so, daß die Gemeinde- und auch die Stadträte oft unter großem Zeitdruck sind. Es gibt eine ganze Reihe von Funktionären, die nicht nur eine Funktion, sondern viele haben, die von einer Veranstaltung zur anderen hasten müssen. Das war der Hauptgrund, warum man dieses Privileg geschaffen hat. Es soll angeblich wirklich Sachen gegeben haben, daß auch Funktionäre zu Zeiten dort geparkt haben, wo keine Sitzung war, oder es ist vielleicht sogar jemand anderer aus dessen Familie dort gestanden. Ich würde aber bitten, das habe ich auch in der Fraktion schon gesagt, daß das Parken vor dem Rathaus auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkt wird, also wirklich nur dort zu parken, wenn es unbedingt sein muß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger. Seitens der ÖVP wird keine Stellungnahme gewünscht. KPÖ? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich weiß nicht, warum ich auch zu den Etablierten gehöre, aber bitte, gehöre ich halt in dem Fall dazu. Ich habe sicherlich kein Privileg und nehme es auch nicht in Anspruch, sondern Vizebürgermeister Wippersberger hat klar zum Ausdruck gebracht, daß hier eine jahrelange Anweisung besteht an die Sicherheitswache hier im Rathaus, daß sie toleranter sind, das heißt, daß die Gemeinderäte, die hier dienstlich zu tun haben, nicht bestraft werden. Das ist die eine Seite. Nur bin ich der Auffassung, das wurde, glaube ich, irgend einmal in Erinnerung gerufen, es waren ja einige Fälle – auf die tippt sicher Kollege Ramoser – wo Frauen von Mandatären mit der Einkaufstasche gekommen sind und sich noch beschwert haben im Rathaus. Das ist wahrscheinlich mit ein Grund, daß dieser Antrag gestellt wurde. Die Zeit wurde ja eingeschränkt auf die Sitzungen, aber auch ich würde empfehlen, das einzuschränken. Außerdem möchte ich richtigstellen, daß das ja gar kein Gemeinderatsbeschuß ist, das war eine Anweisung. Da kann man die ganzen Akten durchschauen, der Gemeinderat hat das nie beschlossen, sondern es war eine Anweisung, daß nicht bestraft wird, wenn Funktionäre bei Sitzungen dort parken.

Ich bin der Auffassung, jeder andere, der hier im Gemeinderat sitzt, kann so wie ich einige Schritte zu Fuß gehen. Wir haben wunderbare Parkplätze geschaffen, den teuersten Parkplatz am Brückenkopf, der meistens leersteht. Man kann ohne weiteres einige Schritte zu Fuß gehen, man trifft unter Umständen dabei jemanden auf der Straße und kann werbend wirken für seine Ideen usw.

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich war immerhin so erfolgreich, daß ich ungefähr 50 Prozent mehr Stimmen erzielte, wo alle anderen Parteien, die bisher im Gemeinderat waren, Stimmen verloren haben, wobei die niedrigste Wahlbeteiligung war.

Ich würde die Empfehlung geben, daß wir uns als gewählte Mandatäre daran halten, daß wir diesen Platz nicht in Anspruch nehmen. Ich sehe ein, wenn Dienstfahrzeuge vom Bauamt usw. kurz kommen und gleich wieder wegfahren, daß das dafür weiter aufrecht bleibt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. FPÖ? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, an und für sich scheint mir dieses Thema nicht so wichtig zu sein, das Kollege Ramoser angeschnitten hat, um eine Wortmeldung abzugeben. Ich glaube aber doch, daß es einfach deswegen notwendig ist, auch von meiner Seite aus, etwas zu diesem sogenannten Privileg zu sagen, damit nicht etwas im Raum stehen bleibt. Es ist zweifellos richtig, was Kollege Treml und auch Herr Vizebürgermeister Wippersberger ausgesagt haben, daß dieses sogenannte Privileg nur so weit in Kraft ist, daß man von der Vernunft ausgeht, daß jene Gemeinderatsmitglieder, die aus Zeitgründen z. B. keine Möglichkeit haben, einen Parkplatz zu suchen, diese Möglichkeit in Anspruch nehmen.

Dazu kann ich zu meiner Person folgendes sagen. Ich habe zweifelsohne sehr oft Schwierigkeiten mit der Zeit, weil als berufstätiger Mandatar die Situation wesentlich anders ist, als bei jenen, die hauptberuflich ihre Tätigkeit ausüben. Kollege Treml hat sicher wesentlich mehr Zeit, daß er vielleicht sogar am Tabor stehen bleibt und dann heruntergeht zu den Gemeinderatsitzungen. Das wollte ich nur am Rande bemerken. Aber ich kann Ihnen versichern, ich habe das Privileg nicht ausgenützt, im Gegenteil, ich kann mich erinnern, daß ich mich 2 x verkehrsbehindernd am Stadtplatz mit meinem Fahrzeug hingestellt habe und freiwillig S 100,- bezahlt habe. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Damit ist dieses Thema abgeschlossen. Nächste Fraktion ist die KPÖ, bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Von besonderer Aktualität für die Stadt Steyr ist das Unternehmenskonzept 90 der Steyr-Daimler-Puch AG. Es ist ja bekannt, daß dieses Unternehmerkonzept in Protestversammlungen im Vorjahr sowie vor einigen Wochen einhellig abgelehnt wurde. Im Gegensatz zu den geplanten Ausgliederungen von Teilbetrieben wurde eine offensive Unternehmerstrategie auf der Grundlage der bisherigen Konzernstruktur gefordert. In wenigen Tagen, am 6. Oktober, wird dieses Konzept 90 wiederum im Mittelpunkt der sogenannten Ersatz-Vollversammlung der Delegiertenkonferenz der Steyr-Werke stehen. Was bisher im Zusammenhang mit dem Unternehmerkonzept 90 bekannt wurde, ist nicht nur für die Beschäftigten, für die Arbeiter und Angestellten, des Werkes, sondern auch für die Stadt und auch für den Gemeinderat alarmierend. Es soll offenbar eine weitere Phase der Schrumpfungspolitik des Betriebes damit eingeleitet werden. Bei der Realisierung des Unternehmenskonzeptes besteht nämlich die Gefahr des Wegrationalisierens von Arbeitsplätzen, der Aufsplitterung und des Verkaufs von Teilbetrieben. Bereits in den nächsten vier Jahren werden bei den Steyr-Werken um rund 1.400 Arbeiter und Angestellte weniger beschäftigt sein. Es ist auch kein Geheimnis, daß seit dem Jahre 1980, also in den letzten 5 Jahren, die Beschäftigtenzahl der Steyr-Daimler-Puch AG, des Gesamtkonzerns, um 3.500 verringert

wurde, was größtenteils auf Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Dazu kommt, daß die Arbeiter und Angestellten in den vergangenen Jahren infolge von Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltskürzungen im Ausmaß von insgesamt 200 Millionen Schilling hinnehmen mußten. Das Unternehmerkonzept 90 der Steyr-Daimler-Puch AG, das die Ausgliederung wichtiger Betriebe, wie das Reparaturwerk Steyr, bereits ab 1. Jänner 1986, sowie eventuell das Wälzlager, beinhaltet, trifft nicht nur die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten der Steyr-Werke, sondern – das möchte ich heute besonders deutlich unterstreichen – auch den Lebensnerv unserer Stadt Steyr sowie der gesamten Umlandregion.

Die kommunistische Partei fordert alle Fraktionen hier im Gemeinderat auf, sich entschieden dafür einzusetzen, daß die derzeitige Betriebs- und Grundstruktur im Interesse der Beschäftigten, der Arbeiter und Angestellten, der Stadt Steyr und vor allem der Umlandregion erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, diese Auffassung müßte bei der kommenden Delegiertenkonferenz am 6. Oktober im Steyr-Werk, Entschuldigung am 6. Dezember, durch den Sprecher des Gemeinderates, Bürgermeister Schwarz, dort deutlich zum Ausdruck kommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel. Kollege Pimsl hat sich namens der sozialistischen Fraktion zu Wort gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Tremel hat teilweise durchaus richtige Argumente und Befürchtungen der Belegschaft der Steyr-Werke über die Zukunft ihres Unternehmens vorgebracht.

Als Mitarbeiter der Steyr-Daimler-Puch AG ist es aber nicht vorwiegend meine Aufgabe, Unternehmensprobleme hier zu diskutieren, sondern sie dort vorzutragen, wo sie hingehören, in das Unternehmen. Ich gebe aber gerne zu, daß die Auswirkungen einer falschen Unternehmenspolitik für eine Kommune von schwerem Nachteil sein können. Ich bin im Gegensatz zu seiner Auffassung eher der ehrlichen Überzeugung, daß es höchst notwendig ist, die Strukturen der Steyr-Daimler-Puch AG und ihrer Steyrer Betriebe zu verbessern, weil die vorhandene in keiner Weise ausreicht, um die wirtschaftlichen Probleme unseres Unternehmens hier in Steyr zu lösen.

Worum es uns aber als Belegschaft geht, ist, daß die vorgeschlagenen Wege, wie sie im UK 90 – das ist die Kurzform für dieses Unternehmenskonzept – vorgesehen sind, unserer Meinung nach nicht in allen Bereichen jener Weg ist, den wir meinen, daß er zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit führt. Wir sind aber insofern überzeugt davon, daß die notwendigen Investitionen, um die Struktur der Steyrer Betriebe zu verbessern, einer jener großen Vorteile ist – Otto, davon kannst Du Dich überzeugen – für die Mitarbeiter dieses Unternehmens und die einzige Chance, die Arbeitsplätze besser abzusichern, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Es ist darüber hinaus richtig, daß dieses Unternehmenskonzept für die AG ein Schrumpfen des Mitarbeiterstandes von damals 14 – 15.000 Mitarbeitern, die genauen Ziffern habe ich nicht im Kopf, um runde 1.400 vorsieht, wovon ein Teil davon für Steyr zutreffen würde. Es wird aber bei allen diesen Argumenten, so sehr sie ehrlich und aus der Überzeugung hervorgebracht werden, für die Steyrer Mitarbeiter und für die Bevölkerung von Steyr eine Sorge weniger zu haben, übersehen, daß alleine im heurigen Jahr es gelungen ist, aufgrund der einerseits besseren wirtschaftlichen Situation, aber auch der Anstrengungen aller Mitarbeiter, von den Führungskräften her bis zum kleinsten Mitarbeiter unter uns, es gelungen ist, immerhin mehr als 800 Aufnahmen in Steyr zu tätigen. Das, meine Damen und Herren, kommt nicht von selbst, sondern das ist gezielte Arbeit, wenn Sie wollen, ist es auch Unternehmenspolitik, die

für diesen überschaubaren Zeitraum als durchaus positiv betrachtet werden kann. Ich rede nicht noch von erfolgreich, diesen kleinen Unterschied möge man bitte durchaus vermerken.

Wenn hier auch davon gesprochen wird, daß am 6. Dezember bei einer Betriebsgruppenversammlung – dieser kleine Unterschied sollte auch aufgeklärt werden, den Du ja bestens kennst, weil damit ausgesagt wird, daß es nur ein Teil der Mitarbeiter ist – eine Berichterstattung erfolgt, die die Probleme dieses Unternehmens, aber auch betriebsrätliche, gewerkschaftliche Probleme und Berichtsformen geben soll. Daß hier nur ein Teil der Mitarbeiter Gelegenheit hat, zu verschiedenen Themen Stellung zu nehmen und Berichte zu hören, ist damit klar ausgedrückt. Es sind aber Probleme und das muß hinzugefügt werden, die uns gemeinsam berühren, ob Arbeiter oder Angestellte, weil wir wissen, daß es gar nicht möglich sein wird, in gedrängter Form hier vorzugehen. Nur gemeinsam können wir diese schwierigen aber für uns auch sehr belastenden – das ist mir zumindest bewußt – Aufgaben meistern. Natürlich gehört auch dazu und wir haben uns in verschiedenen Erklärungen – ich selbst zähle mich durchaus dazu, ohne mich dafür loben oder herausnehmen zu wollen – für die Probleme unseres Unternehmens klar und deutlich ausgesprochen und auch klar und deutliche Argumente vorgebracht und haben auch versucht, Alternativen aufzuzeigen. Nicht weil wir gescheiter sind als andere, die dafür berufen sind, sondern nur aus unserer langjährigen Erfahrung, immerhin zählen auch Jahrzehnte betrieblicher Zugehörigkeit in verschiedenen Funktionen zu einem Wert, der durchaus positiv für ein Unternehmen eingebracht werden kann.

Das halten wir uns als Belegschaftsvertreter als Sammelstelle von vielen kleinen Informationen zugute, daß wir dieses Unternehmen als Mitarbeiter besser kennen, als andere.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seine Ausführungen. Namens der ÖVP bitte ich Kollegen Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nur von hier aus, nur im Sitzen und nur damit es nicht heißt, die ÖVP hätte dazu nichts zu sagen, sie hätte dazu keine Meinung. Oder noch viel schlimmer, ich höre es schon, wenn jetzt nichts gesagt wird, so hieße es, die ÖVP interessiert sich nicht einmal für die Probleme. Natürlich interessieren wir uns für die Probleme und natürlich verfolgen wir die Vorgänge sehr aufmerksam. Aber es ganz richtig von Herrn Stadtrat Pimsl gesagt worden, es ist nicht Gegenstand der Erörterung dieses Forums, in innerbetriebliche Vorgänge einzugreifen, auch nicht rhetorisch und auch nicht um des Effektes willen.

Das wars.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. GAL? Kein Beitrag. FPÖ? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte auch nur einen Satz dazu sagen. Ich vertrete auch die Auffassung, daß vorerst diese Probleme innerbetrieblich gelöst werden sollten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu darf ich als verantwortlicher Funktionär der Stadt sagen, wir haben regelmäßig Gespräche auch mit der Direktion geführt, und zwar periodisch also ca. 6 – 7 mal im Jahr, und mit den verantwortlichen Herren zusammen, wo natürlich auch diese Probleme Gegenstand von Verhandlungen sind. Darüberhinaus interessiert uns aber auch ganz besonders die Meinung der Belegschaftsvertreter, ob das Angestellte sind oder Arbeiter. Auch diesbezüglich ist seitens der Gemeinde ein ständiger Kontakt

gegeben. Selbstverständlich sind wir als Stadt an einem gesunden Unternehmen höchst interessiert, weil wir alle wissen, wie sehr das Wirtschaftsleben in unserer Stadt von der Entwicklung des Werkes abhängig ist. Ich habe bisher in jeder meiner Ansprachen und Grußadressen im Werk auf diese Problematik hingewiesen. Ich darf sagen, daß wir immer, wenn es kritisch ist, oder wenn es komplizierte Vorgänge gibt, uns über dieses Unternehmenskonzept sehr genau und eingehend informieren und auch die entsprechenden Aussagen dort treffen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Der Ordnung halber darf ich noch mitteilen, daß die nächste Sitzung des Gemeinderates, in der das Budget 1986 zur Behandlung steht, am 12. Dezember stattfindet. Die Einladung wird natürlich rechtzeitig, so wie immer, ergehen.

Morgen findet die Proklamation am Platz vor der Christkindlkirche statt, und zwar um 10.30 Uhr. Die Mitglieder des Gemeinderates haben dazu eine Einladung erhalten. Zur Postamtseröffnung, die vorher stattfindet, zu dieser ist nur das Präsidium eingeladen, weil dort verhältnismäßig wenig Platz vorhanden ist.

Ich möchte noch mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse im Gesamtausmaß von S 21,644.000 Schilling gefaßt hat.

Ich danke allen für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.25 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Gertrude Schreiberhuber e. h.

Wolfgang Wieser e. h.

